

Genehmigt: 23.04.2026

Protokoll 02

Stadtratssitzung
Donnerstag, 29.01.2026, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll beachten Sie das [Audioarchiv des Stadtrates](#) auf der Website.

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr	3
2023.SR.0112	4
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2025.SR.0413	4
2 Protokoll Stadtrat 20 vom 20.11.2025; Genehmigung	
2025.SR.0414	4
3 Protokoll Stadtrat 21 vom 04.12.2025; Genehmigung	
2011.GR.000123	5
4 IN330-001000 (alt: I3300008), Fr. 330 000.00; Übernahme Nachtclub Grosse Schanze AG; Kreditabrechnung mit Nachkreditbegehren	
2013.SUE.000002	6
5 Vereinbarungen mit dem BSC Young Boys (YB) und dem Schlittschuh- club Bern (SCB) betreffend Abgeltung Sicherheitskosten für die Saisons 2026/2027 bis 2029/2030; Genehmigung der Gebührenbefreiung bzw. Ge- bührenreduktion (Polizeikosten)	
2024.SK.0158.....	8
6 Initiative für eine konsequente Klimapolitik (Klimagerechtigkeitsinitiative)	
2024.TVS.0177.....	13
7 Sanierung Lichtsignalanlage (LSA) Knoten Schwanengasse / Bundes- gasse und Anpassung der Veloachse Schwanengasse/Sulgeneckstrasse	
2025.SR.0360	18
8 Dringliches Postulat: Umbau Bahnhof Bümpliz Nord – Sperrung der Per- sonenunterführung	
2025.SR.0019	18
9 Interfraktionelle Motion: Pilotprojekt Hollandknoten, sichere Kreuzung für Velofahrende; Annahme	
2025.SR.0030	24
10 Postulat: Metro-Parking: Weniger Fahrten in der Altstadt dank neuer Bewirtschaftung	
2025.SR.0039	31
11 Motion: Handwerkerparkplätze von der Schützenmatte ins Metro Par- king verschieben	
Schluss der Sitzung: 18.59 Uhr.....	34
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:45 Uhr	35
2025.SR.0039	36

11	Motion: Handwerkerparkplätze von der Schützenmatte ins Metro Parking verschieben	
2025.SR.0020	39
12	Interfraktionelle Motion: Keine Anpassung der Baurechts- und Pachtverträge für die Freiflächen-Photovoltaikanlage "Belpmoos Solar"; Fristverlängerung	
2025.SR.0022	46
13	Motion: Belpmoos Solar – Solaranlagen auf der Fluglandebahn um die Biodiversität zu schützen!; Fristverlängerung	
2025.SR.0023	47
14	Motion: Energiewende und Biodiversität gehen Hand in Hand: Ökologisch wertvolle Flächen in Belpmoos; Fristverlängerung	
2025.SR.0100	47
15	Postulat: Fraktion GB/JA!: Die Stadt Bern soll Bücher bei lokalen Buchhandlungen beschaffen; Annahme	
2025.SR.0072	51
16	Postulat: Gender-Budgeting: Analyse des Finanzhaushaltes zur Steuerung und Erreichung der Gleichstellung aller Geschlechter nutzen; Pkt. 1+2 Ablehnung/Pkt. 3+4 Annahme	
2025.SR.0054	61
17	Postulat: Zukunft des Gaswerkareals: Genossenschaftlicher Wohnraum und alternative Wohnformen gemeinsam denken; Ablehnung Punkt 1, Annahme Punkte 2 und 3	
	Verschoben und eingereicht.....	69
	Schluss der Sitzung: 22.43 Uhr.....	71

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr

Stadtrat anwesend

Jelena Filipovic, Präsidium

Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Nadine Aebischer
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Emanuel Amrein
Mirjam Arn
Oliver Berger
Tom Berger
Natalie Bertsch
Gourab Bhowal
Lea Bill
Laura Brechbühler
Jacqueline Brügger
Carola Christen
Laura Curau
Andreas Egli
Nik Eugster
Alexander Feuz
Dominik Fitze
Seraina Flury
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Helin Genis
Thomas Glauser

Simon Gyger
Bernadette Häfliger
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Anna Jegher
Raffael Joggi
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Nora Krummen
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Christoph Leuppi
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Nicolas Lutz
Salome Mathys
Esther Meier
Matteo Micieli

Szabolcs Mihályi
Tanja Miljanović
Dominic Nellen
Roger Nyffenegger
Shasime Osmani
Mehmet Özdemir
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Mirjam Roder
Michael Ruefer
Fabian Rufenacht
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Lea Schweri
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Anouk Ursin
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann

Stadtrat entschuldigt

Michael Burkard

Stephan Ischi

Cemal Özçelik

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsidentin: Herzlich willkommen, liebe Stadtratskolleg*innen, herzlich willkommen, lieber Gemeinderat, liebes Büro zu meiner ersten ordentlichen Stadtratssitzung. Ich möchte gar nicht mehr viele Worte verlieren. Das durfte ich ja schon letztes Mal. Ich freue mich auf jeden Fall, mit euch in die Sitzung zu starten, und hoffe, dass ihr alle gesund seid. Ich weiss, dass im Januar viele von euch noch ein bisschen kränklich waren. Darum würde ich sagen: Legen wir jetzt schon mal los.

Ich komme als erstes zu den Entschuldigungen. Für beide Sitzungen haben sich Michael Burkard von der GFL, Stephan Ischi von der SVP und Cemal Özçelik von der SP abgemeldet. Etwas verspätet werden Laura Brechbühler von der SP, Debora Alder-Gasser von der EVP und Salome Mathys von der GLP eintreffen.

Mir sind keine Rücktritte bekannt. Dafür darf ich aber heute Jacqueline Brügger begrüßen. Du konntest an der letzten Sitzung nicht teilnehmen. Darum darf ich dich jetzt sehr herzlich begrüßen. Du bist die Nachfolgerin von Laura Binz.

Sie war von Juli bis Oktober 2025 bereits stellvertretendes Ratsmitglied und konnte nun ordentlich nachrücken.

Es sind mir auch keine Geburtstage bekannt. Was ich aber sehr gerne noch sagen möchte, ist, dass ihr das Badgen nicht vergessen sollt. Und natürlich: Die dringlichen Vorstösse könnt ihr bis um 21.00 Uhr einreichen und die übrigen Vorstösse bis um 21.30 Uhr.

Meines Wissens haben wir keinen Antrag auf Diskussion aus aktuellem Anlass.

2025.SR.0413

2 Protokoll Stadtrat 20 vom 20.11.2025; Genehmigung

Präsidentin: Wir kommen bereits zu den Traktanden 2 und 3, die wir gemeinsam behandeln werden. Da geht es um die Protokolle des Stadtrats vom 20.11.2025 und vom 4.12.2025. Bei uns sind für die Protokolle keine Änderungsanträge eingegangen. Ich nehme an, dass die Protokolle entsprechend nicht bestritten sind. Das scheint der Fall zu sein. Darum danke ich ganz herzlich den Verfasserinnen für das Protokoll.

Stillschweigende Genehmigung

2025.SR.0414

3 Protokoll Stadtrat 21 vom 04.12.2025; Genehmigung

Gemeinsame Beratung der Traktanden 2 und 3: siehe Traktandum 2.

Stillschweigende Genehmigung

2011.GR.000123

4 IN330-001000 (alt: I3300008), Fr. 330 000.00; Übernahme Nachtclub Grosse Schanze AG; Kreditabrechnung mit Nachkreditbegehren

Präsidentin: Wir kämen nun zum Traktandum 4. Hier geht es um die Übernahme des Nachtclubs Grosse Schanze. Im vorliegenden Geschäft beraten wir einen Nachkredit und eine Kreditabrechnung, die von der FIKO nicht einstimmig beschlossen wurde. Damit erteile ich der Kommission das Wort. Für die FIKO, Georg Häsler. Bitte melde dich noch rasch an.

Georg Häsler (FDP) für die Kommission: Jetzt habe ich schon gehofft oder befürchtet, ich müsse meine alte Obersten-Stimme hervorheben. Aber es geht auch so.

Als Sprecher der Finanzkommission entführe ich Sie heute Abend kurz in die Tiefen oder besser Untiefen der städtischen Buchhaltung. Zuerst etwas Kontext, insbesondere für die nicht mehr Nachtschwärmerinnen und -schwärmer unter uns: Es geht um den Jugendclub Grosse Schanze, das sogenannte Stellwerk. Es handelt sich dabei um einen Verein, vergleichbar mit dem Gaskessel, der über einen Leistungsvertrag mit der Stadt Bern verbunden ist. Konkret bezahlt die Stadt im Jahr 2026 dafür rund 210'000 Franken an Betriebsbeitrag. Hinzu kommen Mietkosten von 172'000 Franken, die ebenfalls von der Stadt getragen werden.

Nun zur Vorlage selbst – und jetzt gehen wir wirklich tiefer in die Zahlen. Gegenstand ist ein Nachkredit zu einem Investitionskredit. Der Stadtrat hat im August 2019 einen Bruttokredit von 33'000 Franken bewilligt. In der Kreditabrechnung zeigt sich aber nun eine formelle Überschreitung, die dem Stadtrat zur Genehmigung vorgelegt wird. Zu entscheiden ist einerseits über die Genehmigung dieses Nachkredits und zweitens über die Frage, ob aufgrund dieser Kreditüberschreitung eine Sanktion gemäss Organisationsverordnung auszusprechen ist. Die Finanzkommission hat sich mit der Vorlage und den Feststellungen der Finanzkontrolle eingehend befasst.

Die Bruttoausgaben beliefen sich auf 463'000 Franken. Gleichzeitig wurden, und jetzt wird es buchhalterisch interessant, 130'000 Franken durch den Verkauf von Mobiliar eingenommen. Rechnet man diese Einnahmen ein, liegen die Nettoausgaben praktisch auf dem Niveau des ursprünglich bewilligten Kredits – ein Nullsummenspiel. Die heutige Situation ist vor allem auf einen buchhalterischen Fehler zurückzuführen.

Der Kredit wurde als Bruttokredit beschlossen. Die Einnahmen hätten jedoch nicht über den Investitionskredit, sondern über die Erfolgsrechnung verbucht werden müssen. Ich hoffe, es kommen alle noch nach, denn über so viel buchhalterisches Wissen verfüge ich über als Altphilologe natürlich nicht. Diese falsche Zuordnung wurde erst im Rahmen der Prüfung durch die Finanzkontrolle erkannt. Materiell handelt es sich deshalb nicht um eine echte Kreditüberschreitung, sondern um eine formelle Korrektur.

Die Finanzkontrolle empfiehlt, in diesem Fall auf eine Sanktion zu verzichten. Die zuständigen Stellen haben rechtzeitig Abklärungen vorgenommen und durften sich auf eine Auskunft verlassen, die sich später als falsch erwiesen hat. Wäre dies früher erkannt worden, hätte der Nachkredit fristgerecht eingeholt werden können. Die Finanzkommission schliesst sich dieser Einschätzung an. Sie beantragt dem Stadtrat mit 9 zu 1 Stimmen, den Nachkredit zu genehmigen und auf eine Sanktion zu verzichten. Sie sehen, wir haben fast Konsens. Es handelt sich um ein Nullsummenspiel, einen buchhalterischen Fehler und die Erkenntnis: Immerhin hat die Finanzkontrolle funktioniert. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Besteht zum Traktandum 4 Diskussionsbedarf? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Es sind auch keine Anträge eingegangen. Gemeinderätin Ursina Anderegg verzichtet. Dann kämen wir bereits zur Abstimmung. Wollt ihr dem Antrag des Gemeinderats zum Nachkredit und zur Kreditabrechnung zustimmen? Ihr könnt jetzt darüber abstimmen.

Abstimmung Nr. 007

2011.GR.000123

Annahme

Ja	51
Nein	0
Enthalten	5

Präsidentin: Wunderbar, ihr habt dem Nachkredit und der Kreditabrechnung zugestimmt.

2013.SUE.000002

5 Vereinbarungen mit dem BSC Young Boys (YB) und dem Schlittschuhclub Bern (SCB) betreffend Abgeltung Sicherheitskosten für die Saisons 2026/2027 bis 2029/2030; Genehmigung der Gebührenbefreiung bzw. Gebührenreduktion (Polizeikosten)

Präsidentin: Dann kommen wir zum Traktandum 5, und zwar zur Vereinbarung mit den BSC Young Boys und dem Schlittschuhclub Bern (SCB). Ich erteile auch hier gerne der Kommission das Wort. Für die RWSU, Judith Schenk.

Judith Schenk (SP) für die Kommission: Wir besprechen die Gebührenbefreiung bezüglich der Sicherheitskosten für YB und SCB. Diese beiden Clubs sind äusserst wertvoll und relevant für unsere Stadt. Wir sind uns darin bestimmt einig.

Seit dem 1. Juli 2009 müssen sich die beiden Stadtberner Sportclubs YB und SCB an den Sicherheitskosten beteiligen, welche der Stadt Bern im Zusammenhang mit den Heimspielen der Clubs entstehen. Die Gewalt im Umfeld von Sportveranstaltungen hatte damals stark zugenommen. Deshalb stiegen auch die Sicherheitskosten. Auf diesem Hintergrund schloss die Stadt Bern im November 2008 mit den beiden Clubs erstmal eine Vereinbarung über fünf Jahre ab, wonach sie sich an den Kosten der Stadt Bern für die nationalen Meisterschaftsspiele in der Höhe von je 60'000 Franken pro Saison zu beteiligen hatten. Ab 2014 führte die zuständige Direktion SUE mit YB und dem SCB neue Verhandlungen betreffend die Beteiligung an den Sicherheitskosten ab der Saison 2014/15 durch.

Die daraufhin abgeschlossenen Vereinbarungen waren jeweils auf vier Jahre befristet. Die aktuellen Vereinbarungen gelten daher je bis Ende der Saison 2025/2026, also bis jetzt, und müssen nun erneuert werden. Das Gebührenreglement sieht vor, dass die über den ordentlichen Polizeidienst hinausgehenden Leistungen der Kantonspolizei, also die Grundversorgung, welche Aufgabe der Stadt ist, bei kommerziellen Veranstaltungen grundsätzlich von den Veranstaltern zu tragen sind, dies unter Vorbehalt von Artikel 17a des Gebührenreglements der Stadt Bern, der die Möglichkeit vorsieht, dass

Vereinbarungen mit Veranstaltenden abgeschlossen werden können, in denen festgehalten wird, dass die Kostenbeteiligung der Veranstaltenden herabgesetzt wird.

Aufgrund der Höhe der Gebührenbefreiung der beiden Clubs, die nun vorliegt, liegt die Finanzkompetenz beim Stadtrat. Die beiden wichtigsten Punkte für diese Vereinbarungen sind das Kostendach von 60% nach Abzug der für die polizeiliche Grundversorgung anfallenden Polizeikosten – dieses trägt den Anstrengungen der Clubs zur Reduktion der Sicherheitskosten Rechnung – und zweitens der pauschale Beitrag von 1.50 Franken pro anwesende zuschauende Person, der an die Polizeikosten zu bezahlen ist. Beim SCB sind die Kosten in der Tendenz sinkend. So lagen sie 2008 bei 664'000 Franken, in der letzten Saison, 2024/2025, bei 372'500 Franken. Die Kostenbeteiligung von SCB lag entsprechend in den letzten vier Saisons bei null.

Bei YB sieht es etwas anders aus. Hier sind die Kosten in der Tendenz steigend, 2008 noch bei 1'596'000 Franken. In der Saison 2024/2025 lag der Betrag bei 2'283'700 Franken. Der Betrag der Kostenbeteiligung von YB lag entsprechend in den letzten zwei Saisons bei etwas über 800'000 Franken. Die exakten Zahlen können dem Vortrag entnommen werden.

Für beide Clubs gilt, dass eine lineare Tendenz aufgrund Corona nicht erstellbar ist. Es ist auch nicht zu 100% voraussehbar, wie hoch die Polizeikosten im Zusammenhang mit den Heimspielen der beiden Sportclubs in Zukunft sein werden, weshalb der Gemeinderat sich an den Kosten der letzten Jahre orientiert. Gestützt darauf geht er davon aus, dass die Gebührenbefreiung bzw. Reduktion für YB während der vierjährigen Vertragsdauer auch in den kommenden Jahren sicher 300'000 Franken übersteigen, jedoch nicht mehr als 4 Mio. Franken betragen wird. Für den SCB wird ebenfalls damit gerechnet, dass die Gebührenbefreiung 300'000 Franken nicht übersteigt. Sollten aber plötzlich Gewaltereignisse eintreten, können sich die Kosten rasch verändern. Daher wird auch hier eine Spannweite beantragt, die beim SCB aber nicht mehr als 2 Mio. Franken beträgt.

Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass mit dem geltenden Modell eine angemessene Kostenbeteiligung der Clubs vereinbart werden konnte. Die Kommission teilt diese Einschätzung. Mit der Festlegung des Kostendachs wird auch der Anreiz beibehalten, dass die Clubs die Sicherheitskosten mit eigenen Massnahmen senken oder zumindest tief zu halten versuchen. Die Clubs machen vieles, beispielsweise auch in der Fanarbeit, ohne welche die Sicherheitskosten sicherlich höher wären. Die Clubs stünden nicht im gleich guten Ruf. Die Kommission stellt die Gebührenbefreiung grossmehrheitlich nicht in Frage, auch wenn es für die Stadt eine unausgewogene Balance ist. Entsprechend hat die Stadt auch das Recht, Ansprüche zu stellen. In der Kommission haben wir deshalb vor allem auch den Aspekt der Ungleichberechtigung diskutiert.

Wir sind schliesslich die feministische Ultra unter den Städten. Die Spielerinnen unserer Sportclubs hören jedoch auf, auch aus wirtschaftlichen Gründen, wie etwa Noa Schärz letzten Sommer eindrücklich berichtet hat. Von 2'500 Franken kann in der Schweiz schon lange niemand mehr anständig leben. Vor allem wirkt eine solche Vergütung unwürdig im Vergleich mit den Löhnen der männlichen Fussballspieler*innen, welche bis in Millionenhöhe reichen, auch in unserer Stadt. Darüber haben wir sehr lange diskutiert. Entsprechend haben wir lange darüber diskutiert, ob wir vorschlagen sollen, dass die Verträge auf zwei Jahre befristet werden, damit die Clubs in der Zwischenzeit Zeit haben, sich auch darum zu kümmern. Wir sind aber zum Schluss gekommen, dass die administrativen Wege zu lang sind und dass wir schlussendlich in zwei Jahren nicht die besseren Unterlagen vor uns hätten. Es ist aber sehr wichtig, zu erwähnen, auch im Namen der Kommission, dass wir darauf schauen werden und dass wir entsprechend auch Mittel vorbereiten. Wir haben in der Gleichstellung im Sport sehr

wenige Hebel, wir können nicht viel bewirken, sodass wir uns auf städtischer Ebene dafür einsetzen, beispielsweise mit einer Reglementsanpassung, dass gewisse Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit die Clubs von solchen Gebührenbefreiungen profitieren können. Die Kommission hat die Vereinbarung und Gebührenbefreiung für den Schlittschuhclub Bern einstimmig angenommen. Für YB gab es ein paar wenige Enthaltungen, grossmehrheitlich wurde sie aber auch angenommen. Und wir empfehlen euch, diese Vereinbarungen so anzunehmen.

Präsidentin: Besten Dank der Kommissionssprecherin für das Vorstellen des Geschäfts. Gibt es Diskussionsbedarf? – Ich sehe keinen Diskussionsbedarf. Würde gerne der Gemeinderat noch etwas dazu sagen? Gerne auch noch anmelden. Danke.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Frau Präsidentin, geschätzte Stadtratsmitglieder, herzlichen Dank für die Präsentation. Es stimmt, es war eine längere Diskussion in der Kommission. Ich glaube, diese Abgeltungen für die Sicherheitskosten, das ist ein ausgewogenes Modell, es ist ein Erfolgsmodell. Es ist eben mit den Anreizen verbunden, dass die Clubs sich selber engagieren, die Sicherheitskosten tief zu halten und selber für die Sicherheit besorgt zu sein. Ich danke Ihnen, wenn Sie diesem Erfolgsmodell auch für die nächsten Jahre zustimmen und damit einen Beitrag leisten können für eine bessere Sicherheit bei den Sportveranstaltungen. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Wir kämen jetzt schon zur Abstimmung über Traktandum 5. Wollt ihr dem Antrag des Gemeinderats in dieser Form zustimmen? Dann kämen wir jetzt zur Abstimmung.

Abstimmung Nr. 008

2013.SUE.000002

Annahme

Ja	53
Nein	0
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt den Antrag des Gemeinderats angenommen.

2024.SK.0158

6 Initiative für eine konsequente Klimapolitik (Klimagerechtigkeitsinitiative)

Präsidentin: Wir kommen nun zum Traktandum 6 "Initiative für eine konsequente Klimapolitik". Der Gemeinderat beantragt hier eine Fristverlängerung für die Initiative. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die RWSU, Esther Meier. Einen kleinen Moment bitte. Jemand müsste Esther noch anmelden. Besten Dank.

Esther Meier (GB) für die Kommission: Die Initiative "für eine konsequente Klimapolitik" oder etwas kürzer "Klimagerechtigkeitsinitiative" wurde vor rund einem Jahr im November 2024 mit über 6'000 Unterschriften eingereicht. Lanciert hatte die Initiative ein überparteiliches Komitee aus Parteien und Umweltorganisationen. Sie fordert, dass die

Klimapolitik zuoberst auf die politische Agenda der Stadt Bern gesetzt wird und die Finanzierung für die Klimamassnahmen sichergestellt werden. Konkret fordert die Initiative, dass in der Gemeindeordnung ein neuer Artikel, ein Klimagerechtigkeitsartikel, ergänzt wird.

Darin soll festgelegt werden, erstens, dass die Stadt Bern bis 2040 klimaneutral wird, zweitens, dass ein Klimafonds geschaffen wird, der mit mindestens 20 Mio. Franken pro Jahr gespiesen wird. Das entspricht knapp 1,5% des städtischen Budgets; das mit der Absicht, zusätzliche finanzielle Mittel zu generieren, die notwendig sind, um die Umsetzung der Klimamassnahmen, die wir im Klimareglement beziehungsweise in der Energie- und Klimastrategie beschlossen haben, sicherzustellen. Dabei legt die Initiative nicht fest, wie der Klimafonds genau gespiesen wird. Sie schlägt aber mögliche Varianten vor, woher die zusätzlichen Mittel für die Finanzierung der Klimamassnahmen nebst Beiträgen aus dem ordentlichen Budget kommen könnten, beispielsweise von einem Teil der Gewinnablieferung von EWB, einkommensabhängigen Gebühren oder einer Erhöhung der Gewinnsteuern von Unternehmen, wobei die Initiative eine Kombination der Einnahmequellen vorsieht. Drittens fordert die Initiative, dass die Finanzierung in jedem Fall sozialverträglich ausgestaltet sein muss, also, dass die Finanzierung der Klimamassnahmen nicht zulasten der Wenigverdienenden gehen darf.

Im letzten November hat der Gemeinderat entschieden, dass er die Initiative nicht unterstützt. Er argumentiert, dass eine Vorverschiebung des Netto-Null-Ziels um fünf Jahre von 2045 auf 2040 zur Folge hätte, dass die Absenkpfade im Klimareglement neu definiert werden müssten und analog dazu natürlich auch die Massnahmen der Energie- und Klimastrategie. Dadurch würden viele Ressourcen in der Verwaltung in diese Neudefinition anstatt in die Umsetzung der Massnahmen selbst fliessen. Stattdessen will er einen Gegenvorschlag ausarbeiten, um den Anliegen der Klimagerechtigkeitsinitiative gerecht zu werden. Zur Ausarbeitung dieses Gegenvorschlags beantragt der Gemeinderat eine Fristverlängerung, über die wir heute im Stadtrat entscheiden.

Ich kann es an dieser Stelle kurz machen und schon mal vorwegnehmen: In der Kommission war die Fristverlängerung bis im Mai 2026 unbestritten und wurde einstimmig mit einer Enthaltung angenommen.

Für Diskussionen sorgte allerdings der Stadtratsvortrag an sich, der einen Ausblick gibt, wie genau die Anliegen der Klimagerechtigkeitsinitiative im Gegenvorschlag aufgenommen und umgesetzt werden sollen – oder eben auch nicht. Denn eigentlich dreht sich der gesamte Vortrag nur um das Netto-Null-Ziel, das der Gemeinderat in der Gemeindeordnung verankern will. Die eigentliche Kernforderung, nämlich die Schaffung eines Klimafonds, dass also zusätzliche finanzielle Mittel für die Klimamassnahmen bereitgestellt werden, wird nur im Beschrieb der Initiative ganz kurz gestreift.

Die Forderung nach einer sozialverträglichen Finanzierung fehlt sogar komplett. Im gesamten Vortrag sucht man den Begriff "sozialverträglich" vergeblich. Aber natürlich: Heute geht es erst einmal nur um die Fristverlängerung. Über die Inhalte werden wir später im Jahr noch diskutieren können, wenn der Gegenvorschlag konkret vorliegt. Die RWSU empfiehlt euch darum einstimmig, die Fristverlängerung anzunehmen. Vielen Dank für eure Unterstützung.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Die Redner*innenliste wäre jetzt offen für die Fraktionsvoten. Für die AL-PdA-TIF-Fraktion, Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Die AL-PdA-TIF-Fraktion lehnt die Fristverlängerung ab. Wir sind der Meinung, dass erstens, auf der einen Seite, dieser Gegenvorschlag nicht attraktiv aussieht. Es wurde schon erwähnt vorher: Da steht nichts drin

darüber, was für Geld hier gebraucht würde. Es steht lediglich drin, dass dieser Absenkungspfad zu kurzfristig sei oder die Planung schon geschehen sei, dass das Zeit und Ressourcen brauche. Jetzt werden aber noch mehr Zeit und Ressourcen verlangt, um diesen Gegenvorschlag zu machen, in dem dann nur drinsteht, dass man das in der GO (Gemeindeordnung) verankern möchte. Das ist uns ganz klar zu wenig.

Sinn und Zweck dieser Initiative ist vor allem, Geld zu beschaffen für diese Klimamassnahmen. Jeder in diesem Raum weiss, auch wenn er nichts weiss, dass diese Klimamassnahmen enorm viele Mittel verschlingen werden. Niemand weiss aber, wo diese Mittel herkommen sollen. Und genau das ist der Grund, warum wir diese Initiative gemacht haben, damit endlich mal Geld ins System gespült wird, um diese zwingend nötigen Investitionen zu tätigen. Nur zu reden darüber und irgendwie das Volk noch einmal abstimmen zu lassen, damit das sicher verankert ist in der GO, ist uns einfach zu wenig. So gesehen haben wir keine Lust auf diesen Gegenvorschlag und finden eigentlich auch: Man kann diesen Gegenvorschlag jetzt noch machen, wenn man den unbedingt will. Aber 12 Monate sind eigentlich genug. Es ist ein Thema, das eigentlich keinen Aufschub erlaubt. Vielen Dank.

Präsidentin: Herzlichen Dank, Raffael Joggi von der AL-PdA-TIF-Fraktion. Gerne übergebe ich das Wort Esther Meier von der GB/JA!-Fraktion.

Esther Meier (GB) für die Fraktion: Die Klimakrise lässt nicht nur das Eis in der Arktis und Antarktis, sondern auch das unserer Gletscher in schwindelerregendem Tempo dahinschmelzen. Auf dünnes Eis muss ich mich als Bernerin mit Ostschweizer Sprachhintergrund auch gleich zu Beginn meines Votums begeben; allerdings nur in dialektischer Hinsicht: "Mir hei no Zyt, isch gloge."

Mit diesem Slogan haben wir gemeinsam mit anderen Parteien und Umweltverbänden im Frühling 2024 die Klimagerechtigkeitsinitiative lanciert. Obwohl schon fast zwei Jahre alt, ist der Slogan leider aktueller denn je. Im Herbst hat der Bund die neuen Klimaszenarien publiziert, die eindrücklich aufzeigen, dass die Schweiz ein Hotspot der Klimakrise ist. Das Klima in der Schweiz erhitzt sich doppelt so schnell wie im globalen Schnitt und die Schweiz ist daher auch besonders stark von den Folgen betroffen. Gletscher schmelzen, Hitzetage, Dürren und Unwetter nehmen zu. Mit unserer aktuellen Klimapolitik steuern wir auf eine Erhitzung von 4,9 Grad zu und haben 2025 den ersten globalen Kipppunkt überschritten. Die Klimakrise betrifft schon lange nicht mehr erst unsere Kinder und Grosskinder. Die Klimakrise ist längst Gegenwart geworden, die wir am eigenen Körper spüren. Die Klimakrise ist jetzt. Und jetzt müssen wir auch handeln, und zwar entschlossen und vor allem rasch.

Angesichts der Dringlichkeit der Klimakrise ist das Netto-Null-Ziel der Stadt Bern aus unserer Sicht darum weiterhin zu wenig ambitioniert. Daran ändert sich auch nichts, wenn wir es in der Gemeindeordnung verankern. Beim Klimaschutz braucht es keine Berner Gemütlichkeit, sondern ein klares "Gring abe u seckle". Immerhin hat der Gemeinderat im Vortrag für die Fristverlängerung beim Netto-Null-Ziel aber bereits klar aufgezeigt, in welche Richtung er mit dem Gegenvorschlag gehen will, auch wenn wir seine Einschätzung natürlich nicht teilen.

Sehr irritiert hat uns dagegen, dass im Vortrag mit keinem Sterbenswörtchen auf die anderen beiden Kernforderungen der Initiative eingegangen wird; nämlich die Sicherstellung der Finanzierung der Klimamassnahmen durch zusätzliche Mittel, die für die Klimamassnahmen zweckgebunden werden; also, dass nicht einfach Geld, das wir schon haben, aus dem städtischen Budget zweckgebunden wird, sondern dass es zusätzliches Geld gibt für die Klimamassnahmen, das die Stadt Bern aktuell noch nicht

hat. In der Medienmitteilung des Gemeinderats zum Gegenvorschlag war immerhin noch die Zweckbindung erwähnt, die sich im Vortrag aber dann wundersamerweise in Luft aufgelöst hat. Denn seit der Energie- und Klimastrategie 2035 haben wir zwar eine grobe Kosten- und Wirkungsabschätzung der beschlossenen Massnahmen. Allerdings ist die Finanzierung der Massnahmen nicht ausreichend und das verfügbare Budget droht, wie die Erfahrung leider gezeigt hat, bei jeder Sparrunde zusammengestrichen zu werden. Darum ist es zentral, dass zusätzliche finanzielle Mittel für die Umsetzung erschlossen und dank der Zweckbindung die notwendige Planungssicherheit geschaffen werden kann; notabene für die Umsetzung der Massnahmen, deren Ausarbeitung der Gemeinderat selbst nach der weitsichtigen Ausrufung des Klimanotstands auf dem Münsterturm vorgelegt hat. Dasselbe gilt auch für die Klimasozialverträglichkeit. Zur Forderung, dass der Klimafonds sozialverträglich gespiesen werden soll, schweigt sich der Vortrag sogar noch beharrlicher aus beziehungsweise ignoriert sie komplett, obwohl der Name der Initiative ja schon einen kleinen Hinweis darauf gäbe, dass die Sozialverträglichkeit ein Thema sein könnte. Denn die Klimafrage ist in erster Linie auch eine soziale Frage, die bestehende Ungleichheiten verschärft. Denn kurz zusammengefasst: Reiche sind die Hauptverursacher*innen der Klimakrise, während sozial Benachteiligte, Wenigverdienende die Hauptlast tragen. Das gilt weltweit ebenso wie in der Schweiz. Solidar Suisse hat berechnet, dass das reichste 1% der Schweizer*innen achtmal so viel CO₂ verursacht wie die ganze ärmere Hälfte der Bevölkerung, also die 50% mit den tiefsten Einkommen bzw. Vermögen zusammen. Das reichste 1% der Weltbevölkerung hat übrigens nur zehn Tage gebraucht, um sein gesamtes CO₂-Budget für das Jahr 2026 in die Luft zu blasen, und lebt seit 19 Tagen auf Klimapump und auf Kosten der weniger Wohlhabenden, welche die Folgen ausbaden müssen. Es ist aus unserer Sicht nicht mehr als fair oder eben gerecht, dass diese Hauptverursacher*innen der Klimakrise auch für die Kosten, die sie durch ihren klimaschädlichen Konsum verursachen, geradestehen sollen und einen höheren Anteil an die Klimamassnahmen bezahlen.

An dieser Stelle möchte ich auch noch explizit darauf hinweisen, dass unter anderem auch die Sozialverträglichkeit mit ein Grund ist, warum die Initiative eine Kombination der Quellen, aus denen der Fonds gespiesen wird, nicht nur vorsieht, sondern explizit wünscht. Denn, wenig überraschend, sind solche Kombiquellenmodelle natürlich finanziell stabiler, wie zum Beispiel die Finanzierung des Green New Deals in Graubünden zeigt. Sie sind aber auch sozialverträglicher, weil die Finanzierung auf mehr Schultern verteilt wird.

Ich fasse zum Schluss nochmals zusammen: Der Vortrag des Gemeinderats ist im Hinblick auf die zwei Kernforderungen der Klimagerechtigkeitsinitiative, nämlich die zusätzlichen finanziellen Mittel und die sozialverträgliche Speisung des Klimafonds, eine totale Blackbox. Wir sind gezwungen, die Katze im Koffer zu kaufen. Trotzdem wird die GB-JA!-Fraktion die Fristverlängerung annehmen, fordert den Gemeinderat aber dringend auf, die Forderungen nach zusätzlichen Mitteln und die Sozialverträglichkeit nochmals genau zu prüfen und einen griffigen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Es braucht erstens zusätzliche Mittel und eine Zweckbindung, um die Finanzierung der Klimamassnahmen sicherzustellen. Und da wären wir gleich beim zweiten Punkt, denn diese Finanzierung muss sozialverträglich und verursacher*innengerecht gestaltet sein.

Präsidentin: Besten Dank. Für die SP-JUSO-Fraktion, Lukas Wegmüller.

Lukas Wegmüller (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt einen Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeitsinitiative durch den Gemeinderat. Was wir bedauern: Statt mit dem aus Sicht der SP-JUSO-Fraktion wichtigen Gegenvorschlag zur Initiative vorwärtszumachen, dauert das gefühlt jetzt etwas lange. Wenn im Vortrag steht, dass das Ziel des Gegenvorschlags darin besteht, dem Kernanliegen der Initiative, der möglichst raschen und zielstrebigem Erreichung des Netto-Null-Ziels, gerecht zu werden, wäre es schön gewesen, wenn wir auf diese Fristverlängerung hätten verzichten können. Dass der Bevölkerung ein konkret formulierter Vorschlag unterbreitet werden soll, damit der Gegenvorschlag gegenüber der Initiative einen Mehrwert bietet, begrüßen wir hingegen explizit. Mit Blick auf die Komplexität und den versprochenen Mehrwert stimmen wir der beantragten Fristverlängerung für einen Gegenvorschlag zu. Ich danke für die Unterstützung und eure Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Vielen Dank. Für die FDP-Fraktion, Chantal Perriard.

Chantal Perriard (FDP) für die Fraktion: Heute geht es nicht um eine inhaltliche Entscheidung zur Klimagerechtigkeitsinitiative und auch nicht um die Klimaziele der Stadt Bern. Heute geht es ausschliesslich um die Frage, ob dem Gemeinderat ausreichend Zeit eingeräumt wird, um einen fundierten Gegenvorschlag auszuarbeiten. Die Stimmbewölkerung hat Anspruch auf eine seriöse Entscheidungsgrundlage. Dazu gehört, dass neben der Initiative auch ein konkret ausgearbeiteter Gegenvorschlag vorliegt. Eine Fristverlängerung ist deshalb kein politisches Signal gegen den Klimaschutz, sondern Ausdruck eines sorgfältigen und verantwortungsvollen parlamentarischen Vorgehens. Die FDP-Fraktion unterstützt daher die beantragte Fristverlängerung.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Die Redner*innenliste wäre offen für Einzelvoten. Gerne anmelden. – Ich sehe keine Einzelvoten. Dann kämen wir bereits zum Gemeinderat Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Herzlichen Dank für diese kurze Debatte. Sie war aber auch klar. Es tut mir leid, dass der Vortrag zu wenig ausführlich ist. Es gäbe schon einiges mehr zu sagen und wir haben auch schon einiges mehr gesagt.

Warum braucht es diese Fristverlängerung? Tatsächlich sind wir im Jahr 2025 hauptsächlich damit befasst gewesen, die Eignerstrategie von EWB neu aufzusetzen. Darüber haben wir auch schon gesprochen. Wir waren damit in der Energie- und Klimakommission, wir waren damit in der Geschäftsprüfungskommission. Die Eignerstrategie von EWB wird eine Basis bilden für ein neues Ausschüttungsmodell der EWB-Gewinne.

Wir wollen dieses neue Ausschüttungsmodell zum Kern des Gegenvorschlags der Klimagerechtigkeitsinitiative machen, genauso wie es in der Initiative ja bereits angedacht ist und vorgeschlagen wird. Und das möchten wir genauso umsetzen. Warum lehnen wir die Initiative ab? Das steht hingegen im Vortrag. Wir wollen die Klimaziele nicht verändern. Wir möchten an den Klimazielen, die wir auch mit Ihnen bereits vereinbart haben, wir möchten bei den vereinbarten Klimazielen 2045 bleiben. Das ist bereits sehr ehrgeizig. Es wird uns voll fordern, diese zu erreichen. Und wir wollen keine Änderung dort, weil das dazu führen würde, dass wir das Klimareglement und alle unsere Absenkpfade neu definieren müssen. Wir müssten also wieder drei Schritte zurück auf Feld 1 und die ganze Klimapolitik neu aufsetzen. Das wollen wir nicht.

Hingegen war ja die Frage immer etwas offen: Ja, aber wie finanziert ihr die ganze Energiewende? Und das möchten wir dann sehr gerne zeigen und das werden wir auch

aufzeigen. Und ich hoffe, dass wir Sie dann, wenn wir das aufzeigen, mit unserem Modell etwas mehr überzeugen können, als wir es jetzt mit dem Stadtratsvortrag vermocht haben. Es tut mir leid, dass der etwas wenig aussagekräftig war. Aber wir haben euch ja auch schon mitgeteilt, wie wir das machen möchten. Wir möchten nämlich ein fixfertiges Umsetzungskonzept machen. Also der Gegenvorschlag wird schneller sein als die Initiative. Denn wenn die Initiative angenommen würde, dann müsste ja die ganze Umsetzung noch erarbeitet werden. Wir werden die Umsetzung bereits im Gegenvorschlag inkludieren, so dass wir eigentlich bereits relativ rasch diese Umsetzung auch so an die Hand nehmen könnten mit den nötigen Reglementsbestimmungen. Und wir würden selbstverständlich – und das steht ja im Gegenvorschlag – die Klimaziele, die bisher erst hier drin verhandelt wurden, die der Gemeinderat auch festgelegt hat, in die Gemeindeordnung schreiben. Ich glaube, es wäre ein grosser Mehrwert, dass wir in unserer Gemeindeverfassung die Klimaziele auch fix verankert hätten.

In dem Sinne: Wir sind bereits voll dran an der Umsetzung. Es wird nicht mehr so lange dauern. Wir haben Zeit bis am 15. Mai, um das zu verabschieden im Gemeinderat. Wir sind mit voller Kraft an der Umsetzung. Wir sehen und hören uns ab Mai und ich hoffe, dass wir euch dann besser überzeugen können von unserem Umsetzungskonzept. Danke, wenn ihr der Fristverlängerung zustimmt.

Präsidentin: Vielen Dank. Wir kämen schon zur Abstimmung. Wollt ihr der Fristverlängerung, wie vom Gemeinderat beantragt, zustimmen, dann könnt ihr jetzt darüber abstimmen.

Abstimmung Nr. 009

2024.SK.0158	
Annahme	
Ja	57
Nein	9
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt dieser Fristverlängerung zugestimmt.

2024.TVS.0177

7 Sanierung Lichtsignalanlage (LSA) Knoten Schwanengasse / Bundesgasse und Anpassung der Veloachse Schwanengasse/Sulgeneckstrasse

Präsidentin: Wir kämen nun zum Traktandum 7. Hier geht es um ein Sachgeschäft ohne Referendumspflicht, die Sanierung der Lichtsignalanlage Knoten Schwanengasse-Bundesgasse und Anpassung der Veloachse Schwanengasse-Sulgeneckstrasse. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die Kommission, Lukas Schnyder. Klappt es mit der Anmeldung?

Lukas Schnyder (SP) für die Kommission: Bei der Kreuzung Schwanengasse-Bundesgasse sind die Lichtsignalanlagen zu alt geworden und man sollte sie ersetzen. Ebenfalls ist der Veloweg, wenn man vom Bahnhof Richtung Marzili hinunterfährt, unvoll-

ständig. Heute müssen Velofahrer absteigen und zu Fuss über den Fussgängerstreifen. Dies soll in Zukunft besser werden, damit es einen durchgehenden Veloweg gibt. Diese Verbindung ist auch besonders wichtig in Anbetracht der geplanten Velostation am Bubenbergplatz.

Weiter unten auf der Sulgeneckstrecke braucht es eine Veränderung bei der Ausfahrt des Parkhauses der Mobiliarversicherung. Für die Autofahrenden ist es sicherheitstechnisch schwierig, gleichzeitig auf die herunterfahrenden Velos wie auch auf die herauffahrenden Autos zu achten. Zudem gibt es an dieser Stelle häufig einen Rückstau, so dass die Autos fast nicht aus der Garage fahren können. Deshalb soll es zur Anpassung der Wege für Fussgänger und Velos kommen, so dass hier die Sicherheit und ein flüssiger Verkehr gewährleistet sind. Der Projektierungskredit beläuft sich auf 350'000 Franken.

Jetzt komme ich zu den Anträgen, die bei diesem Vorstoss gestellt wurden. Die PVS stellt die folgenden Anträge; nämlich, dass zu überprüfen sei, wie der Bedarfsbetrieb auf ein Maximum auszuweiten ist und die Vortrittsverhältnisse zugunsten des Veloverkehrs auszugestaltet ist. In einem zweiten Antrag soll überprüft werden, ob die Veloführung in der Schwanengasse, insbesondere die Querung der Tramschiene, dem Masterplan Velo entspricht. In einem dritten Antrag sollen in der Sulgeneckstrasse bei der Ausfahrt aus dem Mobiliarparkhaus Varianten geprüft und bevorzugt werden, welche den Veloverkehrsfluss möglichst nicht unterbrechen. Eine PVS-Minderheit will prüfen, wie die Ampeln ausserhalb des Bedarfsbetriebs im Sinne einer grünen Welle für den Veloverkehr optimiert werden können. Die PVS empfiehlt euch den Projektierungskredit zur Annahme.

Präsidentin: Möchtest du gerade das Fraktionsvotum anschliessen?

Lukas Schnyder (SP) für die Fraktion: Genau, das möchte ich gerade anschliessen. Die SP-JUSO-Fraktion wird das Geschäft annehmen. Den Veloweg und damit die Achse vom Bahnhof hinunter ins Marzili weiter auszubauen, sehen wir als sehr sinnvoll an. Auch neue Ampeln einzusetzen zur Optimierung des Fuss- und Veloverkehrs unterstützen wir. Die Ausfahrt aus dem Parkhaus an der Sulgeneckstrasse für alle Verkehrsteilnehmenden sicherer und flüssiger zu erarbeiten, ist auch in unserem Sinn. Bei den Anträgen werden wir alle PVS-Anträge annehmen, den PVS-Minderheitsantrag jedoch ablehnen, da dieser unserer Meinung nach hier nicht umsetzbar ist. Vielen Dank.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Die Redner*innenliste wäre offen für die Fraktionsvoten. Für die GB/JA!-Fraktion, Mirjam Läderach.

Mirjam Läderach (GB) für die Fraktion: Die Erneuerung der Lichtsignalanlage ist Kernstück dieser Vorlage. Die GB-JA!-Fraktion begrüsst, dass die Forderung des Stadtrats, die Lichtsignalanlage bei geringem Verkehrsaufkommen als Bedarfsanlage zu betreiben, nun umgesetzt wird. Entscheidend ist dabei die konkrete Ausgestaltung. Die Betriebszeiten des Bedarfsbetriebs müssen möglichst lang definiert werden. Und das ist gemäss Vortrag derzeit noch offen.

Zudem müssen die Grünzeiten ausserhalb des Bedarfsbetriebs auch auf den Veloverkehr ausgerichtet werden. In den Unterlagen wird hier einmal mehr primär der öffentliche Verkehr erwähnt. Der Gemeinderat will nicht nur die Lichtsignalanlage ersetzen, das haben wir vorhin gehört, sondern im gleichen Zug auch Anpassungen an der über den Knoten führenden Veloachse vornehmen. Das finden wir sehr sinnvoll. Bis heute fehlt nämlich eine durchgehende Veloverbindung vom Marzili bis zum Bahnhof. Und

dass zukünftig die Veloroute von der Bundesgasse bis zum Bahnhof weitergeführt und auch direkt mit der neuen Velostation am Bubenberglplatz verbunden werden soll, ist ein wichtiger Schritt. Es fehlen jedoch zum jetzigen Planungsstand noch jegliche Angaben zur neuen und angepassten Veloführung. In der Schwanengasse Nord werden bestimmt die Tramschienen zur Herausforderung werden. Und für uns ist hier klar, dass diese Querungen masterplankonform ausgestaltet werden müssen.

Auch die Veloführung Richtung Marzili soll angepasst werden, insbesondere auch, um die bestehenden Gefahren im Bereich der Ausfahrt des Mobiliarparkhauses zu beseitigen. Und das ist sehr wichtig. Gleichzeitig darf aber eine Verbesserung der Sicherheit nicht mit einer Verschlechterung der Veloführung einhergehen. Lösungen, die den Veloverkehr unnötig verengen, überzeugen uns hier nicht. Sicherheit und Attraktivität müssen gemeinsam gedacht werden. Entscheidend ist also, wie die offenen Punkte in der weiteren Ausgestaltung umgesetzt werden. Wir begrüßen daher die überwiesenen Prüfungsanträge. Sie schaffen die Grundlage, um diese Fragen in der Projektierung sorgfältig zu klären. Die GB/JA!-Fraktion stimmt dem Geschäft zu und nimmt alle Anträge der vorberatenden Kommission an – auch den Minderheitsantrag. Sie sind für uns "No-brainer" für eine gute und sichere Verkehrsführung.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Für die FDP-Fraktion, Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP wird den Projektierungskredit grossmehrheitlich annehmen. Wir sehen auch die Notwendigkeit einer Erneuerung dieser Lichtsignalanlage. Diese ist in die Jahre gekommen. Wir hätten uns jedoch gewünscht, dass es Zahlen über die Benutzung dieser Kreuzung gibt, nämlich wie viele Fussgänger*innen, wie viel ÖV, wie viel MIV, wie viele Velos diese Kreuzung passieren.

Wir hoffen, dass dieses Versäumnis während der Projektierungsphase aufgearbeitet wird und diese Zahlen als Grundlage für die weiteren Arbeiten dienen werden. Auch unter Berücksichtigung des möglichen Mehrverkehrs wegen des Wegfalls von 60% des Durchgangsverkehrs beim Bahnhof.

Grundsätzlich sind uns die Anträge viel zu operativ. Diese sollten Bestandteil eines professionellen Projektierungsverfahrens sein. Für Selbstverständlichkeiten braucht es keine Anträge. Deshalb werden wir diese ablehnen oder uns enthalten. Der Knoten Schwanengasse-Bundesgasse braucht keine grüne Welle für den Veloverkehr. Wir möchten lieber eine grüne Welle für den ÖV. Vielen Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Für die GFL-Fraktion, Tanja Miljanović.

Tanja Miljanović (GFL) für die Fraktion: Ich sage ganz kurz etwas zu den Anträgen. Die PVS-Anträge wird unsere Fraktion annehmen. Für den Minderheitsantrag haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Dafür spricht, dass man natürlich die Veloförderung vorantreiben möchte und dafür ist es immer gut, wenn man eine grüne Welle hat. Dagegen kann man argumentieren, dass sich da eben nicht nur Velo und MIV gegenüberstehen, sondern dass es eine Stelle ist, wo auch der ÖV durchführt, der Fussverkehr durchführt. Und es ist aus unserer Sicht nicht zwingend, dass der Stadtrat jetzt unter diesen nachhaltigen Verkehrsmitteln eine Priorisierung vornimmt. Und deswegen ist beides möglich. Wir haben Stimmfreigabe.

Präsidentin: Vielen Dank für die Erläuterungen. Gäbe es Einzelvoten? – Keine Einzelvoten. Dann kommen wir zum Gemeinderat, Matthias Aebischer.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Sehr geehrte Frau Stadtratspräsidentin, liebe Stadträt*innen, ich bin nun schon mehr als ein Jahr im Amt. Und in diesen letzten 13 Monaten gab es immer wieder Momente bei mir auf der Direktion, in denen sich bei Projektbesprechungen die Blicke meiner Mitarbeiter*innen senkten und die Stimmung etwas abkühlte. Das war auch beim Thema Sulgeneckstrasse-Schwanengasse so. Jahrelang hat man nämlich getüftelt und geplant, die ultimative Lösung aber leider noch immer nicht gefunden. Wer mit dem Velo von der Schwanengasse her Richtung US-Botschaft im Marzili fährt, weiss, dass schon nur das Einfädeln in die Sulgeneckstrasse eine Challenge darstellt.

Bei der Ausfahrt des Mobiliarparkings muss der oder die Velofahrende dann erneut wachsam sein, denn auch für die Autofahrer*innen, welche das Mobiliarparking verlassen, ist die Situation nicht nur einfach – erst recht nicht, wenn in der umgekehrten Richtung, in Richtung Bundesgasse, Stau herrscht. Ziel ist es, diese neuralgische Stelle nun zu entschärfen und verschiedene Varianten zu prüfen, welche das Ganze für alle Verkehrsteilnehmer*innen übersichtlicher und sicherer machen. Dies geschieht im Zusammenhang mit der Sanierung der Lichtsignalanlage Bundesgasse-Schwanengasse, der Lichtsignalanlage mit der unbescheidenen Berner Lichtsignalnummer 007.

Die alte Anlage ist 18-jährig und soll in zwei Jahren ersetzt werden. Diese neue Ampel erlaubt dann unter anderem, bei wenig Verkehr auf Blinkbetrieb umzustellen. Die alte Anlage erfüllt die technischen Voraussetzungen dazu nicht.

Für die Planung von Verbesserungsmöglichkeiten auf der Sulgeneckstrasse und ein erneutes Monitoring, welches für diese Planung die Basis liefern soll, beantragt der Gemeinderat einen Kredit von 160'000 Franken, zudem 150'000 Franken für die Sanierung der Lichtsignalanlage 007 und 40'000 Franken als Reserve. Das ergibt einen Gesamtkredit von 350'000 Franken.

Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Dann noch ein Wort zu den Anträgen der PVS beziehungsweise der Kommissionsminderheit: Die vier Anträge sind alles Prüfaufträge zu Punkten, welche bei unseren Überlegungen zu einer besseren Verkehrsführung ohnehin schon im Fokus stehen – möglichst oft und lange Blinkbetrieb der Lichtsignalanlage, bessere Führung bei der Querung des Tramtrassees in der Schwanengasse und Verbesserung der Velosicherheit respektive des Verkehrsflusses Sulgeneckstrasse abwärts. Aus unserer Sicht gibt es keinen Grund, diesen vier Anträgen nicht zuzustimmen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Wir kommen bereits zur Abstimmung. Ihr könnt also gerne eure Antragsliste hervorheben. Wir kommen nun beim Traktandum 7 zum ersten Antrag der PVS.

Antrag 1

PVS

Es ist zu prüfen, wie der Bedarfsbetrieb auf ein Maximum ausgeweitet werden kann und die Vortrittverhältnisse und Fahrbahngestaltung zugunsten des Veloverkehrs auszugestalten sind.

Abstimmung Nr. 010

2024.TVS.0177: Antrag 1

Annahme

Ja	55
Nein	12
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag der PVS angenommen. Jetzt kommen wir zum Antrag 2 PVS-Minderheit.

Antrag 2

PVS-Minderheit

Es ist zu prüfen, wie die LSA ausserhalb des Bedarfsbetriebs im Sinne einer «grünen Welle» für den Veloverkehr optimiert werden kann.

Abstimmung Nr. 011

2024.TVS.0177: Antrag 2	
Ablehnung	
Ja	17
Nein	52
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den PVS-Minderheitsantrag abgelehnt. Wir kommen nun zum Antrag 3 der PVS.

Antrag 3

PVS

Es ist zu prüfen, wie die Veloführung in der Schwanengasse so ausgestaltet werden kann, dass (insbesondere die Querung der Tramschienen) den Anforderungen des Masterplans Velo entspricht.

Abstimmung Nr. 012

2024.TVS.0177: Antrag 3	
Annahme	
Ja	57
Nein	12
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt diesen Antrag angenommen. Jetzt kommen wir zum Antrag 4 der PVS.

Antrag 4

PVS

Auf der Sulgeneckstrasse Süd, insbesondere im Bereich der Ausfahrt des Mobiliar-Parkhauses, sollen Varianten geprüft und nach Möglichkeit bevorzugt werden, welche den Verkehrsfluss des Veloverkehrs möglichst nicht unterbrechen.

Abstimmung Nr. 013

2024.TVS.0177: Antrag 4	
-------------------------	--

Annahme	
Ja	57
Nein	13
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt auch diesen Antrag angenommen. Vielen Dank. Wir kommen nun zur Schlussabstimmung. Wollt ihr dem Antrag des Gemeinderats in der so bereinigten Form zustimmen, dann könnt ihr jetzt darüber abstimmen.

Abstimmung Nr. 014

2024.TVS.0177: Bereinigter Antrag des Gemeinderats	
Annahme	
Ja	65
Nein	5
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag des Gemeinderats in der so bereinigten Form zugestimmt.

2025.SR.0360

8 Dringliches Postulat: Umbau Bahnhof Bümpliz Nord – Sperrung der Personenunterführung

Präsidentin: Wir kommen nun zum Traktandum 8, dringliches Postulat "Umbau Bahnhof Bümpliz Nord, Sperrung der Personenunterführung". Ist dieses Postulat bestritten? – Ich sehe bereits jemanden stehen. Es ist nicht bestritten. Gut, dann erteile ich den Einreichenden das Wort für eine kurze Erklärung.

Raffael Joggi (AL) für die Einreichenden: Vielen Dank für die grosse Unterstützung unseres Anliegens. Ich glaube, es ist im Sinne der meisten Menschen, die dort ein- und aussteigen können, dass sie nicht zu viele Umwege gehen müssen. Und wir sind froh, dass der Gemeinderat die Annahme empfiehlt. Wir sind sehr gespannt, wie das umgesetzt werden wird. Nach meinem Kenntnisstand ist eine Unterführung tatsächlich zu schliessen im Bahnhof Bümpliz Nord. Aber vielleicht gibt es ja Lösungen mit Shuttlebus oder Ähnlichem. In diesem Sinn, vielen Dank.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Da das Postulat nicht bestritten war, habt ihr es somit überwiesen.

2025.SR.0019

9 Interfraktionelle Motion: Pilotprojekt Hollandknoten, sichere Kreuzung für Velofahrende; Annahme

Präsidentin: Dann kämen wir bereits zum Traktandum 9, interfraktionelle Motion "Pilotprojekt Hollandknoten, sichere Kreuzung für Velofahrende". Ist diese Motion bestritten? – Ja, die Motion ist bestritten. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Wer von

den Einreichenden wird dazu sprechen? – Für die Einreichenden, Katharina Gallizzi von der der GB/JA!-Fraktion.

Katharina Gallizzi (GB) für die Einreichenden: Ich hoffe, ich rede jetzt zum richtigen Traktandum. Irgendwie ging alles schneller, als ich gedacht habe. Hollandknoten ist schon richtig?

Um es vorwegzunehmen: Es freut mich natürlich, dass der Gemeinderat unsere Motion als Richtlinie erheblich erklären will. Allerdings sind wir sonst von der Antwort nur so halb erfreut, denn sie scheint uns etwas mutlos. Wir fordern ein Pilotprojekt für einen sogenannten Hollandknoten. Es handelt sich dabei um eine Veloführung bei Verkehrsknoten, bei dem die Fahrräder auf einem umlaufenden separaten Veloweg geführt werden. Das heisst, es gibt keine Verflechtung mit dem MIV, und auch relativ ungeübte Velofahrende können den Knoten problemlos passieren.

Das wäre eine enorme Verbesserung zu dem, was wir heute in der Regel sehen; nämlich, dass wir bis zu den Kreuzungen separate Velowege haben, die dann aber auf den Kreuzungen verschwinden oder mit der MIV-Spur vermischt werden. Was bedeutet, dass dort, wo die Verkehrssituation am allerschwierigsten und unübersichtlichsten ist, die Velofahrenden wieder auf sich allein gestellt sind. Es versteht sich von selbst, dass das nur möglich ist für Personen, die geübt sind im Velofahren. Und darum ist es auch schwierig, neue Personen auf das Velo zu bringen, denn diese sollen sich ja sicher fühlen. Und hier spielt die Knotengestaltung eben eine zentrale Rolle. Bis jetzt gibt es in Bern keinen Hollandknoten, obwohl eine Umsetzung z. B. beim Guisanplatz bereits angedacht war. Wie der Gemeinderat in seiner Antwort schreibt, sind bei vielen grossen Knoten Strassenabschnitte beteiligt, wo entweder der Kanton oder das ASTRA (Bundesamt für Strassen) das Sagen haben. Wie wir aus der Vergangenheit wissen und wie sich am eben erwähnten Guisanplatz leider auch gezeigt hat, sind diese Partner, um es gelinde zu sagen, nicht gerade velofreundlich. Deshalb finden wir es natürlich durchaus erstrebenswert, dass die Stadt beim ASTRA und beim Kanton jeweils auf die Prüfung eines Hollandknotens hinwirken will. Allerdings ist leider fraglich, wie viel Erfolg sie damit haben werden. Deshalb finden wir es wichtig, dass bei städtischen Knoten gezeigt wird, wie gut das System funktioniert und wie eine optimale Umsetzung aussehen würde.

Ich habe einleitend gesagt, dass wir mit der Antwort des Gemeinderats nicht ganz zufrieden sind. Wir anerkennen den Willen, bessere Knotenlösungen für Velos umzusetzen. Wenn die dann aber so sind wie auf dem im Vortrag oft zitierten Inselplatz, dann gibt es doch noch ein bisschen Luft nach oben. Die Signalisation auf dem Inselplatz ist verwirrend und die Warteräume sind viel zu klein. Ich weiss nicht, ob ihr ihn schon mal passiert habt. In diese Warteräume passen gerade ein, maximal zwei Velos hinein. Und die Grünphasen sind so kurz, dass sich die Velos stauen und sich gegenseitig im Weg stehen. Und das ist also alles andere als das, was man sich unter einer schönen Knotenführung vorstellt. Zudem muss man den Knoten mindestens viermal gefahren sein, um auch nur ansatzweise zu verstehen, was man als velofahrende Person genau machen sollte.

Wir wünschen uns also, dass der Gemeinderat die Motion nicht nur als Richtlinie entgegennimmt, sondern auch alles daransetzt, in Bern bald den ersten wirklich velofreundlichen Knoten zu realisieren, damit die Stadt ihrem Ziel als Velo-Hauptstadt für alle zwischen 8 und 80 Jahren einen Schritt näherkommt.

Präsidentin: Besten Dank. Gibt es sonst noch Fraktionsvoten? – Für die SP-JUSO-Fraktion, Lukas Schnyder.

Lukas Schnyder (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion wird den Vorstoss natürlich unterstützen. Es freut uns, dass sich der Gemeinderat am Hollandknoten ausrichtet und ihn als Kernforderung des aktualisierten Masterplans Veloinfrastruktur bezeichnet. Die Vorteile wurden genannt. Es sind viele – mehr Sicherheit für ungeübte Velofahrer*innen. Wir wissen, dass es funktioniert. Wir haben genügend Beispiele im Ausland, die das zeigen. Und wenn wir das Ziel haben, dass alle von 8 bis 80 Jahren velofahren können, so braucht es sichere Kreuzungen und Kreisel. Das gehört dazu. Und ja, besonders grosse Kreuzungen sind gefährlich. Und das hält wiederum potenzielle Velofahrende mit einem hohen Sicherheitsbedürfnis davon ab.

Natürlich ist uns klar, dass die Stadt nur beraten kann bei Strassenabschnitten, die in der Kompetenz des ASTRA oder des Kantons liegen. Doch darf der Gemeinderat nicht nachlassen und soll sich weiterhin mit Nachdruck für die Hollandknoten einsetzen und Überzeugungsarbeit bei ASTRA und Kanton leisten. Es wäre schön, wenn wir möglichst bald ein Pilotprojekt umsetzen und so auch Erfahrungen sammeln können, was es heisst, einen ganzheitlichen, umgesetzten Hollandknoten oder eben Hollandkreisel fahren zu können, und auch zu sehen, was für Vorteile dieser hat. Der Fokus auf Kreuzungen und Kreisel, wo Sanierung und Umbauten anstehen, ist natürlich nachvollziehbar, darf aber nicht als Vorwand gelten, damit man jetzt mit der Planung eines Pilotprojekts nicht vorwärts macht und ewig zuwartet. Die Stossrichtung stimmt, aber es braucht jetzt Tempo und Entschlossenheit für die Umsetzung eines Hollandknotens. Vielen Dank.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Für die GFL-Fraktion, Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: "Helm tragen oder beten" oder "Keiner bremst für Unsichtbare, deine Leuchtweste rettet Leben". Wie viele von euch kennen solche originellen BFU-Kampagnen noch aus ihrer Kindheit? Oder die sehr gut gemeinten Tipps, im Kreisel in der Mitte zu fahren den toten Winkel bei vorbeifahrenden Autos zu beachten? Das sind alles ganz gut gemeinte Tipps. Nur leider bewirken sie eines nicht, dass Velofahren spürbar sicherer wird. Die subtile Botschaft ist nämlich: Die Velofahrenden haben es selbst in der Hand, ob sie sicher unterwegs sind oder nicht. In dieselbe Kerbe schlagen ja auch Velolichtkontrollen, die die Polizei auch in den letzten Wochen in der Stadt wieder durchgeführt hat. Mein Mitgefühl war einigermassen gross, als ich zweimal auf dem Arbeitsweg beobachtet habe, wie Polizist*innen ahnungslose Velofahrende rausgenommen, ihre Personalien aufgenommen und sie zu einer Busse verdonnert haben. Da fährt man im Nebel, wohlbemerkt bei Temperaturen am Gefrierpunkt, freiwillig Velo und wird dann noch drangsaliert. Danke schön. Wir sollten solche Leute bewundern und uns davor verneigen, dass sie bei widrigen Verhältnissen den Bus nicht verstopfen helfen. "Keiner bremst für Unsichtbare". Das ist sehr nett gemeint, stigmatisiert aber Leute und stellt sie als Urheber*innen und Täter*innen von Unfällen dar.

Saloppe Sprüche und Bestrafungsaktionen nützen der Sicherheit von Velofahrenden überhaupt nichts. Kampagnen von BFU und SUVA suggerieren darüber hinaus ja auch: Velofahren ist eben nicht für alle, sondern nur für Furchtlose, Hartgesottene, die es mit allen anderen aufnehmen können im Nahkampf auf den Schweizer Strassen. Das Beispiel aus den Niederlanden, wo auch viel weniger mit Helm gefahren wird als hierzulande und trotzdem deutlich weniger Unfälle passieren, zeigt: Es geht auch anders. Veloinfrastrukturen müssen so gestaltet sein, dass sie Fehler verzeihen, das heisst, das Risiko eines Zusammenstosses oder Sturzes minimieren. Dabei hilft, das zeigt das Beispiel Holland mit seinen viel tieferen Velounfallzahlen eindeutig, eine striktere Tren-

nung von Auto- und Veloverkehr und auch von Velo- und Fussverkehr. So wird eben soziales Velofahren möglich, auch mal nebeneinander und mit etwas tieferer Geschwindigkeit. Im Hollandknoten oder im Hollandkreisel wird der Radweg baulich abgetrennt, wir haben es gehört, ausserhalb der Kreisfahrbahn oder der Fahrbahn geführt, die sich dann am Knoten treffen. An den Einmündungen erhält der Radverkehr Vortritt.

Solche strukturellen Massnahmen sind bedeutend wirksamer als solche, die darauf abzielen, Einzelpersonen in den Blick zu nehmen und mit einer Kampagne zu einem bestimmten Verhalten zu zwingen. Ein wichtiges Kriterium abschliessend noch beim Design dieser Knoten ist eine kompakte Bauweise. Es braucht enge Radien, die die Geschwindigkeit reduzieren helfen, und zwar eben die Geschwindigkeit von Autos. Das ist entscheidend für die Abbiegeverhältnisse. Die Radwege sind zudem rund fünf Meter zurückversetzt. Die Automobilistinnen und Automobilisten müssen also zuerst abdrehen und kreuzen den Radweg in einem 90-Grad-Winkel. Sie sehen den Radfahrer, die Radfahrerinnen und haben eine längere Reaktionszeit.

Die geschützten Kreuzungen oder Kreisel sind in Holland übrigens seit längerem verbreitet. In der Schweiz gehorchen die meisten Knoten aber immer noch der Maxime: Das Velo gehört auf die Strasse. Immerhin: Das ASTRA hat mit der Studie "Entflechtung der Veloführung in Kreuzungen" 2022 in Aussicht gestellt, in den kommenden Jahren Pilotprojekte mit Hollandknoten und -kreiseln durchzuführen.

Katharina Gallizzi hat es schon vorweggenommen: Die Antwort auf die Motion ist einigermassen zurückhaltend ausgefallen. Schade. Die Velostandards der Stadt sehen eigentlich solche geschützten Knoten schon vor, aber bisher eben nur auf dem Papier. In grossem Stil umgesetzt wurde noch nichts. Wichtig ist das Potenzial, das hinter solchen Knoten stecken kann, dass man eben das Velofahren für alle von 8 bis 80 ermöglicht. Das ist zwar theoretisch erkannt worden, aber wie am Inselplatz, an diesem Beispiel, auch schon ausgeführt wurde, ist die Ampelsteuerung jetzt mal ein Anfang, aber einfach noch zu wenig konsequent umgesetzt. Wir freuen uns auch, wenn wir bald das revidierte Reglement Fuss- und Veloverkehr beraten, dass wir über diese Bauten, über die Neuerung bei der Veloinfrastruktur in Bern in den kommenden Jahren und in der kommenden Zeit weiterhin intensiv diskutieren können. Vielen Dank.

Präsidentin: Besten Dank. Für die FDP-Fraktion, Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP unterstützt die vorliegende Motion, und dies aus mehreren Gründen. Wir setzen uns schon lange für eine Trennung der verschiedenen Verkehrsarten ein, also MIV, ÖV, Veloverkehr und so weiter. Es gibt verschiedene Gründe dafür. Auch für Leute, die den MIV benutzen, ist es gut, wenn möglichst viele Velo fahren. Man kommt schlussendlich flüssiger durch die Strassen. Das ist wirklich so.

Wir haben manchmal ein Problem damit, dass immer mehr oktroyiert wird, dass jeder velofahren muss, also wenn man zum Beispiel wieder an die Kornhausbrücke denkt und so weiter. Es gibt Leute, die sind auf das Auto angewiesen, sei das, weil man irgendwie zu Unzeiten Feierabend hat, weil man gesundheitliche Gründe hat und so weiter. Und das muss nach wie vor auch möglich sein. Der Schlüssel ist ein Nebeneinander zwischen MIV und Veloverkehr und je mehr Leute wir hier in der Stadt Bern haben, umso mehr Velofahrende haben wir. Dementsprechend müssen wir das auseinanderspaltten. Der Schlüssel ist auch, dass Velo und MIV aneinander vorbeikommen. Strassen mit gefährlichen Wechseln der Velospur von einer Seite zur anderen, gefährliche Rechtsabbieger und so weiter müssen wir beseitigen.

Der Hollandknoten macht genau diese Trennung. Er schafft klarere Verhältnisse, ist übersichtlicher und beseitigt gefährliche Ecken. Grund Nummer 2, warum wir auch zu dieser Motion Ja sagen: Die Motion ist mehrheitlich gut formuliert. Es wird nicht einfach dogmatisch die Schaffung von Hollandknoten gefordert, sondern es wird verlangt, dass man mit dem ASTRA prüft, ob so ein Hollandknoten irgendwo umsetzbar ist. Einzig der Punkt 5 zielt schon wieder ein bisschen ins Dogmatische, nämlich konkret aufzuzeigen, wie an möglichst vielen geeigneten Kreuzungen ein Hollandknoten umgesetzt werden kann. Das impliziert schon wieder, dass der Pilotbetrieb dann auch erfolgreich sein wird, aber egal. Ich gehe auch davon aus, dass er erfolgreich sein wird. Darum ist es für uns auch gut so. Danke für die Motion und wir werden sie annehmen.

Präsidentin: Vielen Dank. Die Redner*innen-Liste wäre offen für Einzelvoten. Gerne Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Merci, Jelena, du hast richtig gesehen. Ich spreche für die SVP-Fraktion.

Präsidentin: Einen Moment. Das Panel funktioniert noch nicht. Wir brauchen ein bisschen Geduld, sonst können wir dein gutes Votum nicht protokollieren lassen.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Merci. Ich kann das alles ohne Mikrofon, ihr kennt mich. Ist gut?

Wie Jelena richtig gesagt hat: Ich rede für die SVP-Fraktion. Die SVP-Fraktion lehnt diesen Vorstoss ab. Auch wir sind ganz klar für mehr Sicherheit. Man kann durchaus sagen, die Motion sei insofern geschickt formuliert, weil sie nicht allgemein die Hollandknoten fordert. Was uns jetzt ein bisschen provoziert hat, ist das Votum von Michael Ruefer, der gesagt hat, die Polizei habe da Kontrollen gemacht. Ich bin der Meinung, dass es sowohl Sache der Stadt ist, dass man sichere Lösungen haben muss. Dazu hat die SVP Vorstösse eingereicht. Der Europaplatz – unser Postulat oder unsere Motion –, wo der rote Veloweg einfach im Nirwana in der Fussgängerzone geendet hat, ist eine Katastrophe. Ebenfalls auf dem Helvetiaplatz besteht eine Situation, die gefährlich ist für die Fussgänger und die Velofahrer, weil der Fussgänger nicht weiss: Kommt der Velofahrer auf der Strasse, kreuzt er auf dem Trottoir links oder auf dem Trottoir rechts vor mir durch. Auch dort bin ich der Meinung, bei der Thunstrasse sollte man auf dem Trottoir Führungslinien haben. Trotzdem muss man ganz klar sehen, und das ist der Unterschied, dazu haben wir noch einen Vorstoss eingereicht, dass eine Markierung auf der Fahrbahn ist, damit der Velofahrer weiss: Auf dem Trottoir hat trotzdem noch der Fussgänger Vortritt.

Und das ist das grosse Problem. Wenn ihr nachher solche teilweisen Lösungen macht, wiegt sich der Velofahrer in falscher Sicherheit. Er meint, in dem Bereich, der gelb markiert ist, habe er Vortritt. Ich bin der Meinung, dort sollte eben zwingend daraufhin stehen: Achtung Fussgänger, auf einem Dreiecksignal, Achtung Gefahr, wie es das auch hat bei den Tieren, wie es das auch bei einem Schulhaus hat – das Zeichen für Fussgänger. Das einmal zur Grundvoraussetzung.

Der zweite Punkt: Auch der Velofahrer muss sich an die Vorschriften halten. Wie viele Velofahrer missachten Rotlicht konsequent? Wie viele Velofahrer sind auf dem Aareweg zwischen Schönausteg und Eichholz unterwegs? Selbst wenn die Frequenz der Badenden gross ist, hält er sich nicht daran, tutet und klingelt, damit die Leute möglichst ausweichen. Schlimmer ist es dann auch, wenn sie ein Lastenvelo haben, das vorne oder hinten noch eine riesige Kiste hat, was dann wirklich gefährlich ist. Teil-

weise werden diese auch auf dem Trottoir abgestellt, so dass man mit einem Kinderwagen beispielsweise bei der Ka-We-De, als sie noch in Betrieb war, auf die Strasse ausweichen musste. Dazu muss man einfach sagen: Das geht nicht. Und das ist für mich auch ganz klar: Velofahren ohne Licht – es gibt nur eine kleine Busse, aber die Schäden, die es geben kann, wenn ein Automobilist den nicht sieht ... Der muss auch zahlen, wenn er einen Velofahrer ohne Licht anfährt – wegen der Kausalhaftung. Aber das nützt ihm nichts und dem Velofahrer nichts. Wenn der andere auch schuld ist, die schweren Verletzungen, die vielleicht mit dem Tod oder mit schweren Hirnverletzungen enden können, trägt dann trotzdem der Velofahrer. Und darum bin ich froh und ich danke der Polizei, dass sie die Kontrolle beim Velofahren ohne Licht macht. Beim Neuzugängeranlass hat meine Tochter ein paar dieser Beleuchtungskörper gerne entgegengenommen, die man auf die Kindervelos und Trottinets montieren kann. Das ist für mich eine Sache der Sicherheit. Und dass man das kritisiert, war für mich die Veranlassung, für die Fraktion trotzdem noch das Wort zu ergreifen und ganz klar Nein zu sagen. Denn wir sind der Meinung, die Velofahrer trifft hier eine grosse Verantwortung. Auch sie sollen ihren Beitrag leisten. Und darum sind wir der Meinung, dass wir diesen Vorstoss ablehnen werden.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Wenn es keine weiteren Einzelvoten gibt, würden wir zum Gemeinderat Matthias Aebischer kommen.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Sehr geehrte Frau Stadtratspräsidentin, geschätzte Stadträt*innen, der Gemeinderat begrüsst die Stossrichtung dieser Motion. Ihr habt das schon mehrfach gehört. Die Idee der Separierung von Velo- und MIV-Spur bei einer Kreuzung, bei einem Kreisel ist ein Idealfall, den es immer anzustreben gilt, wenn irgendwo in unserer Stadt gebaut oder saniert wird. Der Gemeinderat setzt sich deshalb entsprechend auch beim ASTRA und beim Kanton für solche Pilotprojekte ein, also nicht nur bei Projekten auf kommunalen Strassen.

Der aktualisierte Masterplan Veloinfrastruktur, er wurde auch schon erwähnt, sieht diese Ansätze von Knotenlösungen ebenfalls vor. Elemente davon wurden denn auch schon realisiert, so zum Beispiel, auch das haben wir gehört, auf dem Inselplatz. Und hier würde ich auch als ehemaliger Pro-Velo-Präsident nur von einem Teil-Hollandknoten sprechen. Das gebe ich zu. Ein richtig toller Hollandknoten, wie er eben an einigen Kreuzungen in den Niederlanden zu sehen ist, mit den nach niederländischen Normen fünf Metern Abstand zwischen Kreisfahrbahn und Veloweg kann und will ich hier und heute nicht versprechen. Das wird aus Platzmangel in Bern bei allen Kreuzungen schwierig zu realisieren sein. Eine Separierung von Velo- und MIV-Spur schauen wir aber bei allen neuen Projekten, wie gesagt, immer an. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat also, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären. Ich gebe dann mein Bestes. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Besten Dank. Es wurde empfohlen, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären, das heisst, sie wird nicht gewandelt. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wollt ihr die Motion als Richtlinie erheblich erklären, dann könnt ihr jetzt dazu abstimmen.

Abstimmung Nr. 015

2025.SR.0019: Als Richtlinie

Annahme

Ja

65

Nein	4
Enthalten	4

Präsidentin: Ihr habt die Motion erheblich erklärt.

2025.SR.0030

10 Postulat: Metro-Parking: Weniger Fahrten in der Altstadt dank neuer Bewirtschaftung

Präsidentin: Wir kommen nun zum Traktandum 10, Postulat "Metro-Parking: Weniger Fahrten in der Altstadt dank neuer Bewirtschaftung". Dieses Postulat ist ebenfalls bestritten. Ich erteile damit den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden, Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL) für die Einreichenden: Das Reglement des Metro-Parkings mit der Stadt als Mehrheitsaktionärin hält fest: Für die Stadt leistet die Autoeinstellhalle Waisenhausplatz – darf ich um etwas Ruhe bitten? – mit der Entwicklung ihrer Anlage einen Beitrag zur Attraktivierung des öffentlichen Raums in der Innenstadt und zu einer stadtverträglichen Mobilität.

Ja, man kann sich jetzt ernsthaft fragen: Womit genau trägt dieses Parking an bester und privilegierter Lage in der Innenstadt genau zu einer besseren Aufenthaltsqualität und einer stadtverträglichen Mobilität bei? Zum Beispiel Lebensqualität von jenen, die beim Glatz einfach mal so eine Stange Mandelbärli mit dem Auto kaufen möchten oder die ihr Lammgigot in der Migros-Marktgasse mit dem Auto kaufen müssen? Sowas verstehe ich unter dieser Interpretation von Lebensqualität. Für viele Leute in der Stadt allerdings, für Passantinnen und Passanten, für Velofahrende, sind die vielen Zu- und Wegfahrten des Metro-Parkings über die "Schütz", über die Speichergasse und wieder raus über die Hodlerstrasse und Neubrückestrasse jedenfalls nicht so lustig. Man muss sich durch diese vielbefahrenen Gassen zwängen und mithelfen im täglichen Wettstreiten, das sich tagtäglich in der Speichergasse und der Hodlerstrasse abspielt.

Dabei, Hand aufs Herz, sind wir doch eigentlich in Bern hier ein gemütliches Völklein und möchten uns nicht unnötig in unserem Alltag stressen lassen, auch wenn unsere Besucherinnen und Besucher es immer so pressant haben. Deshalb dieses Postulat: Es soll einmal genauer aufgezeigt werden, wer denn die Parkplätze im Metro-Parking genau nutzt, wie viele Fahrten dies verursacht und für welche Zwecke das vor allem passiert. Und dann soll das Reglement endlich seine wahre Wirkung entfalten: eine stadtverträgliche Mobilität fördern und Lebensqualität für die Stadtberner Bevölkerung dank einer aktiven Bewirtschaftung und Tarifgestaltung und einer Belegung der Parkplätze durch jene, die nicht bloss für ihr "Pfänderli Ruchs" in die Altstadt einkaufen gehen. Vielen Dank.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Die Redner*innen-Liste ist offen für die Fraktionsvoten.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Die SVP lehnt den Vorstoss ganz klar ab. Das ist wiederum richtig rot-grüne Verbotskultur. Die Leute, die vielleicht kurz in der Stadt Bern einen Einkauf machen wollen, sollen das Auto dort nicht mehr abstellen können. Das heisst, irgendeiner, der von Eggwil nach Bern kommt und etwas einkaufen will, soll mit dem Zug kommen. Das ist ein dirigistischer Vorstoss. Das schöne Beispiel ist

die Stadt Burgdorf, deren Oberstadt. Dort hat die rot-grüne Verbotspolitik alle Geschäfte zum Absterben gebracht, zum Aussterben. Die wird man jetzt wahrscheinlich dann fördern, einfach jetzt mit staatlichem, kantonalem oder vor allem städtischem Fördergeld, damit man dort die Sachen betreiben kann.

Und wenn ihr den Vorstoss anschaut – wie wollt ihr das machen? Da erzieht ihr die Leute zum Lügen. "Nutzungsgründe sind zu erheben." Wenn ich in der Stadt bin und sage: Ich komme nur kurz, weil ich eine Stereoanlage anschauen will oder sehen, was sie in einem Kleidergeschäft für eine neue Kleiderkollektion haben, dann muss ich das angeben. Und wenn ich dann plötzlich noch einen Freund oder eine Freundin treffe und wir gemeinsam noch zu Abend essen, dann stimmt die ganze Statistik nicht. Wahrscheinlich wollt ihr noch ein paar rot-grüne Studenten einsetzen, die die Leute stundenlang befragen, was sie jetzt in der Stadt machen, wieso sie dort das Auto abgestellt haben. Ich kämpfe auch für den Datenschutz. Aber ihr fragt die Leute noch aus, kontrolliert, was sie in der Stadt machen, erzieht die Leute zum Lügen. Wer dann vielleicht eine Freundin oder einen Freund trifft, soll noch heucheln und sagen: Nein, nein, ich gehe nachher rasch weiter, gehe Sport machen oder was auch immer. Das ist für mich rot-grüne Verbotspolitik, und ich hoffe, dieser Vorstoss komme nicht durch. Auch wenn ihr die anderen Sachen seht – die Nutzungen, die Standzeiten: Dann müsst ihr wiederum dem dankbar sein, der von Bolligen kommt und das Auto hier abstellt und am Morgen um 7.30 Uhr arbeiten geht und bis um 22.15 Uhr im Büro ist. Dann müsst ihr die geradezu fördern. Es ist gerade die Standzeit, die ihr wollt. In anderen Fällen hat man dann im Nordquartier Andreas Hofmann gesagt, man dürfe private Garagen nicht an Auswärtige vermieten. Seid ihr also auch noch völlig schizophran?

Also ich muss euch sagen, dieser Vorstoss ist etwas vom Schlimmeren. Dirigistisch ist auch der nächste Punkt, eine möglichst fahrtenarme Nutzung zu errechnen und für die Fahrtenreduktion ein Monitoring zu machen. Was wollt ihr dann machen? Einer sagt, er sei den ganzen Tag da und nachher geht er früher – wollt ihr dem die Ausfahrt verbieten? Für mich ist das rot-grüne Verbotkultur vom Schlimmsten. Dirigistisch. Ein ganz klares Nein der SVP. Wir sind hier ganz geschlossen. Ihr merkt es auch an meinem Votum. Danke.

Präsidentin: Lieber Alex, vielen Dank. Ich wäre jedoch froh, wenn wir uns nicht gegenseitig als schizophran bezeichnen würden, nur so für das nächste Votum. Für die GB-JA!-Fraktion, Seraphine Iseli.

Seraphine Iseli (GB) für die Fraktion: Das Metro-Parking liegt an einem Ort in der Stadt Bern, wo es unserer Meinung nach kein Autoparking braucht. Und es ist nicht so, dass die Menschen aus Eggwil aus unserer Sicht nicht kommen sollten. Sie sind herzlich willkommen, aber es gibt auch dort ÖV und der Raum in der Stadt ist knapp und wir müssen uns gut überlegen, wem dieser Raum gehören soll., und das sind eben nicht die Autos. In dem Faktenblatt zum Parking Metro steht, dass das Metro-Parking, ich zitiere, "einen Beitrag zur Attraktivität des öffentlichen Raums in der Innenstadt und zur Förderung einer stadtverträglichen Mobilität leisten" solle.

Diese Aussage ergibt für uns keinen Sinn. Schliesslich ist es nur dank Parkings wie dem Metro-Parking überhaupt möglich, das Auto für Freizeitfahrten in die Stadt zu benutzen. Und wir finden es nicht sonderlich attraktiv, als Fussgänger*innen den zu schnell fahrenden Autos, die entweder zum Parking hin- oder vom Parking wegfahren, ausweichen zu müssen. Deshalb wäre ein wirklicher Beitrag zur Attraktivität des öffentlichen Raumes eine Abschaffung des Parkhauses und somit eine massive Reduktion

des Freizeitverkehrs durch die Obere und Untere Altstadt. Natürlich ist es uns bewusst, dass es Menschen und Gewerbe gibt, die darauf angewiesen sind, mit dem Auto durch die Stadt zu fahren. Aber wir müssen eine Möglichkeit finden, unterscheiden zu können zwischen notwendigem und vermeidbarem Autoverkehr. Wir sind erfreut darüber, dass der Gemeinderat das jetzt mit diesem Postulat prüfen will. Und wir appellieren an den Gemeinderat, diesen Prüfauftrag auch wirklich ernst zu nehmen und einen realistischen und wirksamen Vorschlag zu machen, wie die Altstadt autoärmer gemacht werden kann, bis sie dann hoffentlich bald ganz von Freizeitverkehr befreit werden kann.

Präsidentin: Vielen Dank. Für die SP-JUSO-Fraktion, Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP) für die Fraktion: Erst einmal möchte ich danken für dieses wirklich gute und richtige Postulat. Eigentlich habe ich zu den Argumenten von Michael Ruefer nicht mehr viel hinzuzufügen, aber vielleicht noch etwas mitzugeben: Ich glaube, es ist durchaus richtig und wichtig, dass wir einmal eine autoarme oder autofreie Innenstadt haben werden. Das ist klar das Ziel unserer Fraktion. Allerdings gibt es auch Menschen in der Innenstadt, die aufgrund ihrer persönlichen Situation oder ihres Jobs nicht ganz ohne Auto leben können. Und hier, finde ich, macht dieses Postulat dann eben gleich doppelt Sinn, weil man eben Anwohnendenparkplätze von der Fussgängerzone unterirdisch verlegen kann.

Ich möchte vielleicht noch ganz kurz auf Alex Feuz eingehen, der gerne eine etwas polternde Rede gehalten hat. Aber dass es weniger Autos in der Innenstadt gehen soll – ja, das ist die rot-grüne Verkehrspolitik. Das erwartet die Bevölkerung von uns und das ist auch richtig und dafür werden wir gewählt. Die Altstadt ist weitgehend eine Fussgängerzone und auch das ist richtig. Wir von der SP setzen uns aber schon auch dafür ein, dass für das Gewerbe genügend Parkplätze vorhanden sind. Ich finde es zum Beispiel einleuchtend, dass ein Möbelhaus vielleicht auch noch einen Parkplatz braucht, damit man die gekauften Möbel auch mitnehmen kann. Das leuchtet sogar uns Dirigistinnen und Dirigisten ein. Gleichzeitig finde ich es aber auch etwas absurd, von einem Überwachungsstaat zu reden, der hier eingeführt werden soll. Ich glaube, die anwesenden Medienschaffenden können sicher richtig beurteilen, dass es nicht darum geht. Vor allem finde ich das auch ein spannendes Argument von einer Fraktion und Partei, die Videoüberwachung im öffentlichen Raum durchaus auch okay findet. Ich bitte euch, vielleicht ein wenig gelassener zu sprechen über Verkehrspolitik. Wenn das Dirigismus ist, was wir hier machen, dann hoffe ich, machen wir ein bisschen mehr Dirigismus. Aufgabe einer Stadt und des Staates ist es ja auch, den öffentlichen Raum zu gestalten und eben nicht anarchisch zu sagen: Hier geht alles. Und wenn wir sagen, dass hier eben keine Autos gehen, dann ist das gut.

Präsidentin: Vielen Dank. Für die FDP-Fraktion, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Willkommen in der Planwirtschaft der rot-grünen Ratsmehrheit. Wer kein Parkhaus mehr will für die Gäste oder die Kunden in der Altstadt, leitet den schleichenden Tod der Innenstadt und ein Lädelisterven ein. Alex Feuz hat es bereits erklärt. Wie sollen denn die Leute die sperrigen Gegenstände und Waren überhaupt transportieren? Das ist diskriminierend. Es braucht eine gute Erreichbarkeit der Innenstadt durch den MIV. Es braucht die Möglichkeiten des Warentransports auch für die Leute, die nicht gut zu Fuss sind.

Wenn ihr dann schon keine "Karren" mehr in der Stadt wollt, dann solltet ihr zumindest Alternativen bieten, wie zum Beispiel Park and Ride. Aber einen entsprechenden Vor-

stoss der FDP habt ihr vor ein paar Jahren krachend abgelehnt. Ja, darum: Es ist ein weiterer untauglicher Angriff auf die Freiheit der mündigen Bürgerinnen und Bürger und auf das Gewerbe. Bern ist aber keine Insel, sondern eingebettet in ein Gesamtverkehrssystem. Wir lehnen den Vorstoss als realitätsfremd ab. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Für die Mitte-Fraktion, Nicolas Lutz.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Viel ist schon gesagt worden. Aber es kommt mir teilweise schon ein bisschen komisch vor. Denn zuerst sagt man, man wolle in der Innenstadt eine lebendige Stadt, und denkt dann, man verbiete jetzt einfach Parkplätze und Autos. Das wird nicht gehen, das wird einfach ein Hirngespinnst bleiben. Es ist so. Denn wir sind nämlich auch eine Bundesstadt und wir sind eine internationale Stadt. Und auch deswegen braucht es ein Parkhaus, weil die leider nicht alle mit dem ÖV kommen wollen oder können.

Und das zweite ist: Wenn man bedenkt, was der neue ÖV dann ist und dass auch Velos und die neuen Cargovelos immer grösser werden und eigentlich auch immer mehr Platz brauchen und nicht mehr kleine Velos ist, sondern auch mehr Platz brauchen – also die Entwicklung dort geht nämlich teilweise auch hin zu grösseren Velos, die dann auch wieder viel Platz brauchen und tendenziell auch immer schneller fahren. Also sie sind dann vielleicht elektrisch, aber auch nicht mehr so, wie man es gedacht hat.

Und dann muss man wirklich auch an das Gewerbe denken. Und Untersuchungen zeigen, dass, wenn es gar keinen Zugang mehr gäbe, das einfach schlecht für den Gewerbe wäre. Und dann gehen die Leute nachher in Einkaufszentren und in Grosskonzerne; genau das, was wir nicht wollen. Wir wollen eine lebendige Innenstadt. Und ich, der im Gesundheitswesen arbeitet, möchte einfach sagen: Es gibt viele ältere Leute, die teilweise, wenn sie von weither kommen, auf ein Auto angewiesen sind, weil sie hier zum Arzt, zum Spezialisten müssen und den ÖV nicht brauchen können. Und dann laufen die Leute einfach sehr weit, weil es kein Parkhaus mehr gibt. Und eben, das Argument ist ja sogar auch von links schon gekommen: Bessere ein Parkhaus als viele Parkplätze draussen, sie dort konzentrieren, wo es sie braucht.

Und wenn man dann noch von Velos und Unfällen spricht, wir hatten es heute gerade in der PVS: Also die Unfälle auch bei den Velos gehen auch in der Stadt Bern zurück. Pro Jahr reden wir im Bereich ÖV und Fussgänger von etwa einem Toten pro Jahr; das nur um zu zeigen: Dort geht es eigentlich in die richtige Richtung. Und zum letzten Argument: Man sagt auch immer, das Klima werde sich stark erwärmen. Wenn es sich wirklich stark erwärmt, dann muss man schauen, ob alle Leute – wir sehen das heute schon in Dubai – noch laufen oder velofahren können. Denn, wenn es sehr heiss ist, werden Leute, die nicht so fit sind, einfach auch nicht auf den ÖV oder auf den MIV umsteigen müssen. Darum bitte ich euch, das abzulehnen, weil es wirklich ein bisschen realitätsfremd ist, dass man bei diesem Parkhaus, das gut gelegen ist und wo man auf bestehendem Raum, Parkplätze in den Untergrund verlegen kann, jetzt Einschränkungen machen will. Das macht wirklich keinen Sinn.

Präsidentin: Vielen Dank. Gibt es noch weitere Einzelvoten? – Gerne noch anmelden. Für die SVP-Fraktion, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Die Altstadt hat Tradition für Familien und Senioren, auch für das Gewerbe. Es ist wichtig, dass man Velo und Auto in Einklang bringt

miteinander. Es gibt viele alte Leute. Ich kenne ein Pärchen, das seit 30 Jahren in der Altstadt wohnt. Und die sind eigentlich angewiesen auf das Auto. Sie parkieren das Auto jetzt im Rathausparking. Sie hatten vorher einen Parkplatz vor dem Haus, den man nun gestrichen hat.

Es kann nicht sein, dass man Leute diskriminiert infolge irgendwelcher rot-grünen Politik. Man sollte miteinander gehen. Ich bin nicht gegen Velofahrer, aber ich setze mich hier ganz klar für das Gewerbe und für die Autos ein, damit die auch noch Platz haben. Man kauft vielleicht irgendwelche Sachen ein. Es hat eine Apotheke in der Altstadt, die auch darauf angewiesen ist, Umsatz zu machen. Und ich denke, die Extremität, die jetzt für die Altstadt an den Tag gelegt wird, ist nicht der richtige Weg für die Berner Altstadt, für das Gewerbe, für die Lebendigkeit; nicht, dass nachher eine Geisterstadt daraus wird. Man sieht das in Burgdorf. Burgdorf war eine der ersten Städte, die alles autofrei gemacht hat und alles gestrichen hat. Jetzt ist die Oberstadt in Burgdorf, ich bin dort in der Nähe aufgewachsen, eine Geisterstadt. Es hat keine Geschäfte mehr, die sind jetzt alle runtergezügelt. Wie gesagt, das Resultat ist, dass man vor allem noch die grossen Einkaufszentren berücksichtigt, die eben Parkmöglichkeiten haben. Und die kleinen Gewerbe leiden und die kleinen Gewerbe haben entsprechend auch Umsatzeinbussen und müssen ihr Gewerbe verlegen oder sogar schliessen.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Für die GFL, Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL), Einzelvotum: Ich möchte nur eine ganz kurze Replik geben auf das, was jetzt in der Debatte gesagt wurde. Es ist vielfach entkräftet worden, dass autofreie oder autoarme Altstädte irgendwelche Besucherrückgänge verzeichnen. Dazu lesen Sie ganz viele Studien. Das ist auch aus Österreich, aus Dänemark, Skandinavien sehr gut belegt. Autos kaufen nicht ein, sondern Menschen.

Und zum zweiten ist es auch so: Wir sprechen hier nicht über eine Schliessung eines Parkhauses, sondern darüber, dass wir dieses eben gezielter nutzen, zum Beispiel eben auch eine einfachere Nutzung durch Handwerker, Handwerkerinnen, Gewerbebetreibende. Es steht im Vorstoss. Lesen Sie den Vorstoss auch, Thomas Glauser, denn das steht dort drin. Und das kann man ja wirklich mal anschauen. Es ist ein Postulat, es ist also auch ziemlich unverbindlich.

Und dann, was mir auch noch aufgefallen ist in der Debatte: Man spricht von Verbotskultur und weiss was alles. Aber wir haben vor nicht allzu langer Zeit in der Stadt darüber abgestimmt, wie wir den Waisenhausplatz sanieren wollen; ein sehr hoher Kredit, aber wir sind alle froh, dass das kommt. Und dort zum Beispiel, kann man fast nichts umsetzen, ausser ein paar Sonnensegel, die man dort montieren kann, weil man eben dieses Parkhaus darunter hat. Und das ist auch eine Einschränkung. Und ich plädiere einfach dafür, dass man eine sorgfältige Abwägung macht und nicht einfach sagt: Man muss von Eggwil unbedingt mit dem Auto in der Altstadt einkaufen können, und nimmt dafür dann solche Einschränkungen in Kauf. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir ehrlich sind und was wir der Stadtbevölkerung hier bieten. Und dann auch noch zu den älteren, betagteren Leuten, die etwas schwerer zu Fuss sind: Ich meine, ihr Bürgerlichen lehnt ja alle Kredite zur Hindernisfreiheit im öffentlichen Raum ab. Es wird immer alles kritisiert, hinterfragt, abgelehnt. Zum Beispiel auch Betax-Zahlungen, -Kredite sind im Kanton sehr umstritten. Ich nehme euch da auch beim Wort. Dann müsst ihr euch auch für diese Angebote einsetzen. Das ist wichtig, wenn man konsequent sein will. Und alles andere ist einfach Polemik. Vielen Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Für die FDP-Fraktion, Ursula Stöckli.

Ursula Stöckli (FDP), Einzelvotum: Polemisch ist höchstens das, was du jetzt gerade gesagt hast, Michael. Also wir lehnen keine behindertenfreundlichen Massnahmen ab. Das kannst du mir dann nachher noch zeigen. Das Ganze basiert übrigens in der Stadt Bern immer noch auf diesem Verkehrskompromiss. Und der gilt meines Wissens immer noch. Der hat geheissen: Wir ersetzen die oberirdischen Parkplätze durch unterirdische Parkplätze.

Das ist das eine. Nachher muss man auch unterscheiden zwischen Oberer Altstadt und Unterer Altstadt. Es ist gesagt worden, die Anwohner von der Oberen Altstadt sollen in das Metro-Parking oder eben in das Parking. Zeigt mir mal Anwohner, die in der Oberen Altstadt, in der Spitalgasse oder so, ihr Auto vor dem Haus haben. Die sind ja heute schon in den Parkings. In der Unteren Altstadt ist es ja genau so geplant. Und es ist auch akzeptiert, bis weit auf die bürgerliche Seite herüber, dass man in den Gassen nicht mehr parkiert und dass die Autos dort in das Rathausparking verschwinden.

Und es ist halt einfach immer noch so, dass die Auflage blockiert ist. Wir können dort einfach auch nichts beschleunigen. Es wäre ja genau so angedacht. Und wenn die Fahrzeuge unter Boden sind, dann ergibt das auch oben eine Lebensqualität. Und schlussendlich seid ihr ja auch gegen Parkhäuser in der Peripherie. Die wollt ihr ja auch nicht. Und das Wort ist schon gefallen: Es ist einfach realitätsfremd. Und es wird einfach schlussendlich, und da bleibe ich dabei, es wird "Töteln" in der Altstadt.

Und dann kommt das, was mich am meisten stört an diesem ganzen Vorstoss. Es wird gesagt, man muss erheben, warum und wie lange und überhaupt jemand in das Parkhaus hineinfährt. Das geht euch schlicht und einfach nichts an. Es geht euch einfach nichts an. Das ist Angebot und Nachfrage und die Leute können das nutzen oder nicht nutzen. Ob jetzt jemand eine Grossmutter im Auto hat oder nicht, das geht euch einfach schlicht nichts an. Das ist die Freiheit jedes Einzelnen, jeder Einzelnen, die hier in dieser Stadt ist oder die hier in die Stadt kommen will. Ob ich jetzt ein Sofa abholen gehe oder ob ich einfach ein Brötchen kaufe, weil vielleicht sogar die Grossmutter gesagt hat, "geh noch schnell" – es geht euch schlicht und einfach nichts an. Das ist Angebot und Nachfrage und die Freiheit der Leute. So etwas können wir schlicht und einfach nicht zustimmen. Merci.

Präsidentin: Vielen Dank. Für die SVP-Fraktion, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Jetzt komme ich noch als Einzelsprecher, weil ich angesprochen worden bin. Es ist gesagt worden, der Mann aus Eggwil solle nicht nach Bern kommen, Möbel anschauen oder Kleider. Was ist das für eine Arroganz, dass man mir sagt, was ich noch darf? Dann sagt er dann, der Eggwiler, der Feuz solle nicht nach Eggwil gehen und Pilze sammeln. Der solle in Bern bleiben. Dann sagt der Eggwiler das auch. Dabei kämpft ihr immer für Personenfreizügigkeit. Aber nicht einmal der Mann aus Eggwil darf nach Bern kommen.

Das ist eben die rot-grüne Verbotskultur, die ich bekämpfen will, ganz entschieden. Das ist eine Bevormundung. Ich habe euch vorhin die Beispiele genannt, worüber ich Auskunft geben soll, was ich in der Stadt Bern mache, ob ich jetzt eine Freundin besuche, ob ich essen gehe, ob ich einkaufen gehe oder ob ich nur ein bisschen in der Stadt herumschlendern will. Also sorry. Ich war auch gegen die E-ID. Und jetzt mit diesen Zahlungen kann man ein genaues Bewegungsprofil davon machen, was eine Person in der Stadt Bern macht und was nicht. Ich finde das auch aus datenschutzrechtlichem Standpunkt absolut – ich will nicht wieder eine Verwarnung bekommen – unzumutbar und

eine Gemeinheit gegenüber den freien Leuten. Das ist ja schlimmer als jede Fichenaffäre, die ihr kritisiert habt. Das wird die Fichenaffäre 2, rot-grüne Verbotsdiktatur.

Nachher: Es gäbe das nicht. In Dänemark und in Holland habe sich das bewährt – ja, schaut euch doch jetzt mal die Oberstadt Burgdorf an. Ich habe es schon als erstes erwähnt. Schaut, die ist tot. Schaut die Stadt Bern an: Die Weinhandlung Cappelletti ist ausgezogen, weil die Leute nicht mehr dort sind. X Geschäfte in der Altstadt sind teilweise leer, kämpfen um ihre Existenz. Jetzt konnte man gerade lesen, das Restaurant Novo unten am Läuferplatz – dort könnt ihr auch nicht mehr parkieren – hätte jetzt auch das Handtuch geworfen, der Blaue Engel in der Länggasse, dort hat es auch keine Parkplätze, die haben alle zugemacht. Der aus Eggwil kommt nicht am Abend mit dem Velo und geht nachher mit dem Elektrobike wieder zurück nach Eggwil. Wenn ihr den nicht haben wollt, dann kommt er nicht. Dann geht er in den "Bären" in Utzenstorf essen oder irgendwie in eine andere gute Landbeiz in Madiswil, und dann wird er dort einen schönen Abend haben und der Wirt in Bern kann Däumchen drehen. Das ist eben eure Verbotskultur und damit reisst ihr die Stadt Bern in den Abgrund.

Präsidentin: Für die SVP-Fraktion, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Ich bin noch kurz angesprochen worden. Es kommt mir ein bisschen vor wie Salamtaktik. Zuerst eliminiert man in der Altstadt sämtliche Parkplätze. Man diskutiert dort auch mit den Leisten der Altstadt alle zwei, drei Jahre. Man sichert das Parking im Parkhaus zu und sagt, die Autos müssen weg, die sollen jetzt ins Parkhaus verschoben werden. Die Leiste sagen zu, die Leute sind bereit, mit euch Kompromisse einzugehen. Sobald die Kompromisse und das Parkplatzsterben behoben sind in der Altstadt und alle das Gefühl haben, sie hätten jetzt die Lösung mit dem Parkhaus, fängt es eben an, dass man auf Parkhäuser losgeht. Ihr seht es auch: Die öffentlichen Trams, Busse, alles ist überfüllt. Auch in der SBB sind immer mehr Leute. Und wenn man nur auf eine Mobilität setzen würde, würde das immer schlimmer. Also ich bin ein Befürworter davon, dass man Velos hat, dass man auch zu Fuss gehen kann, dass man aber auch mit dem Tram, mit dem Bus gehen darf, aber ich kann sicher nicht befürworten, krass gegen die Motorisierten zu sein. Es braucht eine flächendeckende Mobilität und nicht nur eine Lösung in der Altstadt, sonst ist nachher der ÖV, Bus und Tram, noch mehr überfüllt.

Präsidentin: Für die SP-JUSO-Fraktion, Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP), Einzelvotum: Ich finde es immer wieder leicht irritierend, zu wie vielen Emotionen Verkehrssachen führen, die eigentlich gar nicht so emotional sein sollen. Ich glaube, Michael Ruefer hat das auch hier schon wieder ganz gut gesagt. Aber ich möchte einfach noch etwas anfügen. Ja, es gibt einen Verkehrskompromiss und laut diesem Verkehrskompromiss, das wurde auch gut gesagt, sollen oberirdische Parkplätze abgebaut werden. Es gibt auch noch weitere Sachen, zum Beispiel das notabene von den Anwohnenden und Leisten mitgetragene Konzept in der Unteren Altstadt, dass man in der Rathausgasse keine Parkplätze mehr hat, sondern diese ins Rathausparking verlegt. Das macht für alle Beteiligten Sinn, ausser für zwei Leute, die es vor Gericht blockieren. Und dass man jetzt doch einfach auch einmal ein bisschen weiterdenkt, wo man sonst noch Parkplätze von oberirdisch nach unterirdisch verlagern könnte, macht doch einfach Sinn. Also ihr wollt doch am Schluss auch nicht, dass, wenn ihr einen Kaffee trinkt, jemand daneben mühsam einparkt, weil er so wie ich nicht so oft Auto fährt, und dann mit Mobility noch einen Unfall baut. Das macht alles nicht so

viel Sinn. Und deshalb ist es gut, wenn wir endlich einmal prüfen, ob man diese Parkhäuser umnutzen kann. Also bitte.

Präsidentin: Vielen Dank. Die Redner*innenliste scheint leer zu sein. Dann übergebe ich gerne dem Gemeinderat Matthias Aebischer das Wort.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Liebe Frau Stadtratspräsidentin, geschätzte Stadträt*innen, mit diesem Postulat wird der Gemeinderat dazu aufgefordert, die Nutzung und Bewirtschaftung des Parkhauses anzuschauen und anzupassen, damit die Fahrzeugzahlen gesenkt werden können. Nicht mehr und nicht weniger. Da das Metro-Parking zurzeit saniert wird, die Arbeiten sollen im nächsten Herbst abgeschlossen werden, und diverse Nutzungsvarianten ohnehin schon diskutiert werden, unterstützt er das Anliegen des Postulats und ist gerne bereit, die Bewirtschaftung des Metro-Parkings zu überprüfen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wollt ihr das Postulat erheblich erklären, dann könnt ihr jetzt abstimmen.

Abstimmung Nr. 016

2025.SR.0030	
Annahme	
Ja	47
Nein	23
Enthalten	1

Präsidentin: Das Postulat wurde angenommen. Herzlichen Dank. Wir kommen nun zum Traktandum 11.

2025.SR.0039

11 Motion: Handwerkerparkplätze von der Schützenmatte ins Metro Parking verschieben

Präsidentin: Ich erlaube mir, hier vorwegzusagen: Ich weiss, dass Parkplätze bei uns wirklich sehr emotional diskutiert werden und auch ein bisschen das Blut in Wallung bringen, vielleicht schauen wir, dass wir dieses Traktandum etwas ruhiger behandeln. Ich weiss, dass die Motion bestritten ist. Darum würde ich jetzt den Einreichenden das Wort übergeben. Für die Einreichenden, Anna Leissing von der GB/JA!-Fraktion.

Anna Leissing (GB) für die Einreichenden: Die Forderungen der Motion sind altbekannt und simpel. Die Parkplätze auf der Schützenmatte sollen endlich abgebaut werden. Den entsprechenden Beschluss des Stadtrats gibt es seit 2016. Im Vergleich, den der Gemeinderat in seiner Antwort erwähnt, war eine Dauer der heutigen Lösung bis 2021 vorgesehen.

Well, wir haben heute 2026 und ich glaube, es ist wohl der dritte oder vierte Vorstoss, den wir zum Thema eingereicht haben. Ich bin sehr zuversichtlich, dass dieser der letzte ist, wenn der Gemeinderat nun tatsächlich vorwärts macht und die 14 verbliebenen Parkplätze aufhebt, wie er es in seiner Antwort ankündigt. Dies ist auch im Hinblick auf

die im Dezember angekündigte vorgezogene Teilaufwertung der Schützenmatte relevant. Wie wir wissen, wird die Baustelle rund um den Bahnhofumbau gut einen Drittel der Schützenmatte in Anspruch nehmen.

Eine umfassende Aufwertung der "Schütz" kann daher erst ab 2032 angegangen werden. Das ist aus unserer Sicht viel zu spät und wir sind froh, dass das auch der Gemeinderat nun so sieht und beschlossen hat, zentrale Elemente aus der Vorstudie zur "Schütz"-Umgestaltung vorzeitig umzusetzen. Dazu gehören entsiegelte Flächen, Bäume, bessere Beleuchtung und eine Modulbaute; das alles mit dem Ziel, die Aufenthaltsqualität auf der "Schütz" zu verbessern und den Platz zu beleben. Eine solche Vision verträgt keine Parkplätze und schon gar nicht solche, die vor allem von unbefugten Fahrzeugen benutzt werden. Wir danken dem Gemeinderat daher, dass er die Motion annehmen will, und wir freuen uns auf eine endlich autofreie "Schütz" mit Bäumen und entsiegelten Flächen, auf der eine vielfältige, niederschwellige und konsumfreie Nutzung möglich wird. Vielen Dank.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Die Redner*innenliste ist offen für die Fraktionsvoten. Als erstes habe ich Nicolas Lutz von der Mitte-Fraktion.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: In der Motion sind ja eigentlich zwei Sachen drin. Da ist einerseits die Umgestaltung der Schützenmatte und zweitens die Frage: Was passiert dann mit den Parkplätzen? Denn die Frage drängt sich schon auf, wenn man liest, dass es in dieser Motion heisst, die könnte man einfach ins Metro-Parkhaus verschieben, denn das sei gar nicht gut ausgelastet. Da finde ich es dann schon komisch, wenn es der Gemeinderat selbst nicht einmal schafft, uns eine Auslastungszahl zu geben. Ich habe das gemacht. Und ich habe nachgeschaut, wie das ausgelastet ist. Und es geht ja nicht um eine Gesamtauslastung, sondern es geht um eine Auslastung in der Zeit, während der die Handwerker arbeiten. Und wenn man das genau anschaut, dann ist eben das Metro-Parkhaus tagsüber, Montag bis Freitag, sehr gut ausgelastet, vor allem, wenn auch noch Session ist.

Jetzt, wo sollen die denn hin? Und man müsste ja, wenn man das macht, diesen Handwerkern eine Option geben. Und die Option ist eben nicht unbedingt das Metro-Parkhaus, weil es von der Höhe her nicht geht, wenn sie einen Anhänger haben, wenn sie Material auf dem Dach haben, wenn sie explosive Gasflaschen transportieren, die man nicht einfach ins Parkhaus nehmen darf, oder weil sie dort nachher, auch wenn es noch einen oder zwei freie Parkplätze hat, gar nicht reinkommen. Denn wer auch schon einmal in einem Parkhaus war, weiss, dass man mit einem ganz grossen Fahrzeug nicht überall reinkommt. Und darum muss man dort wirklich schauen. Denn dieses Gewerbe, das sind Leute, die euer WC flicken oder auch klimaneutrale Massnahmen in der Innenstadt umsetzen. Und die müssen leider irgendwo hinfahren.

Dann noch zu den falsch parkierten Fahrzeugen: Diesbezüglich bin ich ein bisschen überrascht. Denn es gibt zwei Möglichkeiten, um falsch parkierte Fahrzeuge anzugehen. Da ist die Polizei. Die wollt ihr nicht auf der Schützenmatte. Oder es gäbe auch noch Überwachungskameras. Und das wollt ihr ja auch nicht. Also muss man dann nicht jammern, wenn Leute dort ihr Auto abstellen. Und dann möchte ich sagen: Auch unter den Autofahrern gibt es Leute, die gewisse anarchistische Züge haben. Das sind sogenannte Parkplatzbesetzer. Statt Häuser zu besetzen, besetzen die halt vielleicht einfach mal einen Parkplatz und halten sich nicht daran. Also so schlimm ist das auch nicht. Es ist zwar für die Gewerbetreibenden nicht super, aber auch die haben das

Recht, mal irgendwo ihr Auto abzustellen. Und dann muss man so tun, als wäre das das Schlimmste auf der Welt. Danke.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Für die SVP-Fraktion, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Es hatte jahrelang immer Parkplätze auf der "Schütz". Man hat diese nachher verdrängt. Jetzt gibt es eben noch rund 14 Parkplätze vor allem für das Gewerbe – KMU, Spengler, Sanitär, Elektriker, die vor allem in der Altstadt Einsätze haben, weil sie dort ja nicht parkieren können. Es ist auch erwähnt worden: Es geht um 3,5-Tonner-Lastwägelchen, Material, das verschoben werden muss. Dort schießt man sicher ein Eigengoal, wenn man die jetzt aufhebt.

Es gibt aber auch Busse, die dort kurz parkieren, damit die Leute mit ihren Koffern aussteigen und nachher beim Bahnhof Anschluss auf die öffentlichen Verkehrsmittel suchen können. Also so ein bisschen temporär ist es sehr wichtig, dass man irgendwo im Raum Bahnhof überhaupt noch eine Parkmöglichkeit hat. Auf der Hälfte des anderen Parkplatzes sieht man allerdings irgendeine verrostete alte Autokarosserie, die als Kunstauto hingestellt wird. Es regnet und das Rostwasser läuft in die Kanalisation. Ob das ökologisch ist, weiss ich nicht.

Aber denken wir sicher mal ein bisschen an den Service public, an eben die Leute, die den Spengler brauchen, der ihr WC flickt. Der Handwerker zahlt auch Steuern. Der sollte auch ein Anrecht darauf haben. Ich habe zum Teil Kollegen, die im Handwerker-gewerbe tätig sind, die mir sagen: Wir nehmen gar keine Aufträge mehr an in der Stadt, denn es ist derart unmöglich mit der Parkiererei und der ganzen Logistik, dass wir eigentlich auch viel mehr verlangen müssten in der Stadt Bern, weil wir ganz andere Anlieferkosten haben als vielleicht an einem Ort, wo es ein bisschen einfacher geht. Wir von der SVP-Fraktion sind klar dafür, dass man dort die wenigen Parkplätze erhalten muss, wie gesagt auch für die Leute, die vielleicht einmal zum Bahnhof gehen, damit sie dort kurz anhalten und jemanden aussteigen lassen können, und vor allem für das Gewerbe und für die KMU.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Barbara, schaffst du es in vier Minuten? – Gut, dann Barbara Keller für die SP-JUSO-Fraktion.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Wir sind froh, dass der Gemeinderat hier handeln will. Die Schützenmatte ist heute zu grossen Teilen immer noch ein Parkplatz. Damit verschenken wir wertvollen öffentlichen Raum mitten in der Stadt. Die Schützenmatte ist aber ein wichtiger Ort. Hier treffen unterschiedliche Nutzungen und Bedürfnisse aufeinander; tagsüber, aber besonders in der Nacht. Das Nachtleben, der Durchgangsverkehr, die Aufenthaltsnutzung, all dies führt immer wieder zu Spannungen. Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir den Platz beleben, dass er vielfältig genutzt werden kann und damit er auch sicherer wird. Belebte Räume werden sicherer.

Mit der Verlagerung der verbleibenden Handwerker*innen-Plätze und der Marktfahrer*innen-Plätze ins Metro-Parking machen wir einen wichtigen Schritt hin zu einer lebendigen, klimaangepassten und menschenfreundlicheren Schützenmatte. Das Metro-Parking ist zentral gelegen und meistens unterbelegt, also ideal, um diese Parkplätze aufzunehmen. Die Schützenmatte hingegen hat grosses Potenzial. Das sollten wir endlich nutzen.

Es geht hier um mehr als einfach das Verschieben von Parkplätzen. Es geht um Raum für Menschen und Begegnungen. Ich begrüsse daher auch die geplante Aufwertung,

die der Gemeinderat teilweise vorziehen will. Die umfassende Neugestaltung der Schützenmatte kann frühestens 2032 umgesetzt werden, da sie teilweise durch eine Grossbaustelle des neuen Bahnhofs Zukunft Bahnhof Bern beansprucht wird. Um die Aufenthaltsqualität dennoch zeitnah zu verbessern, soll ein Teilbereich des Platzes vorgezogen werden. Vorgesehen sind unter anderem eine Entsiegelung der Teilfläche mit Bäumen, eine wirkungsvolle Beleuchtung und eine neue funktionale Modulbaute, die zusätzliche Belebung ermöglicht. Mit der Teilaufwertung sollen zentrale Elemente aus der Vorstudie vorzeitig umgesetzt werden, um die Aufenthaltsqualität jetzt zu steigern und den Platz zu beleben. Die Verlagerung der Handwerksparkplätze ist Teil davon, und sie ermöglicht, dass diese Massnahmen eben vorgezogen werden können, um die Schützenmatte endlich zu einem attraktiven, vielfältigen und nutzbaren Platz zu machen, und zwar für alle Leute. Ich glaube, da ist es nicht zu viel verlangt, dass diese Parkplätze, die jetzt noch auf der Schützenmatte sind, in das Metro-Parking verschoben werden können. Damit ermöglichen wir, dass die Aufwertung der Schützenmatte eben zeitnah angegangen wird, und wir nicht bis 2032 warten müssen, bis überhaupt etwas passiert. Herzlichen Dank, dass ihr dem zustimmt.

Präsidentin: Herzlichen Dank, Barbara Keller. Ich nehme an, Oliver Berger, du hast länger als eine Minute. Möchtest du lieber nach der Pause sprechen? – Wunderbar, dann wären wir jetzt am Ende unserer ersten Stadtratssitzung. Ich wünsche allen einen guten Appetit und bis um halb neun.

Schluss der Sitzung: 18.59 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

27.04.2026

X

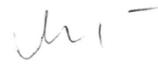


Signiert von: JELENA FILIPOVIC

für das Protokoll

29.04.2026

X



Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:45 Uhr

Stadtrat anwesend

Jelena Filipovic, Präsidium

Valentina Achermann	Thomas Glauser	Szabolcs Mihályi
Janina Aeberhard	Simon Gyger	Tanja Miljanović
Nadine Aebischer	Bernadette Häfliger	Dominic Nellen
Timur Akçasayar	Georg Häsler	Roger Nyffenegger
Debora Alder-Gasser	Bernhard Hess	Shasime Osmani
Lena Allenspach	Dominique Hodel	Mehmet Özdemir
Emanuel Amrein	Thomas Hofstetter	Chantal Perriard
Mirjam Arn	Monique Iseli	Ronja Rennenkampff
Oliver Berger	Seraphine Iseli	Simone Richner
Tom Berger	Ueli Jaisli	Mirjam Roder
Natalie Bertsch	Anna Jegher	Michael Ruefer
Gourab Bhowal	Raffael Joggi	Fabian Rüfenacht
Lea Bill	Nora Joos	Judith Schenk
Laura Brechbühler	Barbara Keller	Lukas Schnyder
Jacqueline Brügger	Ingrid Kissling-Näf	Lea Schweri
Carola Christen	Fuat Köçer	Tobias Sennhauser
Laura Curau	Mirjam Läderach	Chandru Somasundaram
Andreas Egli	Anna Leissing	Michelle Steinemann
Nik Eugster	Christoph Leuppi	Ursula Stöckli
Alexander Feuz	Corina Liebi	Irina Straubhaar
Dominik Fitze	Maurice Lindgren	Anouk Ursin
Seraina Flury	Nicolas Lutz	Johannes Wartenweiler
Katharina Gallizzi	Salome Mathys	Lukas Wegmüller
Franziska Geiser	Esther Meier	Béatrice Wertli
Helin Genis	Matteo Micieli	Janosch Weyermann

Stadtrat entschuldigt

Michael Burkard	Nora Krummen	Cemal Özçelik
Stephan Ischi		

Gemeinderat anwesend

Alec von Graffenried SUE	Ursina Anderegg BSS	Melanie Mettler FPI
Matthias Aebischer TVS		

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Leitung Stadtkanzlei

Parlamentsdienste anwesend

Nadja Bischoff, Leitung Parlamentsdienste
Mago Flück, Weibeldienste
Cornelia Stücker, Weibeldienste

2025.SR.0039

11 Motion: Handwerkerparkplätze von der Schützenmatte ins Metro Parking verschieben

Präsidentin: Wir kommen zur zweiten Sitzung heute Abend. Nehmt doch bitte Platz, damit unser Ratskollege Oliver Berger gleich starten kann. Wir sind immer noch bei Traktandum 11. Ich übergebe gerne Oliver Berger von der FDP-Fraktion das Wort.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Einmal mehr ein Angriff auf das Gewerbe, einmal mehr ein Angriff auf den motorisierten Individualverkehr (MIV) und den Wirtschaftsverkehr von der links-grünen Seite. Diese Stadt braucht ein funktionierendes Gewerbe und sie braucht auch Stellplätze für die Gewerbetreibenden und für die Handwerker. Die 14 bestehenden Plätze auf der Schützenmatte müssen für die Stadterschliessung erhalten bleiben. Die Handwerker müssen ebenerdig hinfahren, ihr Material ausladen und das Werkzeug einsetzen können. Es kann nicht sein, dass sie zuerst mühsam unterirdisch mit ihren grossen Transportern oder Lieferwagen um die engen Ecken zirkeln, den Wagen abstellen und mühsam die sperrigen Werkzeuge oder das Material hinauftragen und nach getaner Arbeit wieder hinuntertragen müssen. Diese Idee ist einmal mehr eine Idee von Schreibtischtätern, die vom Handwerk nicht viel verstehen. Zudem ist der Handwerkerparkplatz auf der Schützenmatte, glaube ich, noch das kleinste Problem an diesem Ort. Und was die rot-grüne Mehrheit mit den Parkplätzen generell will, haben wir vorhin schon gehört – beim Vorstoss, bei dem wir über das Metro-Parking gesprochen haben. Es ist höchstens wieder einmal eine Salomitaktik, um die Stellplätze in der Stadt ganz abzuschaffen. Mich würde es noch Wunder nehmen, was eigentlich die Wirtschaftsverbände zu dieser Idee hier sagen. Ich nehme an, sie waren nicht einbezogen. Wir lehnen den Vorstoss klar ab.

Präsidentin: Besten Dank. Jetzt wäre die Liste offen für Einzelvoten – Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL), Einzelvotum: Ich kann auch kurz etwas zu diesen Handwerkerparkplätzen sagen, denn ich habe drei Jahre gegenüber – am Bollwerk – gearbeitet, bei der BLS, und das ist ja wirklich eine Bruchbude dort. Wir hatten regelmässig einmal Handwerker*innen im Haus und denen wäre es offengestanden nie in den Sinn gekommen, auf der Schützenmatte zu parkieren, denn das ist viel zu weit, wenn man dann noch irgendetwas über die Strasse befördern muss, sondern die haben – wenn schon – dann direkt vor dem Haupteingang zum Bollwerk parkiert, also dort, wo man eigentlich nicht sollte, aber das ist dann halt einfach bequem. Oder es gibt dann eben auch den Innenhof und dort gibt es auch eine Rampe und man hat dann einen richtig guten Zugang. Deshalb würde ich die Bedeutung dieser Parkplätze nicht überschätzen und ein Augenschein vor Ort vor zwei Wochen hat bei mir auch gezeigt, dass von insgesamt 17 parkierten Fahrzeugen dort einfach 15 Privatautos standen und zwei Gewerbefahrzeuge, soweit man das erkennen kann von blossem Auge. Deshalb kann man auch nicht sagen, dass das irgendwie seinen Zweck wahnsinnig erfüllt hat und diese Parkplätze dort kann man getrost aufheben.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes kommt Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP), Einzelvotum: Ich möchte auch noch kurz etwas dazu sagen. Ich bin mit dem GB einig, es ist nicht ein schöner Platz, aber wir in der Stadt Bern

brauchen halt auch ein bisschen Industrieplatz für unsere Industrie. Damit wir unsere Infrastruktur unterhalten und ausbauen können, brauchen wir solche Orte. Man kann dort schon sagen, wir bauen das ab, aber man muss manchmal halt auch sagen: Was ist denn die Kehrseite davon? Und man kann sagen, wir wollen billigere Wohnungen, günstige Mietzinsen und so, aber wenn man einfach nicht mehr hinkann als Gewerbler, wenn man weiter laufen muss, wenn es länger geht, dann kostet es halt auch mehr und schlussendlich hat das auch Auswirkungen auf die Mietzinsen. Man muss manchmal einfach auch ein bisschen weiterdenken und kann einfach nicht immer beides haben.

Präsidentin: Besten Dank. Als nächstes Nicolas Lutz.

Nicolas Lutz (Mitte), Einzelvotum: Das Thema Parkplätze scheint heute ein emotionales Thema zu sein. Ich möchte noch einmal auf 2 Punkte aufmerksam machen. Erstens möchte ich von denen, die jetzt gesagt haben, man soll es ins Metro-Parking tun, wissen, wie ihr ein Auto, das 2,40 Meter hoch und lang ist, ins Metro-Parkhaus tut, denn das geht einfach nicht. Also dort möchte ich auch vom Gemeinderat eine Antwort: Wo sollen die das hintun? Und dort zu sagen, die Handwerker parkieren vorne dran – ja, die laden teilweise aus und die machen es eben richtig, sie gehen nachher irgendwo parkieren, sie stellen es nicht 3 Stunden ab, denn je nachdem geht es schnell, dann kann man es vielleicht so machen. Und dort einfach für die, die sagen, das braucht es nicht: Habt ihr denn das mit dem Gewerbe wirklich einmal besprochen? Okay, wenn das Gewerbe sagt, wir brauchen die alle nicht – und auch die Märli-Stände, das haben wir jetzt auch gesehen im Kirchenfeld. Dort hat man auf dem Helvetiaplatz alle weggenommen, aber einige stehen halt dann trotzdem dort, denn auch die Märli-Leute müssen ihre Fahrzeuge irgendwo hinstellen. Oder wollt ihr keinen Märli mehr, wollt ihr keine Dings mehr? Ich finde es immer sehr vermessen, wenn man hier kommt und sagt, das braucht es nicht, ohne das mit denen, die es betrifft, wirklich besprochen zu haben. Und dort erwarte ich jetzt auch vom Gemeinderat eine Antwort und auch eine Antwort zu dieser Auslastung, denn gleichzeitig sagt man, es habe so viele Autos in diesem Metro-Parkhaus, dass man ein neues Konzept brauche, und gleichzeitig sagt man, es sei nicht ausgelastet. Also irgendwo geht es dort nicht auf. Man sagt, es sei nicht ausgelastet, und gleichzeitig braucht man ein neues Konzept. Also irgendwo stimmt etwas nicht und entweder ist es mega ausgelastet und dann kommen auch die Handwerker dort nicht mehr hinein, wenn sie um 11 Uhr kommen, oder es ist eben nicht ausgelastet und dann ist es ja anscheinend nicht so ein Problem.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP), Einzelvotum: Ich bin Zimmermann und wie es so ist in der Altstadt, ab und zu muss halt ein Sparren ausgewechselt werden bei einem Dach. Das sind alles ältere Bauten hier. Erstaunlicherweise muss man das nicht sehr häufig machen, aber eben, es fällt einfach an. Und diese Sparren sind ja meistens etwa 3, 4 Meter lang, manchmal 5 Meter. Und eben, dort bei der Reitschule war ein relativ guter Umschlagplatz, dass man umladen und nachher so in die Stadt fahren konnte, also einfach stadtkonform die Sachen transportieren konnte. Jetzt soll das dort aufgehoben werden. Das wird von Leuten behauptet, die wohl keine Ahnung haben vom Bau oder auf jeden Fall keine grosse, die einfach im Büro gearbeitet haben und zwischendurch ein bisschen zum Fenster hinausgeschaut haben und nachher einfach ihre Feststellungen hier erzählen, die einfach weit an der handwerklichen Realität vorbeigehen. Und jetzt mit so Holzbalken in ein Parking zu fahren – kommt man überhaupt hinein? Und wenn man

hineinkommt, wie soll man nachher die Balken dort durch das Treppenhaus oder durch den Lift – der sowieso viel zu klein ist – an die Oberfläche bringen? Also das ist völlig utopisch, was da abgeht. Vor allem im Sinn der Handwerker ist das völlig unverständlich. Aus meiner Sicht ist es auch möglich bei der Reitschule unten, dass man dort etwas machen und entwerfen könnte, dass man eine Grünfläche hätte und vielleicht eben noch 2, 3, 4, 5, 6 Parkplätze im Minimum, die nachher gebraucht werden könnten.

Präsidentin: Als nächstes Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Es geht auch hier wieder darum, das Auto zu ver-teufeln. Zuerst hat man den Leuten immer gesagt, sie können es abstellen, die Handwerker. Ihr habt es vorhin vom Ueli gehört: Die Fahrzeuge sind teilweise eben beladen, haben Dachlasten. Die könnt ihr nicht einfach ins Metro-Parking oder ins Casino hineintun und wieder hinaustun, das geht nicht. Und jetzt sage ich euch noch einen zweiten Grund: Ihr habt viele Unternehmungen – KMUs – die verlangen eine Bern-Pauschale, wenn sie Sachen liefern müssen. Das heisst, wenn ihr jetzt einen Kühlschrank an-liefern müsst oder was auch immer, dann zahlt ihr einfach mehr, weil ihr den Wagen nicht dort abstellen könnt, wo er ist, sondern durch die halbe Stadt fahren müsst. Und wer zahlt denn das? Das zahlt schlussendlich wieder der Mieter. Und auch das ist wie-derum gegen das gerichtet. Ich selber habe mein Auto nie auf der Schützenmatte ab-gestellt, das war mir viel zu heikel. Aber ihr seht: Früher hatten wir diese Parkplätze, wir hatten Probleme. Jetzt haben wir die Parkplätze nicht mehr, wir haben weniger Geld, aber die Probleme sind noch viel, viel grösser. Ihr habt keine soziale Kontrolle mehr, ihr habt eben den Passantenverkehr, der nicht da ist. Jetzt muss PINTO dort sein und man muss eine Überwachungsstation einrichten. Gegen Videoüberwachung wehrt ihr euch. Die Automobilisten, die dort das Auto abgestellt hätten auf ihr eigenes Risiko, hätten hier noch geholfen zum Schutz, aber ihr seht, die Stadt Bern macht es auch in diesem Fall unmöglich. Und die Initianten respektive die Urheber dieses Vorstosses wollen hier noch weitermachen. Das ist eine Weltfremdheit, wenn man sagt, die Handwerker brauchen es nicht.

Präsidentin: Als nächstes Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Ich bin von Mitgliedern des Gewerbeverbandes angesprochen worden auf das Thema der Parkplatzschliessung. Es ist ein Bedarf da, dass eben gerade die Handwerker, KMUs, die hier auch Steuern zahlen, die Infrastruk-tur brauchen und darauf angewiesen sind. Man sollte ihnen diese Plattform weiterhin gewährleisten. Es ist nichts anderes als Egoismus, wenn man die jetzt verdrängt – die, die arbeiten, die Leute, die schauen, dass eben die Häuser und alles, die Infrastruktur funktioniert. Denen will man das jetzt wegnehmen. Denkt doch daran, dass man denen diese Plattform weiterhin bieten kann. Dann kommt ja noch dazu, dass wenn man einen Parkplatz hätte – ich habe auch gesehen, dass es ab und zu Märkte hat, Trödlermärkte und solche Sachen. Es hat in jeder Stadt irgendwie einen Parkplatz, den man für mehrere Zwecke brauchen kann. Ihr wisst auch, dass die Demonstrationen dort anfan-gen. Wenn sie friedlich sind, haben wir nichts dagegen, dass man sich dort besammelt. Also dieser Parkplatz hat weit über die Parkiermöglichkeit hinaus auch noch andere Zwecke erfüllt. Und wenn man das jetzt einfach streicht, dann fehlt halt trotzdem etwas.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Ich sehe keine weiteren Einzelvoten. Dann hat der Gemeinderat bereits mitgeteilt, dass er gerne noch etwas sagen würde – darum gerne Matthias Aebischer.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Ich mache es wie beim vorherigen Geschäft: Ich mache trocken den Deckel drauf. Am 21. August des letzten Jahres gab es einen Runden Tisch – ihr habt davon gehört vor der Pause – an dem wir die Zukunft der Schützenmatte diskutiert haben. Im Grundsatz war man sich einig, dass man mit der Umgestaltung der Schützenmatte nicht noch länger zuwarten möchte. Bis anhin hiess es, man würde das Bauende des neuen Bahnhofs abwarten. Dieses Bauende wurde ja nun, wie Sie sicher alle gehört haben, weiter hinausgeschoben. Angestrebt wird deshalb nun ein pragmatisches Vorgehen im Rahmen von ersten Aufwertungsprojekten, welche aufwärtskompatibel sind und dem Zielprojekt nicht im Wege stehen. Dazu gehört auch etwa die Verlagerung der 14 Parkplätze für Handwerkerinnen und Handwerker ins Metro-Parking. Wir schauen natürlich auch andere Lösungen an. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat deshalb, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Wir würden bereits zur Abstimmung kommen. Wollt ihr die Motion als Richtlinie erheblich erklären, dann könnt ihr jetzt abstimmen.

Abstimmung Nr. 017

2025.SR.0039: als Richtlinie

Annahme

Ja	53
Nein	19
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt die Motion als erheblich erklärt. Vielen Dank.

2025.SR.0020

12 Interfraktionelle Motion: Keine Anpassung der Baurechts- und Pachtverträge für die Freiflächen-Photovoltaikanlage "Belpmoos Solar"; Fristverlängerung

Gemeinsame Beratung der Traktanden 12 bis 14.

Präsidentin: Wir kommen nun zu den Traktanden 12 bis 14, die wir gemeinsam behandeln. Die Traktanden 12 bis 14 behandeln das Thema BelpmoosSolar. Diese drei Fristverlängerungen wurden in der Kommission bestritten, aus diesem Grund sind sie nun im Stadtrat traktandiert. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die RWSU Lukas Schnyder.

Lukas Schnyder (SP) für die Kommission: Ich spreche gleich zu allen drei Motionen zum Projekt BelpmoosSolar und der beantragten Fristverlängerung. Bei der ersten Motion fordert man keine Anpassung der Baurechts- und Pachtverträge für die Freiflächen-Photovoltaikanlage BelpmoosSolar. Damit würde die Solaranlage gänzlich verhindert werden. Zudem soll das finanzielle Engagement von EWB transparent sein. Bei der

zweiten Motion geht es darum, die Solaranlagen nur auf der Fluglandebahn zu bauen. Es geht auch darum, sicherzustellen, dass es keine Quersubventionierung des Flughafens durch die Solaranlagen gibt, und bei der Anpassung der Baurechts- und Pachtverträge sind die städtischen Klima- und Energieziele einzuhalten. Die dritte und letzte Motion – Energiewende und Biodiversität gehen Hand in Hand, ökologisch wertvolle Flächen in Belpmoos – will, dass die Energieproduktion auch an klare Kriterien der Biodiversitätsförderung gebunden ist.

Zur Behandlung dieser Vorstösse beantragt jetzt der Gemeinderat eine Fristverlängerung von einem Jahr. Warum braucht es diese Fristverlängerung? Das Projekt BelpmoosSolar wird redimensioniert. Die Trockenwiesen sind jetzt im Inventar von nationaler Bedeutung. Das bedeutet, das Projekt wird verändert, die Verantwortlichen müssen alle Angaben neu berechnen. Und auf das neu redimensionierte Projekt wartet beispielsweise auch die Gemeinde Belp, welche dann noch eine Anpassung des kommunalen Nutzungsplans mit einer Volksabstimmung durchführen muss. Die Unsicherheiten sind also zu gross, um genaue Angaben zu machen. Im Moment läuft eine technische und wirtschaftliche Prüfung. Der Gemeinderat möchte realistisch auf die verschiedenen Motionen antworten und auf genauere Angaben warten. Die grosse Mehrheit in der Kommission will dem Gemeinderat folgen und empfiehlt, auch die Fristverlängerung anzunehmen, so war es damals, und eine Minderheit möchte, dass die Grundsatzentscheide bereits früher einfließen müssen und dass wir nicht warten können.

Präsidentin: Möchtest du das Fraktionsvotum anhängen? Gut, dann häng das doch gerne an.

Lukas Schnyder (SP) für die Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion wird dieser Fristverlängerung zustimmen und wird den vorliegenden Antrag für eine Fristverlängerung von einem halben Jahr ablehnen. Die Rega verlässt allenfalls ihren Hauptsitz in Zürich und könnte neu in Bern-Belp angesiedelt sein. Das wird in diesem Frühling entschieden und hat Einfluss auf das Projekt. Planungsrechtlich ist auch noch vieles unklar, auf Stufe Bund, Kanton und auch kommunal. Damit das Projekt realistisch eingeschätzt werden kann, braucht es verlässliche Projektangaben. Zurzeit sind zu viele Faktoren unklar. Zum Projekt kann die SP/JUSO-Fraktion bereits heute sagen: Sie will erneuerbare Energien im Einklang mit der Biodiversität fördern. Zurzeit liegt ein Kompromiss vor, der aus Sicht des Umweltschutzes sowie der Projektverantwortlichen getragen wird. Die Trockenwiesen von nationaler Bedeutung bleiben erhalten. Auch die Produktion von erneuerbarer Energie für rund 8'000 Haushalte begrüsst die SP/JUSO-Fraktion. Einige stören sich aber daran, dass die Anlage den Flughafen quersubventionieren könnte. Jetzt ist wieder sehr viel Zeit vergangen, bis wir diese Vorstösse behandeln können. Es ist natürlich schwierig, dann zu entscheiden, ob ein halbes Jahr oder ein Jahr, und es ist auch schwierig, dass der Stadtrat wirklich ein Wort mitreden kann. Die SP/JUSO-Fraktion erwartet aber vom Gemeinderat, dass er den Stadtrat umgehend informiert, sobald neue Tatsachen geschaffen sind. Dies wurde uns so versichert und wir beharren darauf. Falls plötzlich die Entscheidungen anstehen, zählen wir darauf, dass der Gemeinderat auf uns zukommt. Die SP/JUSO-Fraktion wird der Fristverlängerung zustimmen, weil eine realistische Politik nur gemacht werden kann, wenn die wirklichen Dimensionen des Projektes bekannt sind.

Präsidentin: Vielen Dank. Die Liste wäre nun offen für die Fraktionsvoten, ihr könnt euch gerne anmelden. Für die GB/JA Esther Meier.

Esther Meier (GB) für die Fraktion: Ich muss sagen, dass mich die Nonchalance der Antwort des Gemeinderats und die Begründung der Fristverlängerung, die schon fast eine politische Arbeitsverweigerung ist, mehr als irritiert hat. Weder wird auch nur ansatzweise inhaltlich auf die Forderungen der Motionen eingegangen, noch wird die Fristverlängerung um ein Jahr in nachvollziehbarer Weise begründet. Die Antwort besteht denn auch nur aus drei kurzen Abschnitten. Im ersten gibt der Gemeinderat zwar an, dass er über Immobilien Stadt Bern (ISB) in Kontakt stehe mit der Flughafen Bern AG. Glaubt man dem zweiten Abschnitt, erfährt der Gemeinderat der Stadt Bern aber jeweils erst aus den Medien von den Entwicklungen bei BelpmoosSolar – der Gemeinderat der Stadt Bern, welcher der Boden gehört, auf dem die Solaranlage gebaut werden soll! Auch der Gemeinderat der Stadt Bern, der auch EWB gehört, welche als dritte Projektpartnerin mit 10% an der Aktiengesellschaft beteiligt ist. Nicht zuletzt auch der Gemeinderat der Stadt Bern, die einer Änderung der Nutzung auf dem Areal, wie das bei BelpmoosSolar der Fall wäre, zustimmen müsste. Jedenfalls wird man den Eindruck nicht ganz los, dass dieses Waschen der Hände in Unkenntnis auch ein Ausdruck davon ist, dass die zuständige Direktion Zeit schinden will und die politische Verantwortung an die Gemeinde Belp, den Kanton Bern, das Bundesamt für Umwelt (BAFU) und gefühlt an alle weiteren Akteure, die irgendwie involviert sind, abschieben will. Wie gesagt, ist die Stadt Bern als Grundeigentümerin des Bodens und mit EWB als Projektpartnerin ganz direkt bei BelpmoosSolar involviert. Ob und in welcher Form BelpmoosSolar gebaut wird, ist also eine politische Frage, die uns ganz direkt betrifft und der wir uns hier in der Stadt Bern stellen müssen. Wir müssen die Diskussion hier in diesem Saal führen, und zwar nicht erst in einem Jahr – oder noch später, wenn wir realistisch sind. Nicht erst, wenn die Redimensionierung vermutlich bereits abgeschlossen ist und gewisse Forderungen – selbst wenn wir das so wollten – durch die zwischenzeitlichen Entwicklungen überholt wurden und der Gemeinderat dann bedauern muss, dass sie nicht mehr umgesetzt werden können. Viele der Forderungen müssten sogar genau jetzt, bei der Neuausrichtung des Projekts, miteinbezogen werden, weil es politische Grundsatzentscheide sind, die am Anfang eines Projekts diskutiert werden müssen und nicht erst, wenn der Mist schon geführt ist. So beispielsweise die Forderung nach der Positionierung der Solaranlage auf der Landebahn oder die Forderung, zu verhindern, dass mit der Solaranlage der klimaschädliche Flughafenbetrieb quersubventioniert wird – der Solaranlage, welche die Stadt Bern über die Beteiligung von EWB ganz direkt mitfinanziert, obwohl sie im Widerspruch zur Energie- und Klimastrategie steht. In dieser haben wir übrigens auch den Grundsatz verankert, dass Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) – ich zitiere – prioritär auf bestehenden Infrastrukturen und versiegelten Bodenflächen ausgebaut werden müssen. Wir haben ursprünglich bei allen drei Motionen eine verkürzte Fristverlängerung von einem halben Jahr gefordert. Das Geschäft wurde so oft traktandiert und dann doch nicht behandelt, dass die Frist inzwischen bereits abgelaufen ist. Das ändert aber nichts daran, dass wir uns diesen Fragen jetzt stellen sollten. Jetzt geht es leider nicht mehr, aber möglichst bald. Wir haben die Anträge darum aktualisiert und fordern jetzt eine Fristverlängerung bis Ende März. Ich bitte euch, diese zu unterstützen.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Raffael Joggi für die AL/PdA/TIF-Fraktion.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Inhaltlich geht die AL/PdA/TIF-Fraktion mit dem vorhin Gesagten einig. Es darf nicht sein, dass der Flughafen quersubventioniert wird mit PV, da sind wir sicher auch dieser Meinung. Und überhaupt sind wir eigentlich gegen diesen Flughafen längerfristig, aber das tut hier gar nichts der Sache. Wir werden

alle diese Fristverlängerungen ablehnen. Die vom GB werden wir allenfalls – wenn es nötig sein wird – unterstützen, diese Kompromisslösung, weil wir finden, das sind Richtlinienmotionen. Sonst bei grossen Projekten heisst es immer, ja, der Stadtrat kann am Schluss etwas dazu sagen – dann, wenn es eigentlich schon vorbei ist. Hier wäre jetzt die Gelegenheit gegeben, über diese Richtlinien, die ja tatsächlich eben nur Richtlinien sind, die Politik des Gemeinderats in diesem kommenden Geschäft dann zur Anwendung zu bringen, wenn es eben noch nicht zu spät ist, sondern wenn es eigentlich darum geht, tatsächlich Einfluss zu nehmen. Das wäre effektive oder realistische Politik, dass man sich als Gemeinderat das zu Herzen nimmt, was sich der Staatsrat wünscht, und die ganze Geschichte nicht ewig weiterverschiebt. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Kapitalismus überwunden werden muss.

Präsidentin: Vielen Dank. Roger Nyffenegger, ich nehme an, das ist für die GLP-Fraktion? Gut, sehr gern.

Roger Nyffenegger (GLP) für die Fraktion: Ich wollte eigentlich nur kurz ans Mikrofon treten, um zu sagen, dass dieses Gebiet jetzt ins nationale Inventar aufgenommen wurde und eben kein konkretes Projekt vorliegt und daher eigentlich diese Diskussion hier etwas unnötig ist und man dieser Fristverlängerung zustimmen muss, damit man dann das redimensionierte Projekt nochmals neu beurteilen kann. Ich wurde jetzt doch etwas getriggert und muss doch noch einmal sagen, wir brauchen dringend mehr Solarstrom. Unbedingt und dringend brauchen wir mehr Solarstrom! Wenn wir uns jetzt in unsinnigen Diskussionen irgendwie verirren, können wir nicht geeint auftreten gegen diese aufkeimende Atomdebatte, die da wieder kommt, und dem nicht entgegentreten. Wenn wir unsere Zeit nicht in solche Projekte investieren und diese befürworten als Stadt Bern – als eine der linken Städte in der ganzen Schweiz – wo wollen wir denn diese Energiewende bitte schön schaffen? Und da frage ich euch, liebe GB/JA: Wie wollt ihr denn genügend Strom zur Verfügung stellen, wenn ihr bei jeglichen Projekten in diese Totalopposition hineingeht? Wie wollt ihr denn von Putins Uran unabhängig werden, wenn ihr keine Alternativen zum Atom bietet? Und wie wollt ihr denn von den fossilen Brennstoffen wegkommen, die notabene meistens aus Nigeria oder Libyen importiert werden in die Schweiz, wenn ihr solche Projekte boykottiert? Ich verstehe nicht, wie man als grüne Partei sich hier entgegenstellen kann. Ich bin froh, dass wir hoffentlich zur Schlussfolgerung kommen, dass wir dieses Projekt dann wieder beurteilen, wenn es konkret vorliegt – in dieser leider etwas redimensionierten Form, aber immer noch wichtigen Form. Das ist sehr viel Winterstrom, der dort produziert wird. Und ich möchte auch noch betonen, dass diese Anlage ungefähr fünfmal günstiger kommt, als wenn man irgendwo eine alpine PV-Anlage aufbaut, weil einfach die Infrastruktur schon vor Ort ist. Es gibt Strassen, es gibt Leitungen und das müssen wir ausnützen und darum ist dieses Projekt im Belpmoos so wichtig. In diesem Sinne stimmen wir der Fristverlängerung zu als GLP/EVP-Fraktion.

Präsidentin: Vielen Dank. Jetzt wäre die Redner*innenliste offen für Einzelvoten. Ich übergebe gerne Thomas Glauser von der SVP das Wort.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Das ist ein Projekt, bei dem relativ viele Verbände eingeschlossen sind, vor allem auch Naturverbände. Es hat eigentlich auch schon sehr lange gedauert, bis man vorwärtsgekommen ist. Es ist ein Vorzeigestandort, gerade für erneuerbare Energie. Man nutzt den Strom dort, wo er gebraucht wird. So hat man weniger Netzverlust. Die Grünwiese, die man unten hat, ist auch sehr ökologisch,

ich kann das beurteilen. Es geht darum, dass man dort auch wieder Biodiversität ansiedeln will, mit Pflanzenarten, aber auch mit Insekten und dass die Fläche nachher nicht bewirtschaftet wird wie eine Landwirtschaftsfläche, sondern dass sie eben gerade für die Biodiversität ist. Es ist ein wichtiges Projekt, das regionale Wertschöpfung bringt. Es schafft aber sicher auch Arbeitsplätze, reduziert CO₂-Emissionen – etwas, das die Wirtschaft, die Ökologie und die Ökonomie in Einklang bringt. Wir haben bei der SVP-Fraktion Stimmfreigabe beschlossen. Es gibt viele, die gegen das sind – ich bin dafür, spreche mich für die Verlängerung aus. Anders sieht es bei meinem Kameraden Alexander Feuz aus, aber man darf ja verschiedene Meinungen haben in der Politik.

Präsidentin: Als nächstes gern Lukas Schnyder von der SP/JUSO.

Lukas Schnyder (SP), Einzelvotum: Ich weiss, es geht nur um die Fristverlängerung, aber ich muss jetzt auch etwas Inhaltliches loswerden. Es geht in die Richtung, die bereits Roger erwähnt hat. Wir befinden uns in einer Energie- und Klimakrise. "Not in my backyard" verhindert überall in der Schweiz den Ausbau von erneuerbarer Energie, besonders Windräder und Solarenergie. Wir wollen auf Atomstrom verzichten, eine Energiewende schaffen und zeigen aber keine Lösungen. Das Projekt wird Strom für 8'000 Haushalte bringen, erneuerbarer Strom in nächster Nähe von Bern. Kombiniert mit einem grossen Speicher kann sie uns erneuerbare Energie liefern, dann, wenn wir sie brauchen. Das Projekt ist ein Kompromiss. Auch die Biodiversität mit den Trockenwiesen wird erhalten. Die grossen Umweltverbände stehen hinter dem Projekt. Die Mehrheit der Bevölkerung sehnt sich schon lange nach Lösungen und einer klimaverträglichen Energieversorgung. Helfen wir ihnen dabei! Für Verhinderungspolitik habe ich persönlich kein Verständnis. Für so ein wichtiges Projekt braucht es Zeit, braucht es klare Angaben. Wir müssen dies auch mit der nötigen Ernsthaftigkeit angehen. Es ist ein Kompromiss, es ist ein wichtiges Puzzlestück, welches seinen Beitrag zur Energiewende beiträgt.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Esther Meier vom GB.

Esther Meier (GB), Einzelvotum: Ich möchte nur ganz kurz auf das Votum von Roger reagieren und vielleicht noch in Ergänzung zu meinem Vorredner darauf hinweisen, dass es nicht der Fall ist, dass alle grossen Umweltverbände dieses Projekt unterstützen. Es gibt einige, die sich einfach noch nicht allzu deutlich geäussert haben, aber sicher nicht unterstützend. Und vielleicht einfach noch zur Frage, ob es Belpmoos braucht, um die Energiewende zu schaffen: Ich finde, der Vorwurf, dass wir quasi die Atomindustrie unterstützen, ist sehr gewagt und wenn man die Zahlen anschaut, braucht es diese Freiflächenanlagen nicht. Das Solarpotenzial im Kanton Bern ist genug gross, um mit geeigneten und sehr gut geeigneten Dächern genug Solarstrom zu produzieren. Das würde nämlich über eineinhalb Mal so viel Strom produzieren, als wir im Moment verbrauchen. Es ist also nicht nötig, dass wir die grünen Wiesen überbauen, um die Energiewende zu schaffen.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Michael Ruefer von der GFL.

Michael Ruefer (GFL), Einzelvotum: Wir unterstützen den Antrag des GB auf eine verkürzte Frist, weil wir auch finden, eigentlich liegen alle Informationen auf dem Tisch und das ist jetzt der Kompromiss, den wir hier sehen. Ich glaube, es bringt wirklich ab-

solot nichts, da noch irgendetwas hinauszuschieben, wie wir das jetzt noch wollen. Auch inhaltlich: Wir haben diese Debatte hier drin auch schon geführt und sehr vehement geführt – ich glaube, zweimal letztes Jahr. Ich finde auch, ja, man muss sich solche Anlagen wirklich gut überlegen. Es ist eben nicht so trivial und der Kompromiss mit den Umweltverbänden zeigt auch, dass es nicht so trivial ist, dass diese Einwände auch berechtigt waren ein Stück weit und dass man das so redimensioniert. Ich erinnere auch an sehr alpine PV-Projekte, zum Beispiel Gries im Obergoms, bei dem die Stiftung Landschaftsschutz argumentiert hat: Ja, PV an diesem Ort, das geht, aber einfach nicht so angeordnet, dass quasi die Anmut dieser hochalpinen Landschaft so in Mitleidenschaft gezogen wird. Und es sind eben keine trivialen Entscheide, aber ich finde, es ist sehr wichtig, dass man hier aus Umweltsicht auch ganz sorgfältig hinschaut und nicht einfach alles so durchwinkt.

Präsidentin: Vielen Dank. Gerne Georg Häsler von der FDP.

Georg Häsler (FDP), Einzelvotum: Ich bin Raffael Joggi sehr, sehr dankbar für sein Ceterum censeo, das er ausgesprochen hat, dass er den Kapitalismus überwinden will. Aber es ist eben leider nicht ganz konsequent, denn Lenin hat ja gesagt: Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes. Da frage ich mich, weshalb Sie die De-Elektrifizierung des Landes vorantreiben wollen. Ich glaube, das ist das, worüber wir sprechen. Ich wünsche mir, wenn schon Ideologie, dann bitte mit Konsequenz.

Präsidentin: Vielen Dank. Ich sehe keine Einzelvoten mehr. Nun kommen wir zur Erklärung der Gemeinderätin – gerne Melanie Mettler.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Ich danke Ihnen für die doch fast schon inhaltliche Debatte zu dieser Fristverlängerung von Richtlinienmotionen. Man könnte jetzt meinen, das sei vielleicht ein bisschen weit hergeholt, aber ich kann das natürlich verstehen, denn es sind ja zentrale Themen und vielleicht auch Nutzungsanforderungen, die hier in einer politischen Debatte diskutiert werden müssen. Also PV-Projekte, die Diversität, Flugplatzinfrastruktur – das ist klar, das muss einfach debattiert werden und das sieht man vielleicht auch ein bisschen unterschiedlich.

Vielleicht noch etwas zum Thema: Wir haben jetzt wirklich ein bisschen ein Datumproblem. Wir haben im Gemeinderat die Fristverlängerung am 18. Juni 2025 verabschiedet und das natürlich auch nach dem damaligen Wissensstand. Das heisst, ich vertrete jetzt eigentlich die Haltung des Gemeinderats vom 18. Juni 2025 und stehe jetzt hier vor Ihnen. Das Problem war, man hat in verschiedenen Bereichen, bei denen wir Informationen brauchen, um Ihnen seriöse Grundlagen für diese Debatte zu liefern, einfach die Informationen noch nicht. Also wir wussten nicht, welche Flächen biodiversitätsgeschützt sein werden. Wir wussten nicht, wie gross die PV-Anlage sein kann. Wir wussten nicht, was die Nutzung des Flugplatzes sein wird und wir wussten auch nicht, was für ein Business Case dahinter liegt. Und für eine seriöse Debatte braucht man einfach diese Informationen. Jetzt wissen Sie alle – Sie haben das in den Medien auch mitverfolgt – einen Teil dieser Informationen haben wir inzwischen. Also wir wissen, wie es aussieht und welche Flächen wirklich für die Biodiversität geschützt sind und auf welchem Niveau. Was wir noch nicht wissen – was aber wahrscheinlich unmittelbar ansteht – ist, dass wir mehr erfahren zur Nutzung des Flugplatzes. Das wir dann auch Auswirkungen haben auf die Grösse der Anlage und folglich auf den Business Case. Und was ich Ihnen jetzt einfach versprechen kann – ich habe das auch gehört, das ist

die Erwartung aus verschiedenen Fraktionen: Sobald diese Informationen vorliegen, wird der Gemeinderat Sie darüber informieren, Ihnen diese Auslegeordnung machen und die Situation umgehend so darlegen, wie sie ist.

Präsidentin: Vielen Dank. Wir haben die Traktanden 12 bis 14 gemeinsam behandelt, werden aber nun zur Abstimmung schreiten und einzelnen über die Traktanden abstimmen. Wir kommen zu Traktandum 12. Vielen Dank fürs Umstellen. Wir haben zwei Anträge, einmal den GB/JA-Antrag mit der Frist Ende März und einmal den Gemeinderatsantrag mit der Frist 22.07.2026. Wir werden diese Anträge einander gegenüberstellen. Oh – wir könnten vielleicht nochmals anfangen. Wir lassen das durchlaufen und fangen nochmals an.

Abstimmung Nr. 018

2025.SR.0020: Abstimmung ungültig	
Ablehnung	
Ja	3
Nein	5
Enthalten	0

Abstimmung Nr. 019

2025.SR.0020: Abstimmung ungültig	
Ablehnung	
Ja	2
Nein	5
Enthalten	2

Präsidentin: Wir schreiten so schnell voran, dass wir auch zwei Testläufe machen können. Wir stellen die zwei Anträge gegenüber. Wer für den Antrag GB/JA stimmen möchte mit der Frist bis Ende März, wird Grün drücken, wer dem Antrag des Gemeinderats bis zum 22.07.2026 zustimmen möchte, wird Rot drücken.

Antrag 1

GB/JA

Die Fristverlängerung zur Beantwortung der Motion wird auf Ende März 2026 verkürzt.

Abstimmung Nr. 020

2025.SR.0020: Antrag 1 vs. Antrag Gemeinderat	
Antrag Gemeinderat obsiegt	
Ja	25
Nein	47
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den GB-Antrag abgelehnt, der Gemeinderatsantrag obsiegt. Wir werden nun für die Schlussabstimmung über den obsiegenden Antrag nochmals abstimmen. Wir stimmen ab über den Antrag des Gemeinderats für die Fristverlängerung bis zum 22.07.2026.

Abstimmung Nr. 021

2025.SR.0020

Annahme

Ja	54
Nein	20
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag für die Fristverlängerung des Gemeinderats angenommen. Wir kommen nun zu Traktandum 13.

2025.SR.0022

13 Motion: Belpmoos Solar – Solaranlagen auf der Fluglandebahn um die Biodiversität zu schützen!; Fristverlängerung

Gemeinsame Beratung der Traktanden 12 bis 14: siehe Traktandum 12.

Präsidentin: Hier werden wir die Anträge ebenfalls gegenüberstellen. Für den gleichen Antrag GB/JA mit der Fristverlängerung bis Ende März gerne Grün drücken, für den Antrag des Gemeinderats bis 22.07. gerne Rot drücken.

Antrag 1

GB/JA

Die Fristverlängerung zur Beantwortung der Motion wird auf Ende März 2026 verkürzt.

Abstimmung Nr. 022

2025.SR.0022: Antrag 1 vs. Antrag Gemeinderat

Ablehnung

Ja	25
Nein	48
Enthalten	0

Präsidentin: Auch bei diesen Anträgen hat der Antrag des Gemeinderats obsiegt. Hier werden wir nun ebenfalls über den obsiegenden Antrag nochmals abstimmen.

Abstimmung Nr. 023

2025.SR.0022

Annahme

Ja	54
Nein	20
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt dem Gemeinderatsantrag für die Fristverlängerung zugestimmt. Wir kommen nun zu Traktandum 14.

2025.SR.0023

14 Motion: Energiewende und Biodiversität gehen Hand in Hand: Ökologisch wertvolle Flächen in Belpmoos; Fristverlängerung

Gemeinsame Beratung der Traktanden 12 bis 14: siehe Traktandum 12.

Präsidentin: Auch hier werden wir den GB/JA-Antrag – bis Ende März – dem Gemeinderatsantrag – bis zum 22.07. – gegenüberstellen. Auch hier bitte für den GB/JA-Antrag Grün und für den Gemeinderatsantrag Rot.

Antrag 1

GB/JA

Die Fristverlängerung zur Beantwortung der Motion wird auf Ende März 2026 verkürzt.

Abstimmung Nr. 024

2025.SR.0023: Antrag 1 vs. Antrag Gemeinderat

Ablehnung

Ja	25
Nein	48
Enthalten	0

Präsidentin: Auch hier obsiegt der Gemeinderatsantrag. Wir stimmen nochmals über den obsiegenden Antrag des Gemeinderats ab.

Abstimmung Nr. 025

2025.SR.0023

Annahme

Ja	55
Nein	19
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag des Gemeinderats für die Fristverlängerung angenommen. Wir kommen nun zu Traktandum 15.

2025.SR.0100

15 Postulat: Fraktion GB/JA!: Die Stadt Bern soll Bücher bei lokalen Buchhandlungen beschaffen; Annahme

Präsidentin: Das ist ein Postulat der GB/JA-Fraktion. Die Stadt Bern soll Bücher bei lokalen Buchhandlungen beschaffen. Ist dieses Postulat bestritten? Das Postulat scheint nicht bestritten zu sein – doch, es ist bestritten. Die Einreichenden hätten das Wort, aber sie verzichten auf eine Erklärung. Das heisst, wir kommen bereits zu den Fraktionsvoten. Die Redner*innenliste ist offen für die Fraktionsvoten. Andreas Egli für die Mitte-Fraktion.

Andreas Egli (Mitte) für die Fraktion: Auch wenn es ja – in Anführungszeichen – nur ein Prüfauftrag ist, werden wir diesen ablehnen. Nicht, weil uns das Sterben der kleinen Buchhandlungen egal ist, sondern weil wir der Meinung sind, dass das Postulat die kleinen, lokalen Buchhandlungen nicht retten wird, auch wenn Verwaltung, Schulen und Bibliotheken ihre Bücher in Zukunft dort beziehen. Das Sterben der kleinen Geschäfte ist schade. Wenn die Gassen nur noch von grossen Ketten gesäumt werden, bleibt das Individuelle auf der Strecke. Wenn die Stadt innerhalb der geltenden Regeln für öffentliche Beschaffungen – und das ist wichtig – das lokale Kleingewerbe unterstützen kann und so auch dem Trend hin zum Onlineshopping und zu "in jeder Stadt die gleichen Geschäfteketten" etwas entgegensetzen kann, begrüssen wir dies grundsätzlich. Aber die Buchpreisbindung ist seit 2007 Geschichte. Der Markt unter den Buchhandlungen kann also spielen und wie eine Stichprobe des Beobachters im September 2024 ergab, sind die Kleinen nicht immer die Teuren. Ausser Nostalgie gibt es also keinen Grund, hier einzugreifen, zumal dadurch längerfristig wohl eher keine zusätzliche Kundschaft generiert würde. Es wäre ja dann nicht so, dass jede Schülerin und jeder Schüler selbst in die Buchhandlung ginge und dadurch eine Kundenbindung entstehen würde. Der Trend hin zum Onlineshopping liesse sich dadurch wohl kaum bremsen. Was auch störend ist, ist das Branchenspezifische dieses Postulats. Nicht nur kleine, lokale Buchhandlungen kämpfen gegen die sogenannten bösen Grossen ums Überleben. Ladenbesitzer aus anderen Branchen werden sich fragen, wieso nicht auch sie unterstützt werden, und am Ende müssen die Quartierküchen die Zutaten für ihre zigtausend Mahlzeiten ebenfalls im kleinen Lebensmittelgeschäft um die Ecke beziehen. Also: Grundsätzlich sind uns die kleinen, lokalen Geschäfte auch sympathisch, wir zweifeln aber daran, dass man damit am Ende wirklich etwas bewirkt, und befürchten, dass man stattdessen nur schlafende Bären weckt.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes gerne Oliver Berger für die FDP-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Wir haben den Vorstoss in der Fraktion kontrovers diskutiert und es gibt bei uns dazu zwei Haltungen. Auf der einen Seite: Güter lokal zu beziehen, vor allem wenn sie lokal produziert sind, kann durchaus Sinn machen. Dazu gibt es ja auch bereits Initiativen – zum Beispiel "Das Beste der Region". Auf der anderen Seite macht es aber auch keinen Sinn, eine Vorschrift zu machen, man müsse beziehungsweise dürfe Güter wie Bücher, die nicht nur lokal geschrieben und verlegt werden, lokal beziehen. Das widerspricht der liberalen Wirtschaftsordnung und auch der Gewerbefreiheit. Wir haben deshalb Stimmfreigabe beschlossen.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Alexander Feuz von der SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Dieser Vorstoss ist sicher nicht das hohe Lied des Liberalismus, aber andererseits sehen wir genau diese Problematik, darum sind wir hier wohlwollend. Ich sehe die Argumente, die man durchaus gesagt hat wegen dieser Problematik, und dass man vielleicht schlafende Hunde wecken würde, sehen wir auch. Aber andererseits müssen wir auch sehen: Was haben wir alles für Solidaritätsaktionen? Was machen wir alles? Wir haben vorhin wieder abgestimmt, dass man mit dem Auto nicht mehr soll in die Stadt fahren können. Der von Eggiwil soll sein Buch nicht hier in Bern kaufen dürfen – ich zitiere hier Michael Ruefer. Wir werden diesem Vorstoss trotzdem zustimmen, aber eben in der Hoffnung, dass die Buchläden hier überleben und dass die Leute von Eggiwil auch in Bern Bücher kaufen können.

Präsidentin: Vielen Dank. Sprichst du, Lea, für die Fraktion? Für die Einreichenden – gut.

Lea Bill (GB) für die Einreichenden: Ich wollte eigentlich als Einreichende nichts sagen, weil die Antwort des Gemeinderats noch nicht vorliegt und es auch so ist, dass ich eigentlich davon ausgegangen bin, dass wir uns hier einig sind und dieses Postulat nicht bestritten ist – weil ihr ja auch von dieser Seite hier immer für das Gewerbe seid. Jetzt bin ich doch etwas erstaunt. Wenn es dann um konkrete Dinge geht, ist es dann plötzlich doch nur Schaumschlägerei und es heisst, der Markt müsse spielen. Ich nehme euch jetzt beim Wort, dass wir dann beim nächsten Mal halt einfach auch sagen, der Markt spielt halt nicht bei den Parkplätzen und dementsprechend streichen wir die jetzt einfach. Wie gesagt, es ist ein wichtiges Postulat. Ich habe das auch nicht eingereicht, weil ich da irgendetwas erfunden habe. Ich kenne die Situation der Buchhändler*innen sehr genau und deshalb haben wir das Postulat auch eingereicht. Deshalb ist es auch so, dass es nur auf die Buchhandlungen bezogen ist, weil es genau bei ihnen der Fall ist, dass sie sehr darauf angewiesen sind, dass sie grosse Aufträge erhalten – zum Beispiel von Bibliotheken – und wenn diese Aufträge wegfallen, müssen halt diese kleinen Läden schliessen. Dagegen möchten wir uns wehren und ich bitte euch doch, dieses Postulat anzunehmen.

Präsidentin: Wir kommen nun zu den Einzelvoten. Dann gerne Nicolas Lutz von der Mitte.

Nicolas Lutz (Mitte), Einzelvotum: Lea, du hast jetzt gesagt, man habe gedacht, es sei unbestritten. Es wäre halt gut, wenn man die Argumente von euch jeweils vorher hätte. Wir waren dort auch gespalten. Man muss einfach zwei Sachen sagen und da wäre ich froh, wenn der Gemeinderat das noch sagt oder wenn ihr das noch einmal ausführt, denn ich kenne das auch aus dem Gesundheitswesen und aus anderen Bereichen. Man kann natürlich schon sagen, wir beziehen das bei lokalen Dingen – die Frage ist einfach, zu welchem Preis. Ich weiss nicht, über welche Beschaffungsvolumen wir dort reden. Irgendwann müssen diese ja ausgeschrieben werden und irgendwann muss man sie schon fragen, zu welchem Preis das denn verkauft wird.

Ich kenne das aus meinem Business mit Altersheimen. Man kann dort nachher schon ein Altersheim beliefern, aber der Preis einfach immer mehr gedrückt wird, verdient man einfach nichts mehr daran. Und darum wäre es schon noch wichtig, zu wissen, ob das für die Buchhandlungen wirklich überlebenswichtig ist. Und der zweite Punkt – das haben wir auch diskutiert: Wenn wir ja langfristig Buchhandlungen wollen, müssen wir dann trotzdem fragen, wo das Geld besser investiert ist. Würde man dann nicht besser die Bücher möglichst günstig einkaufen und jedem Kind einen Gutschein geben, dass es wirklich in die Buchhandlung geht und dort ein Buch auswählt? Denn dann überleben die auch langfristig. Wir müssen sehen, wenn wir Buchhandlungen wollen, ist das ja etwas Aktives, ein lokales Geschäft, und das andere ist eigentlich nur ein Durchlauferhitzer, denn die Bücher werden von einem Zwischending geliefert, und dort wissen wir einfach, wie sich die Wirtschaft entwickelt. Irgendwann wird man sagen: Ja, aber wenn es dort so viel günstiger ist und wir werden ein Sparmodell haben. Und da will ich dann auch die andere Seite sehen. Wenn man sieht, man kann das gleiche Buch viel günstiger einkaufen und Klimamassnahmen verwirklichen, dann muss man halt schon überlegen, wo das Geld gescheiter eingesetzt ist. Und wenn, dann würde ich mir überlegen, ob es nicht gescheiter wäre, eine Art Gutscheinsystem zu machen, damit die Kinder wirklich lokal in diesen Buchhandlungen vorbeigehen, das sehen, sich dort

ein Buch holen können, gesponsert von der Stadt. Ich glaube, das würde diesen Buchhandlungen langfristig vielleicht mehr bringen, damit sie wirklich überleben können. Aber ich bin da offen für die Diskussion und bin gespannt auf die Antwort des Gemeinderates, wie das ist mit dem Beschaffungswesen – ob man da ganz frei ist oder nicht.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Oliver Berger, FDP.

Oliver Berger (FDP), Einzelvotum: Ich habe nur 2 Bemerkungen. Auf der einen Seite wäre ich froh, wenn man als Einreichende das Votum dann hält, wenn man an der Reihe ist. Und das zweite wäre, dass man nicht irgendwie die Materie vermischt.

Präsidentin: Gut, das haben wir zur Kenntnis genommen. Gerne Tanja Miljanovic, GFL.

Tanja Miljanović (GFL), Einzelvotum: Ich habe eigentlich nichts vorbereitet, aber jetzt muss ich trotzdem ein bisschen etwas sagen, weil ich die Branche ja doch auch relativ gut kenne durch meine schreibenden Tätigkeiten. Und ja, die Frage ist: Sind sie wirklich darauf angewiesen? Ja, sie sind darauf angewiesen, das haben sie eigentlich auch relativ klar kommuniziert. Wir haben das ja dann gesehen, als die Münster Buchhandlung zugegangen ist – die kleinen Büchereien brauchen den Auftrag aus den Bibliotheken. Es ist vorgeschlagen worden, dass man sich auch andere Modelle überlegen könnte wie zum Beispiel Gutscheine oder so. An sich finde ich das spannend, aber das würde ja nachher bedeuten, dass man mit der Giesskanne verteilt, und das finde ich eigentlich nicht so wünschenswert, denn auch wenn wir sagen, es sind die kleinen Büchereien oder Buchhandlungen, ein gewisser Wettbewerb würde ja weiterhin bleiben. Und ich denke, das würde nachher auch dafür sorgen, dass die Qualität gewährleistet werden kann und dass es nicht irgendwie dazu führt, dass nachher der Preis überhöht ist. Darum finde ich das ein extrem wichtiges Postulat und ich hoffe wirklich, dass ihr das unterstützt, auch für das lokale Gewerbe, aber überhaupt für die Kultur- und Buchbranche in der Stadt Bern und weiter.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Tobias Sennhauser – falsch gedrückt. Gut, wenn es keine weiteren Einzelvoten gibt, dann kommen wir zu Gemeinderätin Melanie Mettler.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Danke, liebe Ratsmitglieder, für diese Debatte. Der Gemeinderat ist gern bereit, dieses Postulat entgegenzunehmen. Es ist natürlich klar, dort, wo gewisse Grenzen erreicht werden, gelten dann die Regeln der öffentlichen Beschaffungsgesetzgebung. Das gilt auch bei Büchern. Aber bei Bucheinkäufen im Freihandbereich oder nicht auf bestehenden Verträgen basierend, prüfen wir natürlich gern, was es noch für Möglichkeiten gibt, auch der Verwaltung entsprechend eine Weisung zu erlassen. Vielleicht noch zur Information: Diejenigen, denen es auch wichtig ist, was die Bibliotheken machen und wie die Bibliotheken beschaffen, kann ich vielleicht noch informieren, dass die FPI bei den Kornhausbibliotheken angefragt hat, welches momentan ihre Praxis ist bei der Beschaffung. Die Information ist, dass sie die Hälfte ihres Bedarfs an physischen Medien über lokale Buchhandlungen beschaffen, die andere Hälfte über den Schweizer Bibliotheksdienstleister – SBD heisst er – der in der Länggasse domiziliert ist.

Präsidentin: Vielen Dank. Wir kommen nun zur Abstimmung.

Abstimmung Nr. 026

2025.SR.0100	
Annahme	
Ja	53
Nein	9
Enthalten	3

Präsidentin: Das Postulat wurde erheblich erklärt.

2025.SR.0072

16 Postulat: Gender-Budgeting: Analyse des Finanzhaushaltes zur Steuerung und Erreichung der Gleichstellung aller Geschlechter nutzen; Pkt. 1+2 Ablehnung/Pkt. 3+4 Annahme

Präsidentin: Wir kommen nun zu Traktandum 16, zum Gender-Budgeting. Das Postulat ist bestritten. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Wem darf ich das Wort übergeben? Für die Einreichenden Judith Schenk.

Judith Schenk (SP) für die Einreichenden: Mit Gender-Budgeting wollen wir der Ungleichstellung nachhaltig an ihren kravattierten Kragen. Echte Gleichstellung braucht Geld und echte Gleichstellung braucht eine genaue Betrachtung der Fakten, eine auf Wissenschaftlichkeit und auf Daten basierte Auslegeordnung – oder um es in den Worten zu formulieren, die sich auf Melanie Metters Homepage befinden: "Es braucht mehr Mut, Veränderungen mit Zuversicht in die Augen zu schauen und sich mit sachlichen Analysen ein Bild zu machen." Exakt das will unser Postulat, nämlich unseren Finanzhaushalt systematisch überprüfen mit dem Ziel, die finanzielle Gleichstellung aller Geschlechter auszuweisen, zu fördern und bestehende Ungleichheiten gezielt abzubauen. Zur Vorberatung der Budgetdebatten soll der Gemeinderat dem Parlament jeweils einen entsprechenden Bericht mit konkreten Handlungsempfehlungen für eine geschlechtergerechte Mittelverteilung vorlegen. Die gewonnenen Daten sollen in der gesamten Verwaltung einfließen können. Und weil wir wissen, dass in der Kinderbetreuung und der Sozialhilfe die Gender-Ausgewogenheit nicht gegeben ist, müssen diese Zahlen separat ausgewiesen werden. Kinderbetreuung ist immer noch vorwiegend in Frauenhand, Altersarmut betrifft Frauen aus sehr oft systemischen Gründen ebenfalls sehr viel stärker als Männer, usw.

Für seine Antwort rupfen wir mit dem Gemeinderat nicht nur ein Hühnchen, sondern eher eine ganze Schar Vogel Sträusse. Der Gemeinderat beantragt nämlich dem Stadtrat, Punkt 1 und 2 abzulehnen und Punkt 3 und 4 anzunehmen – sprich, dass die Zahlen und Daten weder gesammelt noch offengelegt werden sollen. Aber falls es schon solche Zahlen gäbe, würde er allenfalls Massnahmen in Betracht ziehen. Ich glaube, eine solche Antwort kann nicht euer Ernst sein. Es sind bereits im Vorstoss viele Gründe aufgeführt, warum Gender-Budgeting nicht nur wichtig, sondern auch sehr interessant ist. Ich persönlich will wissen, wo wir diesen Hebel bewegen müssen. Weil mir natürlich die Sprüche und das Belächeln dieses Vorstosses bekannt sind, weil wir das natürlich auch mitgekriegt haben: Sich über Anliegen lustig zu machen, ist eine sehr verbreitete Form von Misogynie oder je nach Situation von Gewalt gegen Frauen. Deshalb mache ich euch ein paar Beispiele, bei welchen langsam, aber sicher die Erkennt-

nis durchgesickert ist, dass Gender-Budgeting in unserer Gesellschaft eben auch lebensnotwendig ist: In der Medizin beispielsweise – der Gender-Gap in der medizinischen Forschung ist weithin bekannt –, Autos, die inklusive Elchtest nach wie vor auf Männer ausgerichtet sind, usw. Ich könnte lange fortfahren, es gäbe eine sehr lange Liste, aber ich bemühe abschliessend hier das geopolitische, vielleicht auch etwas politische Big Picture. Dieses Risiko gehe ich ein, denn es ist mir ein sehr grosses Anliegen, wenn wir in die Welt hinausschauen. Im Livestream sehen wir zu, wie zum zweiten Mal dokumentiert wird, wie schnell der Faschismus Fuss fasst. Die letzten 100 Jahre machten unsere Demokratien gar nicht so stabil und meine persönliche Hoffnung liegt im Feminismus. Ich traue jedem feministischen Konzept, das wir erfolgreich in unserer Stadt umsetzen, sehr viel mehr als jedem rechten Mann, der zu viel Macht erhält.

Präsidentin: Vielen Dank. Die Redner*innenliste ist offen für die Fraktionsvoten. Als erstes Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Die SVP lehnt jeden Punkt dieses Vorstosses klar ab. Wir haben mit einer gewissen Erleichterung zur Kenntnis genommen, dass auch der Gemeinderat Punkt 1 und 2 ablehnt. Und jetzt müsst ihr euch die Forderungen ein bisschen auf der Zunge zergehen lassen. Was will man: Gestützt auf Artikel 8 der Bundesverfassung, gestützt auf die Gemeindeordnung und andere, "den Finanzhaushalt systematisch zu überprüfen mit dem Ziel, die finanzielle Gleichstellung aller Geschlechter auszuweisen, zu fördern und die bestehenden Ungleichheiten gezielt abzubauen". Also ihr macht hier der Steuerverwaltung, der ganzen Verwaltung einen riesigen Aufwand, der euch schlussendlich nichts bringt. Und jetzt bin ich ein bisschen böse. Dann wollt ihr immer noch Gendergerechtigkeit, ihr wollt noch Trans machen – jetzt könnte man das noch aufschlüsseln nach Trans A und Trans B und Trans C. Das wäre dann wahrscheinlich der Vorstoss, den man in zwei Jahren machen würde, dass man es noch weiter ausgrenzen kann. Also ich muss sagen – jenseitig! Was macht ihr denn mit den Transmenschen und in welcher Kategorie sind denn die? Machen wir da dann noch ein spezielles Zeug? Bestenfalls kann ich den Leuten noch konzedieren, dass sie sagen, wir wollen etwas machen für die Gleichstellung, aber eine solche Forderung in diesem Aufwand und mit diesen Problemen, die ich euch jetzt noch aufgezeigt habe – gerade mit der Transkategorie LGBT – also ich muss sagen, absolut jenseitig. Ich bin froh, dass der Gemeinderat das auch so sieht. Er formuliert es vielleicht nicht so klar aus wie ich, aber ihr seht, beim Kosten-Nutzen-Verhältnis sagt auch der Gemeinderat, es ist eine absolut jenseitige Forderung.

Ich gehe auf Forderung Nummer 2 ein: "...jährlich zur Vorberatung der Beschlussfassung des Aufgaben- und Finanzplans (AFP) sowie des Budgets einen Bericht mit konkreten Handlungsempfehlungen für geschlechtergerechte Mittelverteilung vorzulegen". Auch dort seid ihr unsorgfältig gewesen, ihr hättet auch für Trans A, Trans B, Trans C und Trans D allenfalls noch eine Unterscheidung machen müssen. Das ist doch – wir sind ein Gemeinwesen, eine ganze Stadt, da haben wir ganz verschiedene Kostgänger, wir haben Männer, wir haben Frauen, wir haben Transleute, was auch immer, wir haben Ausländer, wir haben Schweizer, aber wenn man das jetzt noch aufteilt, wäre wahrscheinlich dann die nächste Forderung, dass man sagt: mit Migrationshintergrund, C-Ausweis, vorläufig aufgenommene, Saisoniers – die es jetzt nicht mehr gibt. Ihr könnt hier die Verwaltung bis zum Gehtnichtmehr beüben und ich hoffe also im Sinne einer Fürsorge für die Truppe – das hat der Feuz jeweils gesagt im Militär –, beübt die Leute in der Verwaltung nicht mit solchen Sachen, Sachen, die nichts bringen, Leerlauf machen, administrativen Leerlauf. Ich wäre böse, zu sagen: Was kostet das alles?

Auch die anderen Sachen – der Gemeinderat sagt, man solle dem zustimmen – lehnen wir klar ab. Ich zitiere: "...verwaltungsübergreifend als Grundlage für eine geschlechtergerechte Finanzpolitik zu nutzen und in die Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen". Auch da wieder: Was macht ihr mit den Trans und Gender und was auch immer? Ihr beübt alles für ein Ziel, das ihr dann schlussendlich... Ihr habt ja jetzt gesagt, es gebe keine Geschlechter mehr. Wir sagen, es gibt Mann und Frau – das darf man ja jetzt auch nicht mehr sagen. In gewissen Ländern wird man ja fast gebüsst, wenn man diese Behauptung aufstellt, und hier wollt ihr es wiederum machen. Also wenn schon, denn schon! Wenn ihr den Vorstoss nächstes Mal macht, macht ihn noch ein bisschen komplizierter, dann könnt ihr die Verwaltung noch mehr beüben. Aber ich bin wirklich der Meinung, das ist ein absoluter. Fehlbereich.

Nachher: "Geschlechtergerechtigkeit der Ausgaben für Kinderbetreuung und Sozialhilfe separat auszuweisen". Ihr wisst, in Familiensachen gibt es geteilte Sorge oder was auch immer. Das könnte man dann auch noch detailliert anschauen: Wie es denn bei einem Kind, das dem Vater zugewiesen ist oder der Mutter zugewiesen ist? Ihr beübt hier wirklich administrativ einfach die Verwaltung. Darum gibt es hier nur eins: Ganz klar Nein zu allen vier Punkten.

Präsidentin: Für die FDP-Fraktion Georg Häsler.

Georg Häsler (FDP) für die Fraktion: Tja, da stehe ich nun mit meinem kravattierten Kragen. Ich wollte eigentlich ein angriffiges, vielleicht sogar freches Votum halten zum Thema Gender-Budgeting, aber nach diesem Votum der Einreichenden verzichte ich darauf. Ich hatte das zweifelhafte Vergnügen, Präsident Trump in Davos in voller Länge zweimal zu hören und ich glaube, dass ich es nach diesem Votum, das ziemlich strotzt vor Unterstellungen, einfach bei der nüchternen Analyse belasse. Wir sind in einer Zeit, in der trennende Voten vielleicht nicht mehr unbedingt helfen.

Worum geht es bei diesem Gender-Budgeting? Die Ideologie diktiert die Finanzpolitik. Das ist das Gegenteil von Freiheit und beschränkt die Möglichkeit, über die politischen Lager hinweg vernünftige Ideen zu entwickeln. Die FDP-Fraktion lehnt das genderneutrale Budget deshalb ab. Ich begründe weshalb. Erstens: Ein Budget steuert die Wirkung im Gesamtrahmen, die Prioritäten und die finanzielle Stabilität. Es ist kein Werkzeug zur Verwirklichung gesellschaftspolitischer Ideale oder, je nach Standpunkt, von Zwangsmassnahmen. Wer den Finanzhaushalt zur Gleichstellungsmaschine umbaut, verfehlt die Funktion des Budgets und schwächt unsere Steuerungsmöglichkeiten. Das Budget wird weniger politisch steuerbar. Wir entziehen uns also sozusagen unseren Möglichkeiten, über das Budget Politik zu machen.

Zweitens: Gender-Budgeting funktioniert schlicht nicht. International ist es hoch umstritten, weil es auf Annahmen, Modellen und Interpretation beruht, nicht auf überprüfbaren Fakten. Auch das ist ein Thema gegenwärtig, wir müssen uns wieder auf Fakten einigen können. In Österreich ist das Gender-Budget krachend gescheitert. Es habe zu einem hohen administrativen Aufwand bei sehr geringer inhaltlicher Wirkung geführt, kritisiert der österreichische Rechnungshof. Auch die Stadt Berlin hat einen Versuch abgebrochen. Begründung: Eine umfassende Implementierung ist methodisch nicht sinnvoll umsetzbar. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) warnt in einem Bericht: Gender Budgeting gaukelt Präzision nur vor, im Vordergrund stehen Stereotypen und nicht Fakten – Stereotypen und nicht Fakten. Niemand kann seriös definieren, was eine geschlechtergerechte Mittelverteilung sein soll. Aber genau das fordert das Postulat: jährliche Empfehlungen, die auf einer methodischen Blackbox basieren.

Drittens: Dieses Postulat baut Bürokratie auf, nicht Gleichstellung. Viertens: Besonders absurd ist die Forderung, Kinderbetreuung und Sozialhilfe geschlechterbezogen auszuweisen. Diese Leistungen sind rechtlich und faktisch geschlechterneutral. Wie wollen wir gerade diese sensiblen Punkte in unserer Gesellschaft tatsächlich geschlechterneutral positionieren, wenn wir sie über das Budget nicht geschlechterneutral anschauen? Fünftens: Mit den jährlichen Handlungsempfehlungen entsteht eine Parallelsteuerung neben Gemeinderat und Stadtrat. Prioritäten sollen künftig nicht mehr politisch debattiert werden, sondern aus einem Analyseapparat abgeleitet werden, der weder demokratisch legitimiert noch methodisch belastbar ist. Wir empfehlen, das Gender-Budget abzulehnen.

Präsidentin: Vielen Dank. Für die GB/JA-Fraktion Anna Jegher.

Anna Jegher (JA) für die Fraktion: Geschlechtsspezifische Diskriminierung hängt zu einem grossen Teil mit Machtungleichheit zusammen und wir alle wissen, dass in unserem Wirtschaftssystem Geld Macht bedeutet. Es ist aus einer feministischen Perspektive also nur konsequent, wenn die städtische Finanzpolitik in Bezug auf die finanzielle Gleichstellung der Geschlechter untersucht wird. Und nein, Georg, beim Gender-Budgeting geht es nicht um ein genderneutrales Budget, sondern eben darum, aufzuzeigen, wo es geschlechtsspezifische Unterschiede in der Finanzpolitik gibt – also wo es eben nicht neutral ist. Dieses Postulat bringt also ein sehr wichtiges Anliegen ein und dass der Gemeinderat diese Wichtigkeit anscheinend nicht sieht, ist aus unserer Sicht schon ziemlich bedenklich. Noch bedenklicher wird diese Haltung, wenn wir die Begründung anschauen. So steht etwa in der Begründung des Gemeinderats – ich zitiere: Der Gemeinderat geht davon aus, dass in der Stadt Bern analog zur Stadt Luzern keine grundsätzlichen Diskrepanzen bei der Zuordnung öffentlicher Mittel bezüglich Gendergerechtigkeit bestehen." Also das ist ja schön und gut, dass der Gemeinderat davon ausgeht, dass es da keine grossen geschlechtsspezifischen Unterschiede gibt, aber auf welcher Grundlage bitte schön basiert diese Aussage? Weil in Luzern angeblich nicht viel herausgekommen sei, würde in Bern sicher auch nicht viel herauskommen? Logisch ist anders.

Das Postulat fordert ja genau diese Überprüfung. Wenn sich nach der Überprüfung herausstellen würde, dass es tatsächlich keine relevanten Unterschiede gibt – was ich stark bezweifle – dann könnt ihr schon mit einer solchen Begründung kommen, aber einfach im Voraus zu behaupten, da gäbe es sicher keine relevanten Erkenntnisse zu holen, liest sich für mich halt eher so, als hättet ihr einfach keine Lust, das zu machen. Um eine Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen, ist eine Prüfung der Finanzverteilung jedoch zentral. Zudem weise ich hier auch gerne auf den städtischen Aktionsplan für Gleichstellung hin. Die finanzielle Ungleichheit zwischen den Geschlechtern ist nämlich nach wie vor massiv und es liegt auch an der Stadt Bern, hier gezielte Massnahmen zu ergreifen. Und wenn schon andere Städte als Beispiel hinzugenommen werden, könnten wir uns auch auf die positiven Beispiele fokussieren, die unter anderem im Vorstoss erwähnt werden: Barcelona, Berlin, Freiburg oder München. Wir müssen aber für funktionierende Beispiele nicht einmal ausserhalb unserer Landesgrenzen suchen. Auch Genf und Lausanne haben zum Beispiel bereits ein Gender-Budgeting. All diese Städte halten die Idee eines Gender-Budgetings also offensichtlich nicht für unnötig, sie setzen es schliesslich bereits um. Warum gerade die Stadt Bern dabei eine Ausnahme sein sollte, ist mir ein Rätsel. Aber vielleicht könnt ihr das ja besser erklären, nachdem ihr die Prüfung umgesetzt habt. In diesem Sinne wird die GB/JA-Fraktion dieses Postulat selbstverständlich annehmen und wir freuen uns auch schon auf die

inhaltliche Begründung, warum es in den Finanzen der Stadt Bern keine geschlechtsspezifischen Unterschiede gibt. Schön fänden wir das ja durchaus.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Natalie Bertsch für die GLP.

Natalie Bertsch (GLP) für die Fraktion: Ich nehme es gleich vorweg: Die GLP/EVP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates folgen, das heisst Punkt 1 und 2 ablehnen sowie Punkt 3 und 4 annehmen. Wir sind überzeugt, dass der vorgeschlagene Kompromiss sowohl einen Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter leisten kann und gleichzeitig auch der Komplexität einer effektiven Umsetzung und zielgerechten Mittelverwendung gerecht wird. Ich möchte mich aber zuerst bei den Motionärinnen für das Geschäft bedanken. Ich persönlich finde es eine sehr spannende Frage. Wie im Antrag gut beschrieben ist, gibt es weltweit doch einige sehr positive Beispiele zur erfolgreichen Einführung von Gender-Budgeting. Selber habe ich mich beruflich einige Zeit mit dem Thema beschäftigt und war in Indonesien auch in eine Reform involviert, die ein Gender- und Klima-Tagging durchgeführt hat. Mir sind dort allerdings auch die konkreten Herausforderungen einer Umsetzung begegnet. Eine Umfrage des internationalen Währungsfonds zeigt, dass es bei der Umsetzung von Gender-Budgeting nach wie vor erhebliche Herausforderungen gibt, etwa ein Mangel an klaren Leitlinien, an Koordination, aber auch einfach an Fachwissen in der Gender-Analyse und Datenerhebung. Das heisst, Gender-Budgeting entfaltet nur dann seine Wirkung, wenn es richtig umgesetzt wird, und das erfordert beträchtliche Ressourcen. Ich finde es etwas unbefriedigend, wenn man sich vertieft mit dem Thema auseinandersetzt und am Ende sagen muss: Well, it depends. Aber so ist es auch aus unserer Sicht bei diesem Thema, nämlich dass der beträchtliche Aufwand im Verhältnis zur erwarteten Wirkung stehen muss, sonst sind die Ressourcen woanders besser eingesetzt. Die Annahme der Punkte 3 und 4 ermöglichen es, innerhalb der bestehenden Ressourcen, die vorhandenen Daten gezielter für die Förderung der Gleichstellung zwischen den Geschlechtern zu nutzen. Spannend wäre es insbesondere, punktuell die unbeabsichtigten Auswirkungen von Politikmassnahmen auf die Geschlechterergebnisse zu untersuchen.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Andreas Egli für die Mitte-Fraktion.

Andreas Egli (Mitte) für die Fraktion: Ich würde gerne noch schnell etwas vorausschicken, und zwar habe ich dieses Votum geschrieben für die letzte Sitzung des letzten Jahres – also kurz vor dem Samichlous – und es ist darum in Versform. Ich hoffe, es ist erlaubt. Und bitte, Judith: Ich will es nicht lächerlich machen, das Thema – glaube es mir, ehrlich.

"Samichlous du liebe Ma / lueg was ig hie übercho ha:

Es Postulat mit grosser Zau / 21 Ungerschrifte, wow!

Si wei Gender-Budgeting usprobiere / u mir probiere jetz, druf z'reagiere.

Gender-Grächtigkeit isch wichtig, o bi de Bärner Batze / mir wei häre luege, wie mir die verteile i die verschiedene Tatze.

O dr Blick uf d'OECD-Charte isch rächt klar / es isch im Trend i de letschte 7 Jahr.

Nume d'Schwiz e wisse Fläck uf dere Charte / es schint, aus wär si no chli am Warte.

Doch luegt me gnau i dä OECD-Bricht / schmöckt nid aues nach Nüssli u Mandarinli i däre Länder-Gschicht.

17% säge, dass nach Gender ufgschlüssleti Date fähle / was es de schwierig macht bim Verteile, bim Uswähle.

35% makes, aber ohni Erfougsmässig / - villech fasch chli zu lässig?

Wie gsehts de us bi de Fouge? / Da trout me chum sine Ouge.

Nume bi 9% hets öfters Konsequänze / di räschtleche si öfters am Schwänze.

U zwar knapp d'Häufti mängisch u zwe Drittu fasch immer / vo Effizienz auso ke Schimmer.

O d'Sensibilisierig fürs Thema rächt schwach / isch doch das eigentlech die minimali Sach.

Knapp d'Häufti erreicht das Minimauziu / mir finge, das isch nid grad vii.

D'Datelag, d'Umsetzig, ds Ergäbnis / insgesamt nid so nes überzügendes Erläbnis.

Trotz auem: Gendergrächtigkeit isch e wichtigi Sach / aber mir finge, es brucht derfür nid so vii Krach.

Drum, liebi Ireichendi, macht d'Mitti o nid so vii Tänz / u nimmt nume 2 vo däne Grittibänz.

Nummer 3 u 4, die si vernünftig / u lö ds Potenzial la abschätze – zuekünftig.

1 u 2 gäbe mir am Schmutzli zrugg i Sack / bi däne isch dr Ufwand gross u dr Nutze fraglech – nid so nach üsem Gschmack."

Übersetzung auf des Verses auf Schriftdeutsch: Samichlaus, du lieber Mann, schau, was ich hier bekommen habe: Ein Postulat mit grosser Zahl, 21 Unterschriften – wow. Sie wollen Gender-Budgeting ausprobieren und wir versuchen jetzt, darauf zu reagieren. Gender-Gerechtigkeit ist wichtig, auch bei den Berner Batzen. Wir wollen hinschauen, wie wir die verteilen in die verschiedenen Tätzen. Auch der Blick auf die OECD-Karte ist recht klar: Es ist im Trend in den letzten 7 Jahren. Nur die Schweiz ein weisser Fleck auf dieser Karte. Es scheint, als wäre sie noch ein bisschen am Warten. Doch schaut man genau in diesen OECD-Bericht, schmeckt nicht alles nach Nüssen und Mandarinen in dieser Ländergeschichte. 17% sagen, dass nach Gender aufgeschlüsselte Daten fehlen, was es dann schwierig macht beim Verteilen, beim Auswählen. 35% machen es, aber ohne Erfolgsmessung – vielleicht fast ein bisschen zu lässig? Wie sieht es denn aus bei den Folgen? Da traut man kaum seinen Augen. Nur bei 9% hat es öfters Konsequenzen, die restlichen sind öfters am Schwänzen, und zwar knapp die Hälfte manchmal und zwei Drittel fast immer. Von Effizienz also kein Schimmer. Auch die Sensibilisierung für das Thema recht schwach, ist doch das eigentlich die minimale Sache. Knapp die Hälfte erreicht das Minimalziel. Wir finden, das ist nicht gerade viel. Die Datenlage, die Umsetzung, das Ergebnis – insgesamt nicht so ein überzeugendes Erlebnis. Trotz allem: Gendergerechtigkeit ist eine wichtige Sache, aber wir finden, es braucht dafür nicht so viel Krach. Darum, liebe Einreichende, macht die Mitte auch nicht so viele Tänze und nimmt nur 2 von diesen Grittibänzen. Nummer 3 und 4, die sind vernünftig und lassen das Potenzial abschätzen, zukünftig. 1 und 2 geben wir dem Schmutzli zurück in den Sack. Bei diesen ist der Aufwand gross und der Nutzen fraglich, nicht so nach unserem Geschmack.

Präsidentin: Du müsstest dich noch einmal anmelden. Gut – es kommt gleich auf das Panel.

Andreas Egli (Mitte): Übrigens noch eine Randbemerkung: Gemäss einem dem Zürcher Reformator Heinrich Bullinger zugeschriebenen Samichlous-Versli war der erste Grittibänz wahrscheinlich eine Frau – also kein Bänz. Gender-Budgeting hat der Samichlous 1546 allerdings wahrscheinlich noch nicht gekannt.

Präsidentin: Vielen Dank für den Vers zu später Stunde. Das ist ein gutes Beispiel, wieso wir verschobene Geschäfte relativ rasch nochmals traktandieren müssten. Ich erteile gerne nun Nadine Aebischer von der SP/JUSO-Fraktion das Wort.

Nadine Aebischer (SP) für die Fraktion: Danke. Der Tonfall soeben macht mir ein bisschen Sorgen. Wenn man sich lächerlich macht über Minderheiten oder Ratskolleg*innen mit Trump vergleicht, verlassen wir die Ebene der Sachpolitik. Als Stadtrat tragen wir hier Verantwortung für eine respektvolle Debattenkultur. Liebe Kolleg*innen, Budgets sind nie neutral und schon gar nicht geschlechtsneutral. Sie zeigen, welche Prioritäten eine Gesellschaft setzt, und sie entscheiden mit darüber, wer profitiert oder wer nicht. Genau hier setzt Gender-Budgeting an. Es ist kein separates Frauenbudget und keine neue Bürokratie, sondern ein Instrument moderner, gerechter Finanzpolitik. Es geht darum, systematisch zu analysieren, wie sich öffentliche Ausgaben auf verschiedene Geschlechter auswirken und wo strukturelle Ungleichheiten entstehen.

Andere Städte zeigen, wie wirkungsvoll das sein kann. Wien hat Gender-Budgeting bereits seit 2009 in der Bundesverfassung verankert. Dort werden alle Haushaltsmassnahmen auf ihre Auswirkung auf Frauen und Männer geprüft. Das führt zum Beispiel zu einer gerechteren Verteilung von Mitteln im Sport, besser beleuchteten und sichereren Wegen, weil Frauen den öffentlichen Raum anders nutzen, und einer gezielteren Förderung der Kinderbetreuung. Berlin analysiert seit Jahren seine Ausgaben nach Geschlechtern. Dadurch wurde sichtbar, dass Kultur und Fördermittel lange Zeit ungleich verteilt waren. Heute können Förderentscheide gezielter und transparenter gefällt werden. Und in Barcelona hat Gender-Budgeting dazu geführt, dass gezielt Gelder in den Frauensport fliessen. Früher gingen fast alle Fördergelder an den Männersport, heute gibt es klare Mittel auch für Frauen- und Mädchenteams. Diese Beispiele zeigen, Gender-Budgeting bringt Ergebnisse. Die OECD-Studie sagt nicht, dass Gender-Budgeting auf Stigmatisierung beruht. Sie sagt, ohne Daten, ohne Monitoring und ohne klare Ziele besteht dieses Risiko – und genau deshalb braucht es klare Standards und Transparenz. Und genau darum geht es hier. Gender-Budgeting schafft Transparenz, erhöht die Gleichstellung und führt zu einer effizienteren Verwendung öffentlicher Mittel.

Und jetzt zu Bern. Der Gemeinderat anerkennt zwar die Bedeutung der Gleichstellung, empfiehlt aber, nur die Punkte 3 und 4 des Postulats anzunehmen. Wir als JUSO/SP-Fraktion sind überzeugt, das reicht nicht. Wenn wir Gleichstellung ernst nehmen, müssen wir alle vier Punkte umsetzen. Warum? Erstens: Transparenz schafft Vertrauen. Die Punkte 1 und 2, die systematische Analyse und der jährliche Bericht, sind die Grundlage, um Gleichstellung überhaupt messbar zu machen. Nur wer die Daten kennt, kann handeln. Ohne diese Analyse bleibt die Gleichstellung im Budget reine Rhetorik. Zweitens: Investition statt Kosten. Der Gemeinderat spricht von einem Aufwand im sechsstelligen Bereich, doch internationale Erfahrungen zeigen, Gender-Budgeting ist kein Kostenfaktor, sondern eine Investition in gerechtere und effizientere Politik. Wer versteht, wo Ungleichheiten bestehen, kann Fehlallokationen vermeiden und Mittel gezielter einsetzen. Das spart langfristig sogar Geld. Drittens: Kohärenz mit den Zielen der Stadt Bern. Bern ist stolz auf seine Gleichstellungsstrategie und auf sein Engagement für soziale Gerechtigkeit. Gender-Budgeting wäre der nächste logische Schritt, eine konkrete Umsetzung dieser Werte in der Finanzpolitik. Und zuletzt: Es ist willkürlich, aus der einmaligen Analyse von Luzern zu schliessen, dass in Bern keine Unterschiede bestehen. Unsere Stadt ist anders aufgestellt, grösser, vielfältiger, mit anderen Prioritäten. Wir sollten nicht annehmen, dass alles gerecht ist, sondern es belegen. Darum, liebe Kolleg*innen, Gender-Budgeting ist kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug für eine gerechtere, transparentere und verantwortungsvolle Finanzpolitik. Wir bitten euch, das Postulat in allen vier Punkten erheblich zu erklären, damit Bern auch in der Finanzpolitik das umsetzt, was es politisch immer wieder betont.

Präsidentin: Vielen Dank. Wir kommen zum Schluss der Stadtratssitzung noch zu den Einzelvoten. Gibt es welche? Dann gerne Thomas Hofstetter. Einen kurzen Moment.

Thomas Hofstetter (FDP), Einzelvotum: Ich glaube, hier im Saal sind alle für Gleichberechtigung und wir wollen alle, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen haben und so. Wenn man jetzt aber konsequent das durchsetzt, was Nadine vorhin gesagt hat – transparent etc. – dann müsste man sagen, man müsste auch die Einnahmen – also von dort, wo das Geld kommt – nach Gender aufschlüsseln. Wie viel zahlen die Männer und wie viel zahlen die Frauen und wie viel zahlen die, die dazwischen drin sind? Dann haben wir über alles Transparenz.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Thomas Glauser von der SVP.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Das Gender-Budget lenkt Mittel nach Ideologie statt nach dem tatsächlichen Bedarf. Es schafft eigentlich unnötige Bürokratie und ist mehr eine fördernde Symbolpolitik, statt dass man die Gelder für die echte Gleichstellung einsetzt. Es sind Budgets, die vor allem den Steuerzahler belasten und keinen nachhaltigen Nutzen zeigen. Wir sind ganz klar gegen eine solche Geldverschwendung.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Judith Schenk von der SP.

Judith Schenk (SP), Einzelvotum: Als eine der Initiantinnen erlaube ich mir, hier noch kurz ein Einzelvotum zu halten. Erstens, Alex: Mit allen Geschlechtern sind Transmenschen mitgemeint. Damit sind alle Menschen auf dem LGBTIQ-Spektrum miteinbezogen. Ich kann dir das gerne einmal ein bisschen genauer erklären, ich mache dir auch Lernkärtchen. Und Fehler mache ich übrigens auch sehr viele, aber es heisst "Tschender" und nicht "Gender". Das ist nicht so schwierig. Zum letzten Votum: Thomas Hofstetter, wir nehmen gerne auf, dass wir die Einnahmen auch nach Geschlechtern auflisten, dann zeigen wir nämlich gleich die nächsten Ungleichheiten – ausser wir nehmen die Care-Arbeit auch mit auf, dann kippt es wieder auf die andere Seite. Ebenfalls vielen Dank, Georg, für den Verzicht auf die gepfefferten Worte, das ist sehr geschätzt und respektvoll, auch wenn ich dir überhaupt nicht zustimmen kann. Und was ich noch sagen wollte: Vielen Dank an die Mitte für den Reim.

Ganz kurz: Ich habe die Zahlen hervorgesucht, was die Femizide kosten. Das Votum der Einreichenden ging ja auch darauf ein, dass wir unter dem Strich, wenn wir ein ausgewogenes Gender-Budgeting haben, durch ausgeglichenes Geld, durch finanzielle Gerechtigkeit, eine Gesellschaft erschaffen, die sehr viel weniger Gewalt verbreitet. Ein Femizid kostet, wenn ich es richtig im Kopf habe, pro Jahr pro Frau ungefähr 5 Mio. Franken. Also sprich, wenn ein 40-Jähriger seine Partnerin oder Ex-Partnerin umbringt und noch weitere 45 Jahre lebt – ihr wisst, ich kann nicht gut Kopfrechnen, aber ihr könnt es selber ausrechnen. Es ist im unendlich astronomisch hohen Millionenbereich, was die Gewalt an Frauen kostet. Hier geht es nicht direkt um Gewalt, aber eben halt auch.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Alexander Feuz von der SVP.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich habe mich eingeklickt, weil ich dachte, wahrscheinlich werde ich noch persönlich angesprochen. Das war ja der Fall. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass man sagt, dass die, die den Vorstoss skeptisch anschauen, irgendwie die Einreichenden diskriminieren. Ich habe jetzt feststellen müssen, ich ha-

be das Wort Gender offenbar falsch ausgesprochen – man sagt "Tschender". Ich bin immer noch der Meinung, man kann das verschieden aussprechen. Ich habe das Gefühl, seit dem neuen Duden ist man da sowieso ein bisschen freizügiger. Aber für mich ist einfach ganz klar, ich habe das jetzt zur Kenntnis genommen, es heisst jetzt hier "von allen Geschlechtern". Also gehe ich davon aus, dass die Verwaltung halt nachher all die verschiedenen Kategorien separat aufführen muss. Gewisse Leute haben ja gesagt, es gäbe ein viertes Geschlecht oder was auch immer. Für mich zeigt das einmal mehr, dass dieser Vorstoss absolut in die falsche Richtung geht. Es ist ein Beüben der Verwaltung, es bringt nichts, es ist kontraproduktiv. Ich habe das Gefühl, nicht zielgerichtet. Ich habe den Fall erwähnt mit der getrennten Sorge von Kindern oder was auch immer oder wenn das Kind zwei Drittel bei der Mutter und ein Drittel beim Vater ist, wie ihr das dann aufschlüsseln wollt. Ich glaube, das bringt uns budgetmässig nicht weiter. Dieser Vorstoss ist ein Fehler. Bitte lehnt ihn ab, und zwar im Interesse der Verwaltung, der Steuerverwaltung und von uns Steuerzahlern.

Präsidentin: Vielen Dank. Wenn es keine weiteren Einzelvoten gibt, würde ich gerne der Gemeinderätin Melanie Mettler übergeben.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Danke für diese Debatte zu einem Thema, das mir sehr am Herzen liegt. Ich denke auch, dass sich die Haltung des Gemeinderats wirklich nur methodisch von der Haltung der Einreichenden unterscheidet. Ich persönlich habe einen grossen Teil meiner Zeit als Milizpolitikerin darin investiert, dafür zu kämpfen, dass Finanzflüsse Teil nicht nur der rechtlichen, sondern auch der tatsächlichen Gleichstellung werden. Und das ist natürlich klar, wir haben momentan eine Situation, in der sowohl rechtliche, wie auch tatsächliche Geldflüsse die Gleichstellung behindern und es geht noch nicht einmal darum, dass man die spezifisch fördern würde. Also da gibt es gar keine Differenz. Ich kann Ihnen sogar ein Beispiel machen: Ich war Teil der Gesundheits- und der Wirtschaftskommission zu den Covid-Unterstützungsmassnahmen und habe dort dafür gekämpft. Gerade bei diesen sehr kurzfristig festgelegten Unterstützungsmassnahmen fällt man schnell in die Stereotype hinein und da geht es schnell einmal so, dass halt die Finanzflüsse bei frauenspezifischen Anliegen nicht fliessen, hingegen an anderen Orten schon. Ich habe mich da mit Bundesrat Berset ausführlich darüber gestritten, ob sie das Gender-Budgeting bei den Unterstützungsmassnahmen während der Covid-Pandemie anwenden oder nicht. Also ich verstehe das Anliegen sehr gut, ich sehe auch die Chancen.

Wir haben uns deshalb mit diesem Postulat ernsthaft auseinandergesetzt und das nicht fahrlässig geprüft. Wir haben deshalb aber auch eine differenzierte Empfehlung, und zwar hinsichtlich der Frage, auf welcher Flugebene dieses konkrete Instrument auf welcher Flugebene nützlich ist. Das Beispiel, das ich vorhin genannt habe – dort wird es eben sehr konkret nützlich, wenn man Gender-Budgeting macht. Wenn ich allzu hoch auf die Flugebene gehe, ist es nicht mehr aussagekräftig. Und die Frage ist jetzt ein bisschen, wo findet man eine Zwischenebene, auf der es noch eine gute Wirkung erzielt und dann in einem Zusammenhang steht mit Aufwand und Wirkung. Es geht darum, dass wir die Ressourcen – ich rede von den personellen Ressourcen – am richtigen Ort einsetzen.

Jetzt – zu diesem konkreten Instrument gibt es schon einen Erfahrungswert. Also die Motionäre und Motionärinnen haben sich an ein Instrument gelehnt, wie es eben Luzern schon angewendet hat und eben gerade nicht Wien und Berlin. Und in Luzern haben wir schon einen Erfahrungswert, der gezeigt hat, dass wir auf der ganz hohen Flugebene einfach keine zusätzlichen nützlichen Daten bekommen. Wir können schon et-

was sagen dazu, aber es wird uns dann nicht helfen, tatsächlich Massnahmen zu definieren, die wirklich auch greifen. Der Gemeinderat beantragt deswegen dem Parlament, Punkt 3 und 4 des Postulats anzunehmen, weil wir dort auch etwas beitragen können. Also wir würden gerne prüfen – und das setzen wir gerne um – ob aufgrund der aktuell erhobenen Datengrundlagen auch geschlechtsspezifische Daten vorliegen, die uns eben Rückschlüsse darüber geben, ob die Mittelverwendung entsprechend gut aufgeteilt ist oder ob wir dort Hürden eingebaut haben. Natürlich gibt es noch die Frage zu prüfen, wo wir Daten publizieren dürfen und wo nicht. Der Datenschutz gilt natürlich. Selbstverständlich sind wir auch bereit, dass wir diese Erkenntnisse dafür nutzen, potenzielle Handlungsfelder für eine gerechte Verteilung aufzuzeigen, damit dann eben entsprechende Massnahmen auch direkt in die Budgetierung bei den Direktionen einfließen, denn dort ist eigentlich der Hebel. Auf der ganz übergeordneten Ebene nützt mir das nichts. Also das Anliegen der Motionär*innen wird so aufgenommen. Es ist ja eigentlich ein Anliegen, dass wir datenbasiert dort Massnahmen ergreifen, wo wirkungsorientiert die Gleichstellung am besten vorwärtsgetrieben werden kann. Das ist ja eigentlich unser gemeinsames Ziel.

Jetzt haben wir Argumente, weshalb wir Punkt 1 und 2 ablehnen. Es gibt halt wirklich zahlreiche methodische Hindernisse, die einer seriösen geschlechterspezifischen Analyse auf dieser Flugebene – ganz oben – im Wege stehen. Eigentlich ist es kaum möglich, das seriös zu machen. Wenn man das dann wirklich auseinandernehmen wollte, die einzelnen Budgetposten und ihre Wirkung – nicht nur auf der ersten Ebene – dann müsste man ja auch die indirekte Wirkung miteinbeziehen, wenn man wirklich auf die tatsächliche Gleichstellung gehen will. Das wäre dann schon die Ambition. Und das ist natürlich mit den Ressourcen der Stadt Bern auf dieser Ebene nicht machbar. Das ist eine zu grosse soziologisch-methodische, wissenschaftliche Aufgabe. Das geforderte Gender-Budgeting jetzt einfach so – eins zu eins – in den Budgetprozess einzubauen, wäre auch eine Belastung der Mitarbeitenden, die eigentlich in der Wirkung dann gar nicht dort greift, wo wir sie haben wollten – natürlich, wie gesagt, im Rahmen der Punkte 1 und 2 selbstverständlich schon, einfach bei 3 und 4 nicht.

Ich erlaube mir hier noch eine Bemerkung zur Debattenkultur. Das müssen Sie dann schlussendlich entscheiden, wie Sie das handhaben möchten, aber ich finde es schon auch wichtig, wenn Minderheiten sichtbar sind. Ich finde es auch wichtig, wenn eine differenzierte Meinungsabgabe erlaubt wird und dass es vielleicht auch einer Kultur der Zusammenarbeit entspricht, dass zur Haltung des Gemeinderats vielleicht auch Stellung genommen werden kann und eine punktweise Abstimmung so vielleicht doch im Rahmen des Möglichen liegen würde.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Die Einreichenden wünschen keine punktweise Abstimmung. Das heisst, wir kämen jetzt zur Abstimmung über das Postulat. Wollt ihr das Postulat erheblich erklären, dann könnt ihr jetzt darüber abstimmen.

Abstimmung Nr. 027

2025.SR.0072

Annahme

Ja	45
Nein	17
Enthalten	8

Präsidentin: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt. Vielen Dank. Wir kommen nun zu Traktandum 17.

2025.SR.0054

17 Postulat: Zukunft des Gaswerkareals: Genossenschaftlicher Wohnraum und alternative Wohnformen gemeinsam denken; Ablehnung Punkt 1, Annahme Punkte 2 und 3

Präsidentin: Das Postulat "Zukunft des Gaswerk-Areals" ist ebenfalls bestritten. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden Valentina Achermann.

Valentina Achermann (SP) für die Einreichenden: Ich freue mich sehr, dass wir zum Abschluss der heutigen Sitzung noch über dieses wichtige Traktandum sprechen können, und zwar das Gaswerkareal. Das ist ja ein Areal, das hat uns die letzten Monate schon stark beschäftigt – um nicht zu sagen die letzten Jahre – und kürzlich habe ich gelesen, dass die ersten Wohnungen frühestens 2032 bereit zum Einzug. Das heisst, es wird uns auch noch die nächsten Jahre beschäftigen. Ihr habt es bestimmt noch in Erinnerung: Es gab drei Abstimmungen Ende November und die Stimmbevölkerung hat zu drei Vierteln Ja gesagt. Auch hier im Stadtrat gab es eine fast seltene Einigkeit, weil wir uns einig waren, wir brauchen ganz dringend Wohnraum. Wir waren uns auch einig, dass wir preisgünstigen Wohnraum brauchen und gemeinnützigen Wohnraum. Wir waren uns nicht ganz einig, ob das 75% oder 100% war, aber darüber sprechen wir heute nicht, sondern wir sprechen heute über die Anstadt – und auch darüber haben wir viel gesprochen.

Die Anstadt wurde häufig erwähnt im Zusammenhang mit dem Wohnraum. Man hat gesagt, dort leben etwa 50 Personen, aber die Anstadt ist sehr viel mehr. Ich weiss nicht, wie viele von euch schon einmal das Glück hatten, dort zu sein. Sie bieten auch immer wieder Führungen an. Es ist ein kulturelles, ein soziales Projekt, bei dem zu Menschen geschaut wird, die in Not sind. Es gibt Veranstaltungen, politische Bildung – es gibt dort ganz, ganz viel zu entdecken und mit diesen dreimal Ja Ende November – was sehr gut ist für den Wohnraum – bedeutet das jetzt aber auch, dass die Anstadt in der bestehenden Form bedroht ist. Anfang Jahr haben wir als Einreichende deshalb ein Postulat formuliert, weil wir befürchtet haben, dass es dazu führen könnte. Deshalb haben wir den Prüfauftrag erstellt, der sehr breit abgestützt wurde, um zu prüfen, wie sowohl genossenschaftlicher als auch preisgünstiger Wohnraum verbunden werden kann mit der Anstadt, denn die hat sich in den letzten Jahren sehr stark aufgebaut und auch all diese Projekte aufgebaut.

Der Gemeinderat empfiehlt hier Ablehnung. Das war aber noch vor unserer Debatte im Stadtrat letzten August, denn damals haben wir schon einen Prüfauftrag überwiesen. Also diese Entscheidung ist in diesem Sinne bereits gefällt, dass wir wirklich überprüfen lassen wollen, wie man das miteinander verbinden kann. Das dreimal Ja, wie gesagt, das bedeutet schon, die Anstadt kann in dieser Form nicht bleiben, und zwar aus dem Grund, weil sie die Mindestdichte, die kantonale vorgegeben ist, nicht einhalten kann. Wir haben in diesem Zusammenhang auch einen Antrag diskutiert von David Böhner von der AL, der eben wollte, dass man hier Möglichkeiten findet, wie diese Mindestdichte allenfalls in anderen Sektoren kompensiert werden kann. Leider haben wir diesen Antrag abgelehnt. Ich finde eigentlich schon aus verständlichen Gründen, denn es wurde gesagt, es gibt Verzögerungen. Wir wissen auch, bis wirklich Menschen dort leben können, geht es noch lange. Gleichzeitig denke ich – jetzt eine allgemeine Be-

merkung – müssen wir ein bisschen aufpassen, dass wir uns das nicht immer so als Totschlagargument gefallen lassen. Ja, die Eckwerte wurden vor unserer Zeit – sage ich einmal – bestimmt. Die wenigsten von uns waren 2018 schon im Stadtrat. Gleichzeitig ist mir auch bewusst, dass man diese Eckwerte auch berücksichtigen muss bei der Planung, aber das Leben geht weiter, während die Verwaltung plant, und ich wünsche mir schon, dass wir da ein bisschen flexibler sein können und neuere Begebenheiten in dieser Planung mitberücksichtigen können.

Nichtsdestotrotz bleiben wir bei diesem Punkt 1, dass wirklich sauber überprüft wird, was genau die Anstadt tun muss oder wie die Stadt Bern der Anstadt entgegenkommen kann, damit sie in irgendeiner Form – egal ob mit oder ohne Wohnraum – dort bestehen bleiben kann. Punkt 2 geht in eine ähnliche Richtung. Es gibt dort viele kulturelle und soziale Projekte, die in den letzten Jahren aufgebaut wurden und es ist ja auch ein Anspruch dieses Quartiers, dass es eine Mischung gibt aus neuen Projekten und aus bestehenden Projekten. Es geht auch hier darum, dass das wirklich sauber abgeklärt wird, und der Gemeinderat ist hier ja auch bereit, das zu prüfen. Und beim dritten Punkt geht es um das Rechtliche und ich habe da, glaube ich, noch gar nicht in der Stadt Bern gewohnt, als darüber abgestimmt wurde über diese Zone für experimentellen Wohnraum. Die ist bis heute blockiert. Ich bin ehrlich gesagt auch nicht sicher, ob das wirklich etwas ist, was die Betroffenen tatsächlich wollen, aber es war einmal ein Ja der Stimmbevölkerung und damit wollen wir wirklich auch den Anstoss geben, dieses Thema wieder anzugehen von alternativem Wohnraum. Das muss Platz haben in dieser Stadt. Es hat einen bedeutenden Wert für die Stadt und damit möchten wir wirklich dem Gemeinderat und der Verwaltung mitgeben, bitte geht das an, findet Lösungen und versucht, irgendetwas möglich zu machen, damit wir hier eine rechtliche Grundlage haben können.

Präsidentin: Die Sprechendenliste ist offen für die Fraktionsvoten. Als erstes Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich danke Valentina für den charmanten Vortrag, für die Darstellung. Sie hat das geschickt gemacht, aber die SVP lehnt den Vorstoss klar ab. Man muss sagen, wir haben die Planung Gaswerkareal immer als negativ angeschaut. Ich sage immer: Fluch der bösen Tat. Das haben wir jetzt. Ihr kämpft immer für grüne Lungen. Was macht ihr? Marzili – eine gute Möglichkeit für die Stadt Bern, das Marzilibad zu erweitern, einen Marzili-Park zu machen, vergibt man. Höherwertiges Wohnen will man ja nicht, man macht das Gegenteil. Man will dort Sozialwohnungen, gemeinnützige Wohnungen – einen höherwertigen Wohnanteil hat es nicht gegeben. Und jetzt gibt es natürlich Probleme mit der Anstadt. Ihr schiesst euch selber ins Bein durch die Zerstörung eurer Grünräume und Grünareale. Das ist auf eurem – exgüse das Wort, ich hoffe, ich werde nicht indiszipliniert – Mist gewachsen, das Projekt. Wir haben das immer bekämpft. Wir haben immer gesagt, für die Stadt Bern ist ein Viererfeld und ein Gaswerkareal zentral, das sind unsere grünen Lungen. Aber nein, die Stadt Bern überbaut das für die rot-grüne Klientel und jammert dann wiederum: Wir haben zu wenig Grünraum, wir müssen ökologische Klimaschutzmassnahmen machen. Man hebt irgendwie Parkplätze auf und – ich bringe immer das Beispiel am Helvetiaplatz – pflanzt ein paar Plastikkörbe mit ein paar Bäumen ein. Oder die schöne Allee bei der Thunstrasse, die hat man auch kaputt gemacht für diesen blöden Fleischkäse und ihr seht, was dort für furchtbare Bäume spriessen.

Rot-Grün zerstört die Stadt richtig – und jetzt eben auch dieser Vorstoss. Hätte man auf die SVP gehört, wäre das Areal nicht überbaut worden und Anstadt hätte dort wei-

terhin sein können. Wir haben auch immer gesagt, beim Gaswerkareal könnte es allenfalls einen Nutzungskonflikt geben. Zuerst wollte man das Gaswerkareal ja unter die Monbijoubücke tun. Diese wäre dann ein richtiger Verstärker von nächtlichen Aktivitäten gewesen. Mit den Leuten im Kirchenfeld – das möchte ich jetzt zuhänden des Gaswerkareals sagen – läuft das gut, man nimmt Rücksicht aufeinander, aber wenn man die dort unter die Brücke hingetan hätte, wie es die Stadt zuerst wollte, wären unweigerlich Probleme entstanden. Und jetzt hier wiederum mit dieser Sache, das sind eben jetzt diese Verdichtungsmassnahmen. Jetzt habt ihr die kantonalen Sachen, da ist es eben dann doch zu wenig verdichtet. Ihr schiesst euch selber ins Bein. Die rot-grüne Bevormundung, die ihr immer wollt, richtet sich jetzt gegen eure eigenen Kinder. Und jetzt muss man die Anträge sehen, die ihr stellt, diese gemischte Nutzung – die Geister, die ich rief, werde ich nicht mehr los. Ich glaube, das ist wie im Zauberlehrling. Genau diese Situation haben wir jetzt. Ihr habt jetzt dort eine Überbauung, die hin kommt, und jetzt habt ihr unweigerlich den Nutzungskonflikt. Das habt ihr euch selber eingebrockt. Hätte die Bevölkerung dann auf die SVP gehört, wäre das Areal nicht überbaut worden und die Anstadt hätte dort weiterhin sein können – nicht, dass ich ein Freund bin davon, aber die hätte dort weiterhin existieren können. Nächster Punkt: Bestehende soziale und kulturelle Projekte auf dem Gaswerkareal nachhaltig in die städtische Planung zu integrieren. Dort habt ihr einfach unweigerlich den Nutzungskonflikt. Das habe ich auch im Museumsquartier gesagt. Da werden wir dann die Diskussion später haben. Wenn ihr ein Quartier habt, das Gewerbeservitute hat, in dem ihr keine Beizen haben wollt – wenn man dann dort im ganzen Garten geöffnet haben soll und die ganze Nacht Festivitäten machen können soll, dann gibt es unweigerlich einen Nutzungskonflikt. Es wird auch dementsprechend Rechtsmittel und Einsprachen geben, dass das Museumsquartier – wenn es dann so kommen soll, wie es gewisse Leute gerne hätten: ein neues, bewegtes Quartier, in dem man nachher die bestehenden Anwohner schikaniert und beeinträchtigt – dann auch wiederum Probleme hat.

Auch hier: Ihr habt euch selber ins Bein geschossen, ihr wolltet das so. Bis jetzt war das kein Problem im Gaswerkareal, wenn die eine Party gemacht haben. Aber jetzt, wenn dann die einen Leute mit offenem Fenster schlafen wollen und die anderen rauchen draussen eine Zigarette – drin darf man nicht mehr eine Zigarette oder eine Zigarre rauchen, das haben die Rot-Grünen auch zustande gebracht – dann habt ihr dort unweigerlich ein Problem. Ich kann mich noch erinnern, ich war früher viel unten im GluGlu in der Matte, dort durfte man den Drink nicht mehr hinausnehmen dürfen, weil man sonst zu lärmig war. Rauchen durfte man noch, mit dem Drink hinausgehen und rauchen durfte man nicht – aber ohne Drink durfte man Zigarre rauchen und hat natürlich gleich laut geredet, ihr kennt ja meine Stimme. Einfach nur, um zu sagen: Ihr schiesst euch mit eurer rot-grünen Politik alles selber ins Bein. Ihr schiesst selber eure kulturellen Vorhaben ab, die ihr macht. Und nachher, welche rechtlichen Rahmenbedingungen erforderlich sind, um alternative Wohnformen dauerhaft zu ermöglichen, da kann ich euch sagen – das habe ich damals dem verstorbenen Stadtpräsidenten Tschäppät immer gesagt. Die Zone für alternative Wohnformen wollte man zuerst in einem Naturschutzgebiet machen. Da hat der Feuz – Cassandra – schon dann gesagt, das geht nicht, ihr könnt nicht in einem Naturschutzgebiet eine alternative Wohnzone ansiedeln mit der Begründung, sie würden sonst andere Häuser besetzen. Das geht nicht. Und jetzt dort draussen im Riedbach ist es auch ganz klar mit den Vorgaben. Ich weiss nicht, ich habe einmal eine Einsprache geschrieben – ich glaube, es war 2013 oder 2016 – und das kommt immer noch nicht zum Laufen gekommen, weil man hier eben rechtliche Vorgaben hat. Wie gesagt, mit eurer rot-grünen Politik schiesst ihr sowohl die Kultur ab, ihr schiesst die Freizeit ab, ihr schiesst auch das Ökologische ab –

die nachhaltige, grüne Lunge. Das ist der Erfolg eurer Politik. Darum lehnen wir diesen Vorstoss klar ab.

Präsidentin: Als nächstes gerne Ronja Rennenkampff für die GB/JA-Fraktion.

Ronja Rennenkampff (JA) für die Fraktion: Valentina, vielen Dank für dein sehr gutes Einreichenden-Votum. Ich stimme eigentlich all dem, was Valentina gesagt hat, zu und sage es einfach noch einmal, weil es so wichtig ist – und in meinen Worten. Die Stadt Bern braucht mehr bezahlbaren Wohnraum. Ein Beispiel dieses Wohnraums ist die Anstadt. In der Anstadt wohnen ca. 40 Menschen. Selbstorganisiert, solidarisch verwalten sie ihren Wohnraum selber. Im November haben wir über die Zone mit Planungspflicht (ZPP) des Gaswerkareals abgestimmt. Die Anstadt befindet sich im Moment auf Teilen des Gaswerkareals. Deshalb ist es leider unglücklich, dass dieses Postulat erst jetzt behandelt wird. Auf dem Gaswerkareal ist ebenfalls günstiger Wohnraum geplant – viel mehr, als die Anstadt zu bieten hat. Deshalb ist die ganze Diskussion um die Anstadt eine tricky Situation, denn es ist klar, dass es mehr Wohnraum braucht. Wie Punkt 1 der Postulatsantwort sagt, ist die Anstadt, so wie sie heute steht, nicht mit kantonalem Recht vereinbar. Trotzdem ist es unverständlich, dass die Anstadt während der ganzen Planung der ZPP1 auf dem Gaswerkareal nur sporadisch einbezogen wurde. Deshalb ist es mir wichtig zu betonen, dass die Anstadt heute Wohnraum schafft und auf dem Gaswerkareal bereits Menschen wohnen.

Im Rahmen der ZPP wurde entschieden, dass die Anstadt bleiben kann, bis gebaut wird. Das ist wichtig und gibt diesen Menschen, die jetzt dort wohnen, die nötige Planungssicherheit. Nichtsdestotrotz wäre mehr Mut von Seiten des Gemeinderats und der Verwaltung, sich mit der Anstadt auseinanderzusetzen und sie besser in die ZPP einzubeziehen, wünschenswert gewesen. Auch deswegen dieses Postulat, um die Anstadt in den politischen Diskurs hineinzubringen. Nun muss geprüft werden, ob die Anstadt nicht doch in einer Form weiterbestehen kann und ein Koexistieren möglich sein kann. Das kann der Gemeinderat steuern, indem er die richtigen progressiven Bauträger in das Projekt einbezieht.

Wir fordern den Gemeinderat auf, Punkt 1 zu prüfen, und werden diesen erheblich erklären. Die Anstadt bietet nicht nur Wohnraum, sondern auch viele soziale und kulturelle Projekte und Initiativen – auch das ein Reminder an den Gemeinderat, dass das Gaswerkareal schon heute sozial und kulturell mehr zu bieten hat als nur den Gaskessel. Diese Projekte drohen mit der Anstadt zu verschwinden. Auch hier fordern wir den Gemeinderat auf, mehr Initiative zu zeigen und auf die Anstadt zuzugehen, zu schauen, was man erhalten kann, auch wenn die jetzige Form der Anstadt nicht erhalten bleiben kann, und diesen Punkt zu prüfen. Deshalb werden wir auch Punkt 2 des Postulats erheblich erklären. Wenn die Anstadt verschwindet, verlieren Menschen faktisch ihren Wohnraum. Auch wenn mehr, neuer und günstiger Wohnraum geschaffen wird, kann das nicht komplett ignoriert werden. Mit Punkt 3 fordern wir den Gemeinderat auf, zu prüfen, ob eine Nutzungszone für die Anstadt-Bewohnenden geschaffen werden kann. Auch hier finden wir es wichtig, mit der Anstadt ins Gespräch zu gehen und ihre Wünsche und Bedürfnisse ernst zu nehmen. Der Gemeinderat hat eine Verantwortung gegenüber allen Menschen, die ihren Wohnraum verlieren. Punkt 3 werden wir ebenfalls erheblich erklären. Abschliessend wünschen wir uns vom Gemeinderat mehr Mut, alternative Wohnprojekte zu erhalten, zu ermöglichen und zu fördern.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes gerne Irina Straubhaar für die GLP/EVP-Fraktion.

Irina Straubhaar (GLP) für die Fraktion: Die GLP/EVP-Fraktion hat das vorliegende Postulat intensiv diskutiert und dabei vor allem unsere allgemeinen Überlegungen zu alternativen Wohnformen einbezogen. Grundsätzlich sind wir offen dafür, alternative Wohnformen zu ermöglichen, weil wir glauben, dass das zu einer vielfältigen Stadtentwicklung beitragen kann. Dieses grundsätzlich positive Urteil ist aber mit einem klaren Aber verbunden. Wir befürworten alternative Lohnformen nur, wenn sie auf rechtmässige Art und Weise entstehen und für alle Akteure die gleichen Rahmenbedingungen gelten. Eine illegale Besetzung von Wohnraum oder anderen Flächen lehnen wir ab, ebenso wie die nachträgliche Legalisierung solcher Besetzungen. Das als Klarstellung zu Beginn unseres Votums.

Wir stimmen mit den Anträgen des Gemeinderats überein und sehen keinen Grund, die Anstadt anders zu behandeln als andere interessierte Bauträgerschaften und lehnen daher Punkt 1 klar ab. Der Rahmen, den die ZPPs vorgeben, ist einzuhalten. Punkt 2 halten wir zwar zu einem grossen Teil schon für erfüllt, aber trotzdem würden wir einer weiteren Prüfung nicht im Weg stehen. Wir sind jedoch der Ansicht, dass die zusätzliche Prüfung nicht zu einer Verzögerung des Prozesses führen darf. Wir würden auch Ja sagen zum Anliegen von Punkt 3, sehen dort aber nicht besonders dringenden Handlungsbedarf, insbesondere auch, weil die Stadt Bern schon einen Versuch unternommen hat, das Bedürfnis nach alternativen Wohnformen im Rahmen eines regulären Verfahrens zu adressieren, aber bis jetzt ohne Erfolg. Wir hätten eine punktweise Abstimmung begrüsst und finden es schade, dass diese Differenzierung nicht ermöglicht wird. Wir werden ablehnen, wenn nicht punktweise abgestimmt werden kann.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Es wurde ein Ordnungsantrag gestellt, den du, Dominik, gerne begründen kannst.

Dominik Fitze (SP): Ich habe den Ordnungsantrag gestellt, dass wir das Traktandum fertig machen, als die Liste noch um einiges kürzer war. Ich überlasse euch die Entscheidung.

Präsidentin: Wunderbar, dann kommen wir zur Abstimmung über den Ordnungsantrag, dieses Traktandum noch fertig zu behandeln heute.

Ordnungsantrag 1

Dominik Fitze

Traktandum 17 soll heute noch zu Ende beraten werden.

Abstimmung Nr. 028

2025.SR.0054: Ordnungsantrag 1

Annahme

Ja	40
Nein	16
Enthalten	5

Präsidentin: Ihr habt den Antrag für die Fertigbehandlung angenommen. Wir kommen nun wieder zurück zur Redner*innenliste. Gerne nochmals ein bisschen Ruhe im Saal. Die Redner*innenliste wird länger. Als nächstes kommt Tobias Sennhauser für die AL/PdA/TIF-Fraktion. Ganz kurz – das Panel spinnt ein bisschen. Ich muss dich frei-

schalten. Bitte aufhören, immer wieder zu drücken oder sich wegzudrücken, das überfordert unser System. Darum gerne entscheiden und dann drücken. Du kannst gerne anfangen.

Tobias Sennhauser (TIF) für die Fraktion: Ich halte dieses Votum im Namen von David Böhner. Im November haben wir darüber abgestimmt und die Stimmenden in der Stadt Bern haben sich deutlich für eine Überbauung des Gaswerksareals ausgesprochen. Für die Fraktion AL/PdA/TIF heisst das aber nicht, dass damit das Ende der Anstadt besiegelt ist. Es ist durchaus denkbar, dass neben den Neubauten auch noch Platz ist für kreative Wohnformen, wie sie von der Anstadt gelebt werden. Seit mindestens 40 Jahren wird in der Stadt Bern so gelebt. Das entspricht nicht nur einem Bedürfnis, sondern ist auch Realität in unserer Stadt und hat Bern geprägt. Nicht zuletzt dank der Zaffaraya-Bewegung, die im Gaswerkareal gestartet ist, ist Bern heute eine soziale und kulturell lebendige Stadt und kaum mehr zu vergleichen mit der muffigen Beamtenstadt der 1980er-Jahre. Dass die Stadtpolitik seit über 30 Jahren von Rot-Grün-Mitte dominiert wird, ist auch diesem Aufbruch der 1980er-Jahre zu verdanken.

Vor diesem Hintergrund ist die Antwort des Gemeinderats doch ziemlich ernüchternd und auch mutlos. Seit 1992 ist es dem linken Gemeinderat nicht gelungen, die gesetzlichen Grundlagen zu erarbeiten, um solche Wohnformen dauerhaft zu ermöglichen. Auf Verwaltungsebene ist das nicht gerade eine Erfolgsgeschichte. Darum möchten wir den Gemeinderat ermutigen, auf dem hinteren Teil des Gaswerkareals gestaltend einzugreifen und bei der Vergabe eines Baufelds auf dem Gaswerkareal eine Genossenschaft zu bevorzugen, die bereit ist, auf dem Areal die Anstadt respektive eine entsprechende Wohnform mitzudenken und zu integrieren. Wir sind überzeugt, dass die RGM-Wählenden das von euch erwarten und hier mutige, zukunftsweisende Schritte sehen wollen, auch dem sozialen Frieden zuliebe. Darum sind wir euch dankbar, wenn ihr dieses Postulat annehmt und wenn der Gemeinderat es auch ernst nimmt und tatsächlich eine Lösung sucht und sich nicht einfach hinter den Paragraphen versteckt.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Wir haben noch einen weiteren Ordnungsantrag erhalten von Salome Mathys. Gerne begründen – magst du dich noch kurz anmelden lassen? Ganz kurz, wir müssen es protokollieren.

Salome Mathys (GLP): Nur prophylaktisch: Ich würde gerne die Rednerliste schliessen lassen nach den bisherigen, die schon stehen.

Präsidentin: Wir kommen nun zur Abstimmung über diesen Ordnungsantrag.

Ordnungsantrag 2

Salome Mathys

Die Rednerliste soll geschlossen werden.

Abstimmung Nr. 029

2025.SR.0054: Ordnungsantrag 2

Annahme

Ja	50
Nein	6
Enthalten	2

Präsidentin: Der Ordnungsantrag, die Rednerliste zu schliessen, ist angenommen worden. Wir sind immer noch bei den Fraktionsvoten. Als nächstes gerne Simone Richner für die FDP-Fraktion.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Die FDP wird das Postulat ablehnen – nicht aus Geringschätzung gegenüber Zwischennutzungen, sondern weil der Vorstoss rechtlich und planerisch an der Realität vorbeischrämt und das Gaswerkareal und damit dringend benötigten Wohnraum unnötig verzögert. Erstens: Ihr hättet einfach unsere Initiative "Mehr Wohnraum für Bern" unterstützen müssen – danke, Chantal, die das noch einmal gesagt hat – dann könnten wir verdichteter bauen. Das wäre durchaus ein Lösungsansatz gewesen. Ansonsten, Valentina, hast du da ja schon Ausführungen gemacht zur Anstadt. Es ist keine Frage des Wollens, sondern der Genehmigungsfähigkeit. Zum zweiten Punkt: Das Postulat zielt auf eine faktische Sonderbehandlung eines einzelnen Kollektivs. Genau das ist falsch unserer Ansicht nach. Die Stadt plant eine Konzeptvergabe zu einem Wettbewerb, also gleiche Spiegelregeln für alle. Die Anstadt kann mit einem angepassten, genehmigungsfähigen Konzept teilnehmen, aber ohne politische Vorzugsbehandlungen, insbesondere in der Wahlzeit. Drittens: Punkt 3 suggeriert eigene Rahmenbedingungen für alternative Wohnformen. Das ist irreführend. Das Recht unterscheidet nicht nach Wohnstil, es gelten dieselben Anforderungen. Das Beispiel Riedbach zeigt, wie schnell solche Sonderzonen rechtlich blockiert werden. Kurz: Das Postulat ist teils redundant, teils unmöglich und vor allem riskant für Zeitplan und Rechtssicherheit. Wenn wir soziokulturelle Nutzungen stärken wollen, gehört das in klare Kriterien und Konzeptvorgaben und nicht in diese Form, die falsche Erwartungen schafft.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Thomas Glauser für die SVP.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Als Landwirt habe ich es immer befürwortet, dass man die grüne Fläche nicht überbaut, dass man dort eine grüne Lunge behält. Das Gaswerkareal ist am besten Standort der Stadt Bern, an der Aare. Das wäre eine so wertvolle grüne Angelegenheit gewesen, bei der man gerade für die Klimaziele, für die Grünfläche, aber auch für die Lebensqualität der Leute, die dort an der Aare flanieren, etwas hätte tun können. Wir von der SVP waren die einzigen, die das erhalten wollten. Wir wollten auch, dass die Leute dortbleiben könnten und dass es so wäre, wie es jetzt eben nicht ist. Diese Slalomfahrerei – einmal ein bisschen bauen, nachher wieder ein bisschen nichts machen, die ein bisschen sonderbehandeln – das ist alles Witschivaschi-Politik. Jetzt hat man es angenommen, man will es bauen, man jammert immer wegen dem Wohnraum, und jetzt will man den Fünfer, den Bäcker und das Weggeli. Das geht halt eben nicht und darum ist es ganz klar, dass die Leute dort jetzt Platz machen sollen. Ihr habt euch nicht für die Klientel eingesetzt, ihr habt euch nicht für die eingesetzt, dass es eben nicht überbaut wird – und jetzt hintendrein kommt man und jammert und bereut es sicher bald. Wir von der SVP waren die Einzigen, die für die Ökologie, für die Lebensräume und für die Biodiversität dort an diesem Aare-Ufer-Areal am besten Standort der Stadt Bern waren.

Präsidentin: Wunderbar, besten Dank. Die Redner*innenliste ist nun doch leer. Wir kommen bereits zur Abstimmung. Ach so – du darfst natürlich gerne noch etwas sagen, Frau Gemeinderätin Mettler. Es wird sogar fast verlangt, noch etwas zu sagen. Gerne noch anmelden.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Gut, das mache ich gerne. Danke, geschätzter Rat, dass Sie mich zum Votum aufgefordert haben. Ja, wir haben es gehört, es wurde diskutiert. Es ist natürlich im Interesse einer lebendigen Stadt, dass Leerräume genutzt werden, auch wenn das vielleicht aufgrund planerischer Absichten nur temporär ist. Deshalb haben wir ja auch entgegengenommen, dass sichergestellt ist, dass – bis dann wirklich die Arbeiten beginnen und der Bau beginnt – auch dieser Leerraum genutzt werden kann und man dort die Spielräume auch ausnutzt. Was aber ein bisschen die Grundbedingung ist, damit diese Regelung so klappt, ist, dass sich temporäre Nutzer*innen auch an die Abmachungen halten, denn sonst ist es halt schwierig, wenn künftige Entwicklungen und Planungen nicht mehr gemacht werden können und sich auch die Spielregeln dauernd ändern, wenn man eigentlich das Ziel hat, Leerräume sinnvoll zu nutzen.

Klar ist auch: Seit der Gemeinderat im August Stellung genommen hat zu diesem Postulat, fand eine Volksabstimmung zu diesem Areal statt. In dieser Abstimmung wurden natürlich auch die Nutzungsziffer respektive die Mindestdichten, die in der ZPP festgelegt sind, in einer Volksabstimmung entsprechend bestätigt. Und was auch der Fall ist: Die Nutzung der Anstadt kann gemäss dem Zonenplan diesen Anforderungen an Dichte nicht genügen. Und wie gesagt, die Spielregeln gelten dann für alle. Hingegen können Konzepte von Bauträgerschaften, die die Weiterführung bestehender sozialer und kultureller Projekte vorsehen, auch entsprechend gewichtet werden – dem steht selbstverständlich gar nichts im Wege. Deswegen hätten wir Ihnen bei einer punktuellen Abstimmung auch empfohlen, diesen Punkt anzunehmen, der nämlich durchaus, glaube ich, im geteilten Sinne ist, dass man Potenzial, auch soziales Potenzial, wenn es denn entsteht, auch nutzt im Rahmen der Möglichkeiten. Und selbstverständlich gelten dann auch die rechtlichen Rahmenbedingungen für die einen – die schnelleren und geschwinderen und vielleicht gerade aktiveren – genau gleich wie für die anderen. Schade, dass es nicht möglich ist, zum Antrag des Gemeinderats differenziert Stellung zu nehmen. Trotzdem danke.

Präsidentin: Herzlichen Dank für die Erläuterungen, Frau Gemeinderätin. Wir kommen nun zur Abstimmung zu Traktandum 17.

Abstimmung Nr. 030

2025.SR.0054

Annahme

Ja	38
Nein	28
Enthalten	2

Präsidentin: Das Postulat wurde erheblich erklärt. Darf ich ganz kurz um Aufmerksamkeit bitten – Ueli Jaisli würde gerne noch etwas sagen.

Ueli Jaisli (SVP): Ich will nicht lange machen, ihr habt alle die Einladung bekommen. Der Stadtrat-Skitag findet statt am 28. Februar 2026 in Saanenmöser-Schönried wie gehabt – ein sehr schönes Gebiet. Im Moment ist es formidabel, man hat viel Schnee. Ich habe Fotos bekommen heute, es ist also wirklich ein Träumchen. Denkt daran und meldet euch an. Danke und einen schönen Abend.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Meldet euch doch gerne an. Ausserdem habe ich hier vorne noch Kopfhörer, die jemand liegengelassen hat. Falls jemand Kopfhörer vermisst, gerne vorne abholen. Dann wünsche ich euch noch einen sehr schönen Abend und bis nach den Sportferien.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

Traktandum: 18 | 2025.SR.0021

Interpellation: Vergabekriterien und Entscheidungskompetenzen beim Vierer- und Mittelfeld; Antwort

Traktandum: 19 | 2025.SR.0031

Motion: Stadt muss in bezahlbaren Wohnraum investieren: Das Mittelfeld für den gemeinnützigen Wohnungsbau nutzen; Annahme/Begründungsbericht

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

<https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/1193061215.php>

2026.SR.0027 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Bürokratie-Check: Jährlicher «Löschabend» für obsolet gewordene städtische Regelungen

2026.SR.0023 | Postulat | Eingereicht

Interfraktionelles Postulat SP/JUSO, GFL, GB/JA: Städtische Handlungsspielräume gegen Leerkündigungen – kurzfristige Möglichkeiten

2026.SR.0022 | Postulat | Eingereicht

Dringliches interfraktionelles Postulat GFL, SP/JUSO, GB/JA: Städtische Handlungsspielräume gegen Leerkündigungen – regulatorische Möglichkeiten

2026.SR.0036 | Motion | Eingereicht

Motion: Jugendgerechte und transparente Ausgestaltung der Jugendpatrouille der Kantonspolizei Bern

2026.SR.0032 | Motion | Eingereicht

Motion: Für eine klare Kommunikation des Gemeinderates zum Gewaltpotenzial bei Kundgebungen

2026.SR.0029 | Motion | Eingereicht

Motion: Gegen Mietwucher und Rausschmiss: Die Stadt Bern soll mit einer Meldepflicht unnötige Leerkündigungen verhindern

2026.SR.0016 | Motion | Eingereicht

Motion: Für eine sichere und respektvolle Demonstrationskultur in Bern – Anpassung des städtischen Kundgebungsreglements

2026.SR.0039 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Ueli Jaisli, Alexander Feuz, Thomas Glauser; alle SVP, Shasime Osmani, Dominique Hodel, beide SP; Bistro Weyerli: ein attraktives nachhaltiges Angebot für alle muss geschaffen werden!

2026.SR.0038 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Fraktion SVP, Feuz, Glauser; alle SVP, Parkplatzaufhebungen im Stadtteil IV: Ist sichergestellt, dass auch nach Verlegung der wenigen verbleiben-

den Parkplätze auf die Fahrbahn die Garagenzufahrten ohne «sägen», d.h. mühsames Manövrieren zugänglich bleiben? Wann erfolgen die Publikationen?

2026.SR.0037 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Bezeichnung der SRG-Initiative als «Halbierungsinitiative» und Praxis des Gemeinderats bei Stellungnahmen zu nationalen Abstimmungsvorlagen

2026.SR.0031 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Strafverfolgung bei Feuerwerkszündung in der Innenstadt

2026.SR.0026 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Winterdienst Holligenstrasse: Was tut die Stadt für die Anwohnenden?

2026.SR.0025 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Kürzungen im sozialen Bereich: Welche Leistungen hat der Kanton in der zu Ende gehenden Legislatur des Kantons gegenüber der Stadt Bern gekürzt?

2026.SR.0024 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Durchgangsverkehr Holligenstrasse: Wo steht die Verkehrsberuhigung?

2026.SR.0017 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Wo steht das Geschäft Fern- und Reisebusterminal Neufeld?

2026.SR.0042 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: AKW Gösgen: Bei der Atomenergie ist nur das Risiko sicher!

2026.SR.0041 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Kostet uns die AKW-Altlast die Energiewende?

2026.SR.0040 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Fragen zum Bericht «Unbewilligte Kundgebung Pro Palästina vom 11. Oktober 2025» des Gemeinderats: Wie viele Demonstrierende wurden verletzt?

2026.SR.0035 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Mehr Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Vertrauen bei der Tarifgestaltung der ewb-Stromtarife für 2026

2026.SR.0034 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Stand der illegalen Besetzungen in der Stadt Bern

2026.SR.0033 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Trennung von friedlichen und gewalttätigen Demonstrierenden

2026.SR.0030 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Gemeinderatsbericht und Aufarbeitung der Demonstration vom 11.10.2025

2026.SR.0028 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Jugendclub Stellwerk – sind die Weichen richtig gestellt?

2026.SR.0021 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Berücksichtigung individueller Ernährungsbedürfnisse und Vermeidung von Diskriminierung sowie Lebensmittelverschwendung im Stadtparlament: Ist es möglich, in Zukunft wieder freiwillig zwischen veganen, vegetarischen und fleischhaltigen Menüs zu wählen, und wie wird der gesundheitlichen Diskriminierung aufgrund von Unverträglichkeiten und Unwohlsein entgegengewirkt?

2026.SR.0020 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Sozialverträglich sanieren – wo steht die Stadt und wie sorgt sie dafür, dass auch bei nichtöffentlichen Liegenschaftsbesitzer*innen entsprechend gehandelt wird?

2026.SR.0019 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Tierpark Bern: Welche Alternativen zur Tötung überzähliger Tiere gibt es?

2026.SR.0018 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Umgang mit Ausschreitungen im Zusammenhang mit Kundgebungen – sind die bestehenden Instrumente ausreichend?

Schluss der Sitzung: 22.43 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

27.04.2026

X 

Signiert von: JELENA FILIPOVIC

für das Protokoll

29.04.2026

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER
Redaktion: Marianne Hartmann